

39. Jahrgang · Nummer 4 · 11. September 1998 · DM 4,-

# Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Der RiB zwischen oben und unten wächst ...  
...das wird auch nach den Wahlen weitergehen



Weitere Artikel zu:

- Volksbegehren in Hamburg → Geseke: Konflikt um Näherei
- Qualifizierungsgesellschaft → Tarife in der Chemie
- Australien: Hafnarbeiter widerstehen
- USA: Etappensieg für GM-Beschäftigte
- Zur Diskussion: Friedensfeinde – Israels Nahostpolitik

# Kohl soll weg – und was dann?

Als im Herbst 1996 zunächst Metalller – vor allem der Automobilindustrie – spontan in den Streik traten, um eine Kürzung der Lohnfortzahlung zu verhindern, im Frühjahr '97 dann die Bergleute nach Bonn marschierten und in Berlin die Bauarbeiter auf die Straße gingen, entwickelte sich aus dem Protest die Parole: »Kohl muß weg«. Die Betroffenen hatten »die Schnauze voll«, wie es Bauarbeiter auf einem ihrer Transparente formulierten. An die versprochene Perspektive – den Abbau der Arbeitslosigkeit – konnten sie nicht mehr glauben, und weitere Opfer – einseitig auf ihren Rücken geladen – wollten sie nicht mehr hinnehmen. Unternehmer und Regierung hatten zudem mit ihrem Vorgehen gegen eine bis dahin gültige Regel verstoßen: Sie hatten die Vorstände der Gewerkschaften und die Betriebsräte ohne vorherige Konsultation vor vollendete Tatsachen gestellt. Für alle Beteiligten wurde deutlich, die bisherige Sozialpartnerschaft ist von oben aufgekündigt worden.

An die Spitze der Bewegung hatten sich sozialdemokratische Politiker gestellt. Zum einen galt es, eine weitere Zuspitzung und Eskalation zu verhindern und den bedrängten Führungen der Gewerkschaften unter die Arme zu greifen, z. B. dem Vorstand der IG Bergbau, der die Kontrolle über seine Mitglieder zu verlieren drohte. Zum anderen wollte die SPD die Stimmung für den Bundestagswahlkampf nutzen. Das scheint ihr geglückt zu sein. In Sachsen-Anhalt erlebte die CDU 1998 ein Wahldebakel und in allen Wählerumfragen des Jahres 98 befanden sich die Christdemokraten in einem Tief. Die Ablösung der CDU/FDP-Regierung scheint nach 16 Jahren in greifbare Nähe gerückt.

Der DGB und die Vorstände der Gewerkschaften hoffen auf eine Neuaufgabe des »Bündnisses für Arbeit« unter einer neuen, von der SPD geführten Regierung. Acht Millionen DM – so die offiziellen Angaben – investieren sie in die Wahlkampfkampagne »Für eine andere Politik« zugunsten der SPD. Mit dem Stimmzettel für einen Regierungswechsel zu sorgen, das ist die einzige Aktivität, zu der die Gewerkschaften die arbeitende Bevölkerung aufrufen. Was aber hat diese von einem Kanzler Schröder zu erwarten, wie wird sich die weitere Politik der Parteien und Gewerkschaften gestalten?

## 16 Jahre konservative Regierung

Die Bilanz nach 16 Jahren Kohl-Regierung läßt sich für das Unternehmerlager durchaus sehen. Unter den Schlagworten »Standortsicherung«, »Reform/Umbau des Sozialstaates« etc. wurden scheinbar auf Bundes-, Länder- und

kommunaler Ebene die sozialen Leistungen und die Rechte der arbeitenden Menschen abgebaut:

- Gekürzt wurden die Sozial- und Arbeitslosenhilfe sowie das Arbeitslosengeld.
- Verschärft wurden die Zwangsmittel gegenüber Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern.
- Heraufgesetzt hat die Regierung das Rentenalter für Frauen, während gleichzeitig die Renten gesenkt wurden.
- Erleichtert wurde das Heuern und Feuern in Kleinbetrieben durch Änderung des Kündigungsschutzgesetzes.
- Im Gesundheitswesen wurden die Kosten durch eine Selbstbeteiligung immer stärker den Patienten aufgebürdet, während die gesetzliche Lohnfortzahlung von 100 auf 80 Prozent reduziert wurde.
- Durch Steuererleichterungen für die Kassen der Unternehmen wurden Kürzungen in Milliardenhöhe bei den öffentlichen Haushalten vorgenommen.
- Der soziale Wohnungsbau wurde de facto eingestellt.
- Öffentliche Betriebe und Dienstleistungen wurden privatisiert, was in der Regel steigende Preise bei schlechteren Angeboten für die Kunden und Entlassungen von Beschäftigten bedeutet.
- Ein strikter Sparkurs im öffentlichen Dienst (natürlich vor allem bei den mittleren und unteren Einkommensgruppen) führt zum Abbau der Arbeitsplätze und der Löhne.
- Massive Streichungen im Bildungssektor haben zur Folge: Schulen können nicht repariert und ausreichend gewartet werden; Verlängerung der Lehrerdienstzeit bei gleichzeitig zunehmender Arbeitslosigkeit vieler Pädagogen; Streichung von Sachmitteln; Verringerung der sozialen Betreuung, während die Probleme für Kinder und Jugendliche größer werden und gewalttätige Auseinandersetzungen in Schulen zunehmen; Bevorzugung der Elitebildung, Vorfahrt den Ellenbogen.

## INHALT

Kohl soll weg – und was dann? .....2  
 Zur Differenzierung der Erwerbstätigen .....3  
 Stollmanns Compunet – »moderne Wirtschaftspolitik«? ..6  
 Notizen zur Innenpolitik und Wahl .....8  
 Zum PDS-Brief an Weizensäcker .....10

### Korrespondenzen

Volksentscheid in Hamburg .....13  
 Geseke: Konflikt um eine Näherei .....14  
 Barmstedt: Was ist eine Qualifizierungsgesellschaft? ...18  
 Tarifrunde in der chemischen Industrie .....20  
 Australien: Hafendarbeiter widerstehen .....21  
 USA: Etappensieg der General-Motors-Arbeiter .....30

### Zur Diskussion:

Zeitzeugnis für die Politik des Imperialismus in Nahost ..35

### Dokumentiert:

Kein Nazi-Aufmarsch in Rostock! .....39

Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

● **Berlin-West:** »Schwarze Risse«, Gneisenaustraße 2a ● **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladen«, Weydinger Straße 14 – 16 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46 ● **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhaus, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Rote Straße 10 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Schlüterstraße 1 / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahrenfelder Straße / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● **Hanau:** »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Hannover:** »Internationalismus-Buchladen«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »Gestochen scharf«, Elfbuchenstraße 18 ● **Kiel:** »Zapata« Buchladen, Jungfernstieg 27 ● **Lüneburg:** »F. Delbanc«, Bessemerstraße 3 ● **Münchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Regentenstraße 120 ● **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3

## Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: F. Lübke  
 Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.  
 Alle Zuschriften nur an diese Adresse:  
 »GFSA e.V. · Postbox 106426 · D - 20043 Hamburg«

## Zur Differenzierung der Erwerbstätigen:

Nach Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung gibt es mittlerweile ca. fünfeneinhalb Millionen geringfügig Beschäftigte, ca. eineinhalb Millionen mehr als noch 1991. Ausschließlich geringfügig beschäftigt sind davon ungefähr vier Millionen, fast eine Million mehr als 1991.

Generell hat die soziale Differenzierung innerhalb der Bevölkerung zugenommen. Dies gilt einmal im Verhältnis der Armen zu den Reichen der Gesellschaft. Die Zahl der Millionäre hat sich seit 1980 von gut 200.000 auf eine Million ungefähr vervielfacht. Gleichzeitig ist die Anzahl der Armen und der Sozialhilfeempfänger drastisch gestiegen. Erstere hat sich allein in den letzten vier Jahren um eine Million auf jetzt sieben Millionen und letztere im selben Zeitraum um ein Drittel auf über drei Millionen erhöht.

Die zunehmende Differenzierung trifft aber auch die abhängig Beschäftigten. Standen 1980 noch über 83 Prozent von ihnen in einem Normalarbeitsverhältnis, so waren es 15 Jahre später nur noch 68 Prozent. Die Anteile der Scheinselbständigen, der Leiharbeiter, der geringfügig Beschäftigten, der Teilzeitbeschäftigten und der befristet Beschäftigten haben sich dagegen deutlich erhöht (s. Tabelle).

Rechnet man alle Formen der befristeten Beschäftigung zusammen, kommt man nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 1997 sogar auf einen Anteil von 12,3 Prozent an allen Arbeitsverhältnissen.

Diese Differenzierung ist eine Konsequenz des vom deutschen Kapital als Antwort auf die Verwertungskrise eingeschlagenen Weges. Im Unterschied zu den USA haben die

### Abhängig Beschäftigte in Deutschland:

	1980	1995
Abhängig Beschäftigte		
in Normalarbeitsverhältnissen	83,4%	68,0%
Abhängig Selbständige	0,5%	2,0%
Heimarbeiter	1,0%	0,4%
Leiharbeiter	0,2%	0,6%
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	5,8%	13,0%
Teilzeitbeschäftigte	4,7%	10,0%
Befristet Beschäftigte	4,5%	5,0%
ABM und Kurzarbeiter		0,8%

Quelle: Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen

Unternehmen hierzulande auf die Krise vor allem mit einer deutlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität durch umfassende Rationalisierungsmaßnahmen reagiert. Die Arbeitsproduktivität ist in Deutschland seit 1990 mit durchschnittlich 4,2 Prozent pro Jahr fast doppelt so schnell gestiegen wie in den USA mit nur 2,4 Prozent. Teile der Beschäftigten wie z.B. die Berufsanfänger, die Beschäftigten in den kleineren Betrieben oder die Randbelegschaften bekommen die Krisenfolgen massiv zu spüren. Wenn Neueinstellungen zu einem großen Teil nur noch befristet erfolgen (z.B. bei VW zu 90 Prozent, bei Saarstahl zu 80 Prozent und bei IBM zu 50 Prozent), bedeutet das für die Stammbeschaftungen, daß sie im Falle eines Arbeitsplatzabbaus davon ausgehen können, erst einmal verschont zu bleiben. Zunächst sind die befristet eingestellten Beschäftigten an der Reihe. Die Kluft zwischen den unterschiedlichen Beschäftigungsverhältnissen hat sich in letzter Zeit noch verstärkt. ■

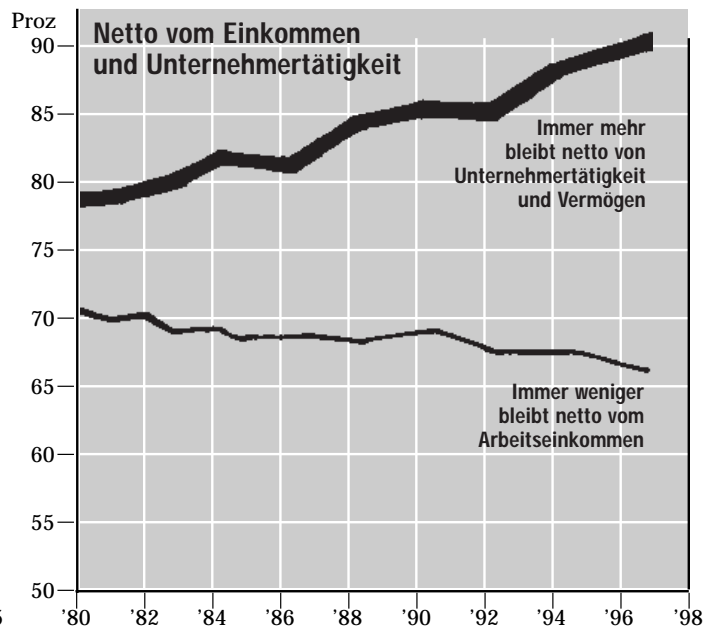
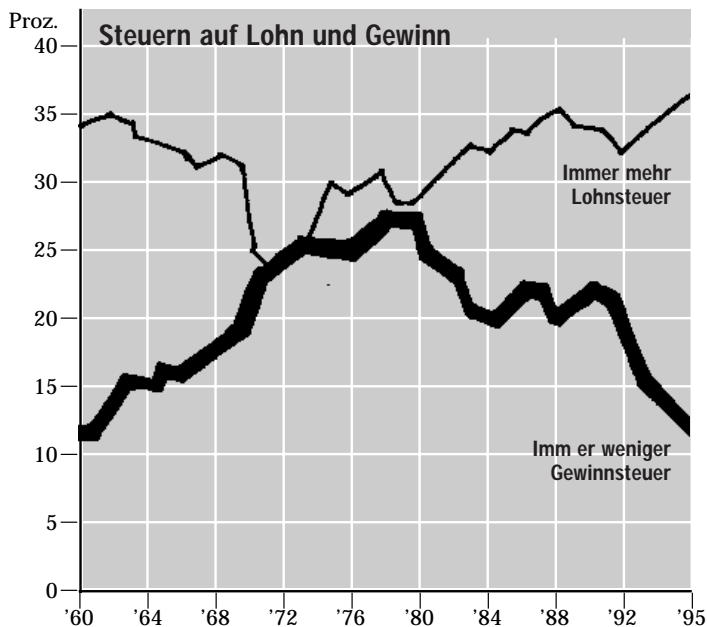
Die Reduzierung der Kernbelegschaften, Massenentlassungen, die Senkung der Lohn- und Lohnnebenkosten und vor allem die enorm gesteigerte Produktivität ermöglichten es der herrschenden Klasse in der BRD, ihre ökonomische Vormachtstellung in Europa weiter auszubauen und nach der Vereinigung die politische Führungsrolle in der EU zu festigen. Durch die sprunghaft gestiegene Binnennachfrage, eine Folge der Vereinigung, konnte sich das deutsche Kapital zunächst der weltwirtschaftlichen Rezession entziehen. Diese machte sich erst ab 1992 bemerkbar, nachdem das Strohfeuer des Vereinigungsbooms erloschen war. In der letzten Legislaturperiode griffen dann die Sparmaßnahmen von Bundesregierung und Industrie, die Lohnstückkosten konnten gesenkt werden. Der höhere Dollarkurs heizte den Boom in der Exportindustrie an.

Von der angeblichen Überlegenheit der japanischen Wirtschaft, von der Gefahr durch die »Tigerstaaten« ist heute, nach der Asienkrise, keine Rede mehr. Die deutschen Konzerne stehen weltweit glänzend da, u.a. die Automobilindustrie mit ihren weltweit Fusionen und Übernahmen. Stillstand/Stagnation bedeutet auf Dauer Rückschritt im internationalen Konkurrenzkampf. Die herrschende Klasse wird bei dem Erreichten nicht stehenbleiben. »Die kapitalistische Produktion kann nicht stabil werden, sie muß wachsen und sich ausdehnen, oder sie muß sterben ...«, erklärte Engels schon vor über 100 Jahren.

Der überwiegende Teil der werktätigen Bevölkerung und die Gewerkschaften hatten in den vergangenen Jahren

geglaubt oder gehofft, durch Zurückhaltung und mit Zugeständnissen etwas zur Milderung der Arbeitslosigkeit oder wenigstens zum Erhalt des eigenen Arbeitsplatzes beitragen zu können. Schritt für Schritt haben die Gewerkschaften errungenes Terrain preisgegeben, sich den Argumenten und der Sprachregelung der Herrschenden angepaßt. Zur Finanzierung des Aufschwungs Ost gaben sie sich mit niedrigeren Tarifen zufrieden, die vereinbarte langsame Angleichung wurde zeitlich noch weiter gestreckt. Die Arbeiterklasse hat für ihre Hoffnungen und Erwartungen, für die Illusionen, die von den Gewerkschaftsvorständen mit geschürt wurden, schon bisher teuer bezahlen müssen.

Die Arbeitslosigkeit hatte im Winter 97/98 ihren höchsten Stand in der Geschichte der BRD erreicht (offiziell 4,3 Millionen, tatsächlich über 7 Millionen Arbeitsuchende). Der Graben zwischen Ost und West ist dabei tiefer geworden, nicht nur in der Höhe der Arbeitslosenquote, sondern auch bei Löhnen und Gehältern. Die untertarifliche Bezahlung ist in weiten Bereichen der neuen Länder die Regel und nicht die Ausnahme. Die Zahl der schlechtbezahlten, ungeschützten, oft nicht sozialversicherungspflichtigen Beschäftigtenverhältnisse steigt an. Der »Besitz eines Arbeitsplatzes« erspart vielen den Gang zum Sozialamt nicht mehr, so stark konnten die Löhne in einigen Bereichen gedrückt werden. In den letzten 20 Jahren hat sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger verdreifacht. 12 Prozent der Kinder in den westlichen und 22 Prozent in den östlichen Bundesländern wachsen in Armut auf. Das sind nur einige der nüchternen Zahlen, hin-



ter denen sich eine zunehmende Perspektivlosigkeit verbirgt, vor allem für die Jugend.

Offensichtlich wurde auch, daß volle Auftragsbücher, ausgelastete Kapazitäten und enorm gestiegene Gewinne keine oder kaum Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt haben. Die versprochene Trendwende ist ebenso ausgeblieben wie der Aufschwung Ost; die von den Beschäftigten und den Gewerkschaften erbrachten Opfer haben sich nicht bezahlt gemacht. Die Massenarbeitslosigkeit und die staatliche Sparpolitik haben die Konkurrenz in allen Bereichen der Gesellschaft verschärft und die Individualisierung vorangetrieben, während sie gleichzeitig immer mehr Menschen einen Ausweg zur Sicherung ihres Lebensstandards verbaut.

Die Differenzierung innerhalb der arbeitenden Bevölkerung hat zugenommen: In Sozialhilfeempfänger und Arbeitslose; in Befristet-, Teilzeit- und Vollzeit-Beschäftigte; in 'normale' Arbeitsverhältnisse und 'Scheinselbständige', legal und illegal Beschäftigte (siehe Kasten). Unter dem Slogan »Teilen innerhalb der Klasse« wird die Konkurrenz untereinander weiter geschürt und vom Klassengegensatz abgelenkt.

### Gewerkschaften und Regierungspolitik

Die gesamte Amtszeit von Kanzler Kohl war begleitet von Einschnitten bei den sozialen Sicherungssystemen und vom Abbau tariflicher Leistungen. In den letzten vier Jahren sind diese Einschnitte tiefer und die Methoden zu deren Durchsetzung rauer geworden. Die deutsche Bourgeoisie glaubte in entscheidenden Fragen auf eine Kompromißsuche mit den Gewerkschaften verzichten zu können.

Zwei Tage nach der knappen Wiederwahl der CDU/FDP-Koalition im Herbst 1994 veröffentlichte der Bundesverband der Arbeitgeberverbände eine Denkschrift mit dem Titel »Umbau des Sozialstaates«. Unzufrieden mit der bisherigen Regierungspolitik und dem erreichten Stand beim Abbau sozialer Leistungen forderte er u.a.:

- Einschränkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall,
- stärkere Beteiligung der Patienten an den Arztkosten,
- eine Absenkung des Rentenniveaus,
- Finanzierung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen aus Steuermitteln.

In der Metalltarifrunde 95 setzten die Unternehmer die von ihnen geforderte schärfere Gangart gegenüber den

Gewerkschaften in die Tat um. »*Alles muß auf den Prüfstand*«, so Arbeitgeberpräsident Murmann. Der Lohnforderung der IGM von 6 Prozent stellten sie einen eigenen Forderungskatalog gegenüber, u.a. eine Verschiebung der tariflich vereinbarten Einführung der 35-Stunden-Woche und die »*Aussetzung und Umschichtung tariflicher Leistungen vor allem im Bereich der Lohnersatzkosten*«. Die wochenlangen Verhandlungen scheiterten am Junktin von Gesamtmetall; »*wir machen jetzt kein Angebot, weil wir nicht über Lohnerhöhungen, sondern über Kostenentlastung verhandeln wollen*« (Gottschol). Damit zwangen sie der IG Metall, deren Vorstand einen Streik bis zur letzten Minute verhindern wollte, die Auseinandersetzung auf. Im Tarifgebiet Bayern wurde zu Urabstimmung und Streik aufgerufen. In den entscheidenden Punkten konnte sich die Gewerkschaft durchsetzen. Das Junktin, d.h. die Kompensation der Lohnerhöhung und die Verschiebung der 35-Stunden-Woche, wurde verhindert – ein Erfolg der streikenden KollegInnen. Gesamtmetall hatte Stimmung und Bereitschaft zu Kampfmaßnahmen in den Belegschaften unterschätzt, wobei es ihr nicht gelang, die Geschlossenheit in den eigenen Reihen herzustellen. Bei vollen Auftragsbüchern und guten Gewinnen schreckten viele Unternehmen vor einer Aussperrung zurück.

Der Vorstand der IGM nutzte die Chancen des gewonnenen Konfliktes nicht, er wich aus. Stattdessen wurde vom Vorsitzenden Zwickel den völlig überraschten Delegierten auf dem Gewerkschaftstag im November 1995 eine neue Strategie präsentiert: das »*Bündnis für Arbeit*«. Sie wurde vom Gewerkschaftstag, von der DGB-Führung und Vorständen anderer Einzelgewerkschaften umgehend aufgegriffen. Mit dem Bündnis hofften sie, der absehbaren Auseinandersetzung mit den Unternehmerverbänden und der Regierung aus dem Wege gehen zu können. »*Geben und nehmen*«, unter diesem Motto waren sie bereit, untertarifliche Einstiegsgehälter für Langzeitarbeitslose und eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeiten mitzutragen und über eine Absenkung des Arbeitslosengeldes zu verhandeln. Aber auch warnende Stimmen fehlten auf dem Gewerkschaftstag nicht:

»*Zum System der Marktwirtschaft gehört Arbeitslosigkeit wie das Amen in der Kirche. Wir können ... noch so sehr an die andere Seite appellieren, wir können ihr – das ist ja der neueste Vorschlag aus dem Referat – ihr ein Bündnis anbieten*

ten, sie wird es nicht annehmen. Wir werden, lieber Kollege Zwickel, wenn wir unsere Grundsätze so leicht aufgeben, wie das heute im Referat der Fall war, viel verlieren und gar nichts gewinnen. Der Vorschlag, befristete Einarbeitungsabschlüsse für Langzeitarbeitslose zu ermöglichen, gleicht der Situation eines Menschen, der an einem Deich bohrt und sagt: Es ist ja nicht so schlimm, wenn ein kleines Loch entsteht, und sich dann wundert, daß er kurz danach weggespült wird.«(Brandis, Hanau).

»Nun haben wir eine neue Formel, die bisher von denjenigen vorgebracht wurde, die am Verhandlungstisch auf der anderen Seite sitzen. Unsere neue Formel lautet: Lohnverzicht schafft und sichert Arbeitsplätze. ... Sie wird uns in Zukunft von unseren Gegnern vorgehalten, wenn das medienpolitische Spektakel nach diesem Gewerkschaftstag vorbei ist.«(G. Schneider, Erlangen)

Im krassen Gegensatz dazu der vom IGM-Vorstand und der DGB-Führung verbreitete Zweckoptimismus: »Mit ihrem Vorschlag 'Bündnis für Arbeit' haben die deutschen Gewerkschaften eine neue Offensive für neue Arbeitsplätze begonnen.« (Schulte, 19.1.96) »Gemeinsam haben gestern Abend Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften einen wichtigen Schritt getan ... Die Signale stehen jetzt auf grün. Wir sind auf einem guten Weg ... Mit uns kommt das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit nicht unter die Räder. Wir lassen auch nicht zu, daß der Standort kaputtgeredet wird.« (aus einer Verlautbarung des DGB über das Gespräch mit dem Kanzler am 23.1.96)

Rasch und gründlich wurden die Hoffnungen und Illusionen, die mit der neuen Strategie genährt wurden, von den Tatsachen widerlegt. Diese gaben den Kritikern recht. Weder die Bundesregierung noch die Unternehmerverbände waren zu Gegenleistungen bereit; 'Bündnisse für Arbeit' wären nur auf betrieblicher Ebene möglich. Kläglich endete die »Offensive für neue Arbeitsplätze«, den Vertretern der Gewerkschaften wurden die Stühle vor die Tür gesetzt. Er habe »eine Mordswut«, wenn er sehe, »wie die (Unternehmer) mit der Not der Menschen spielen«, bekannte der IGM-Vorsitzende Zwickel am 15.3.96 in der Bildzeitung. Hilfloser kann sich ein Gewerkschaftsvorstand kaum ausdrücken.

Das Entgegenkommen und die Passivität auf der einen steigert Erwartungen und Aktivität auf der anderen Seite. Die Bundesregierung beschloß im Frühsommer 1996 in die Tat umzusetzen, was die Unternehmerverbände nach Kohls Wiederwahl vor nicht einmal zwei Jahren gefordert hatten und was die Gewerkschaften mit ihrem Bündnisangebot und mit Zugeständnissen glaubten, verhindern zu können.

Der DGB sah sich gezwungen, die Mitglieder der Gewerkschaften zu mobilisieren, u.a. zu einer Großdemonstration am 15. Juni 1996 nach Bonn. Dem Aufruf folgten rund 350.000 KollegInnen. »Die Reden der offiziellen Gewerkschaftsvertreter waren äußerst einfallslos. ... Wenn die Gewerkschaftsführungen und der DGB glauben, die Pläne von Kapital und Bundesregierung dadurch stoppen zu können, daß sie eine Großdemonstration und einige halbherzige Warnstreiks organisieren und mit der dort gezeigten Unterstützung im Rücken eine Neuauflage des 'Bündnisses für Arbeit' fordern, so wird sich das als Irrtum herausstellen«, schrieben wir im August 1996.

Anfang September 1996 verabschiedete die Bundesregierung ihr »Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung« und beseitigte damit die gesetzliche Lohnfortzahlung von

## Innergewerkschaftliche Solidarität

Anlässlich einer Demonstration von 80.000 Hamburger Schülern, Lehrern und Eltern für die Bereitstellung von mehr Geld für die Bildung forderte die GEW, daß der Koalitionsvertrag zwischen SPD und GAL in diesem Punkt nachgebessert wird. Einige DGB-Gewerkschaften Hamburgs lehnten die Unterstützung dieser Forderung im Hinblick auf den sanierungsbedürftigen Staatshaushalt der Hansestadt ab und verlangten von der GEW als Vorbedingung für eine Unterstützung ihrer Demonstration und Forderung Vorschläge, wie die zusätzlichen Ausgaben der Staatskasse an anderer Stelle eingespart werden sollten. Schließlich könne – so die ÖTV-Führung – der Bildung nur mehr Geld zufließen, wenn z.B. dem Öffentlichen Dienst oder dem Gesundheitsbereich etwas weggenommen würde. Keine eigene Demo mit konkreten Forderungen, sondern sich unterordnen unter die DGB-Parole »Für eine andere Politik«, war die Forderung an die GEW-Vertreterin. ■

100 Prozent. Die Unternehmerverbände (BDI-Präsident Henkel: »Schluß mit der Konsenssoße«) zogen nach. Daß nach der gesetzlichen Bestimmung nicht auch die tariflichen Regelungen reihenweise fielen, ist dem Widerstand der KollegInnen zu verdanken. Als die Metall-Industriellen, allen voran der Daimler-Konzern, die existierenden tariflichen Abmachungen ignorierten und nur noch 80 Prozent Krankengeld zahlten, kam es zu spontanen Streiks in Betrieben der Metall- und Automobilindustrie. Aus Furcht vor einer politischen Eskalation traten die Unternehmer zunächst den Rückzug an.

Ähnlich kläglich wie die DGB- und die IGM-Führung mit ihrem »Bündnis für Arbeit« scheiterte der Vorstand der IG Bergbau und Energie bei den Verhandlungen über die Zukunft des Steinkohlebergbaus. Schon im Vorfeld, ohne Not und Konsultation der Kollegen, hatte der Vorsitzende Berger den Abbau der Hälfte aller Arbeitsplätze bis zum Jahre 2005 angeboten. Mit diesen Vorleistungen ging er im März 1997 voller Optimismus in die Gespräche mit der Bundesregierung. Diese honorierte sein Nachgeben nicht und bestand auf einem wesentlich kürzeren und radikaleren Abbau.

Was folgte, ist noch in frischer Erinnerung. Zu Zehntausenden legten die Kumpel spontan die Arbeit nieder, besetzten ihre Zechen und blockierten das Bonner Regierungsviertel. Hinter sich ließen sie einen völlig überraschten Gewerkschaftsvorstand, dessen Politik der sozialpartnerschaftlichen Anpassung über Jahrzehnte von der Basis mitgetragen und erduldet wurde. Die 'Süddeutsche Zeitung' kommentierte am 12.3.97: »Das Eindringen der Bergleute in den Bannmeilenbezirk kennzeichnet einen neuen Abschnitt in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwar war der Bundestag auch früher schon blockiert ... Der Gesetzesbruch der Kumpel von der Ruhr aber ist von neuer Qualität. Erstmals in Bonn nahmen Demonstranten direkt Einfluß auf die Politik. Auf vielfältige Weise dokumentierten sie die eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten der Bundesregierung und der Parteien.«

Die Bergarbeiter haben mit ihrem spontanen Widerstand in die gesellschaftliche Auseinandersetzung eingegriffen und ihr Klasseninteresse zum Ausdruck gebracht – auch

wenn das der Mehrheit der Beteiligten noch nicht bewußt ist. Sie konnten wenigstens einen Teilerfolg erringen im Gegensatz zur DGB-Führung und den Vorständen der Gewerkschaften: Deren Mittel und Methoden haben sich als untauglich erwiesen, um die Angriffe der herrschenden Klasse auf die Arbeits- und Lebensbedingungen abzuwehren.

Es wäre allerdings falsch und fatal, die Gründe für die Schwäche und das Versagen der Gewerkschaften allein bei den Vorständen zu suchen. Die Ursachen liegen tiefer, in den Veränderungen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft selbst.

### **Die Gewerkschaften in der Krise – die Krise der Gewerkschaften**

Die Gewerkschaften haben sich in der BRD immer als tariflicher Interessenvertreter ihrer Mitglieder und nicht als gesellschaftspolitisch agierende und verändernde Kraft begriffen. Ihre Aufgabe sahen die Vorstände im fairen, sozialpartnerschaftlichen Interessenausgleich, den sie innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung prinzipiell für möglich halten und deren Grundlagen sie deshalb verteidigen. In den Zeiten der Hochkonjunktur, als Arbeitskraft Mangelware war, und auch noch bei geringer Arbeitslosigkeit schien das – auch in den Augen der KollegInnen – ausreichend. Den Unternehmern konnten mit den Methoden des gewerkschaft-

lichen Tarifpokers Zugeständnisse abgerungen werden. Den Parteien und Parlamentariern überließen es die Gewerkschaften, ihre tariflichen Erfolge in gesetzliche Bestimmungen zu gießen und in der Sozialpolitik umzusetzen. Die Mitglieder sollten mit ihrem Kreuz an der richtigen (SPD) Stelle für die entsprechenden Mehrheitsverhältnisse im Parlament sorgen. Auf Unternehmenseite stieß dies auf keinen nennenswerten Widerstand, waren doch die Tarife in der Regel Mindeststandards. Durch übertarifliche Bezahlung und soziale Sonderleistungen versuchten die Betriebe Arbeitskräfte anzuheuern und zu binden; in Betriebsvereinbarungen konnten die Betriebsräte das absichern. Die Funktion Westdeutschlands als Schaufenster des Westens gegenüber den osteuropäischen Staaten stabilisierte die Position der Arbeitenden.

In den Zeiten der Krise kann man mit einer solchen gewerkschaftlichen Politik nicht einmal die vorhandenen Löhne und Arbeitsbedingungen der Stammebelegschaften verteidigen. An die Stelle der Suche nach weiteren »Mitarbeitern« trat der Abbau, die Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen. Betriebe, Konzernteile und Zweigniederlassungen konkurrieren nicht mehr mit sozialen Sonderleistungen um die Arbeitskräfte. Nur wer am meisten einspart, am flexibelsten seine Mitarbeiter einsetzt, wer am rationellsten und billigsten produziert, sichert sich eine Zukunft im internationa-

### **Stollmanns CompuNet – ein typisches DV-Dienstleistungsunternehmen**

CompuNet (CN), von SPD-Minister-Kandidat Jost Stollmann mitgegründet und geprägt, gehört in Hamburg zu den größten DV-Dienstleistungsunternehmen. CN verfolgt eine ausgefeilte Firmenstrategie, die auf den aktuellen Markt (Stichwort: »Outsourcing«) zugeschnitten ist. Bundesdeutsche Großunternehmen gehören zum Kundenstamm.

CN hat eine Firmenphilosophie, die mittlerweile im DV-Dienstleistungssektor nicht unüblich ist: Flache Hierarchien, »lockerer« Umgangston (selbst die Geschäftsleitung wird geduzt), jährliche Mitarbeitergespräche, regelmäßige Gruppen- und Abteilungsmeetings sowie Schulungen der Mitarbeiter.

Nicht der Schul- oder Berufsabschluß ist für die Einstellung entscheidend, sondern Teamfähigkeit, Selbstständigkeit und der Wille, sich zu engagieren. Selbst »Quereinsteiger«, wie z. B. ein Bäcker, der sein EDV-Hobby zum Beruf machen will, bekommen eine Perspektive – und nutzen diese. DV-Techniker, die über keinerlei Berufserfahrung verfügen oder bislang in kleinen Firmen tätig waren, können bei Großkunden im Hightech-Bereich Erfahrungen sammeln.

Als »Gegenleistung« wird ein entsprechendes Engagement erwartet: Niedriges Einstiegsgehalt – weitere Gehaltserhöhungen werden individuell mit dem Abteilungsleiter ausgehandelt; Überstunden, die nicht bezahlt werden; eine hohe Arbeitsintensivität und eine hohes Maß an Flexibilität, was Einsatzort und die Arbeitszeit betrifft.

Dementsprechend sieht die Altersstruktur aus. Die Techniker sind zwischen 25–35 Jahre alt. Ältere Kollegen halten entweder dem Druck nicht stand oder kommen einfach mit dem Gehalt nicht aus, insbesondere wenn sie ver-

heiratet sind und Kinder haben. Wer nach ein oder zwei Jahren die Chance hat, von einem Kunden übernommen zu werden, nutzt diese in der Regel. Ebenfalls nicht unüblich ist der Wechsel zur Konkurrenz, um zumindest die Einkommenssituation zu verbessern. Unterstützt wird dieser Trend durch das zunehmende »Abwerben« zwischen den DV-Dienstleistern. All das sind individuelle, z. T. mit Einkommenssteigerungen verbundene Antworten der Beschäftigten auf den Druck von oben bzw. vom Markt.

Im kaufmännischen Bereich entpuppt sich die „flache Hierarchie“ als Farce. Während die Vertriebsbeauftragten für Vertragsabschlüsse Provisionen kassieren, bleibt die Umsetzung des Vertrages an den ohnehin schlechter bezahlten Vertriebsassistentinnen (i. d. R. Frauen) hängen.

Natürlich hat es Versuche einzelner KollegInnen gegeben, einen BR zu installieren. Die Folge war »Mobbing« der Engagierten, sie wurden als Störenfriede dargestellt. Am schlimmsten traf es die, die für kollektives Handeln mit Unterstützung der Gewerkschaft eintraten. In einem Betrieb, der das Individuum betont, aber die Vereinzelung (»Teile und herrsche«) meint, sind Gewerkschaften verpönt.

Jost Stollmann hat dieses Betriebsklima wesentlich mitgeprägt. Er steht für eine rapide wachsende Tendenz vor allem in den Branchen, die z. Zt. Konjunktur haben:

Sein unternehmerisches Handeln klammert junge Menschen, die mit einer Grundausbildung ins Berufsleben einsteigen wollen, aus – ebenso wie diejenigen, die den betrieblichen Anforderungen aus Altersgründen nicht mehr voll gewachsen sind. Soll sich doch sonstwer um diese Leute kümmern!

Soll das die Wirtschaftspolitik einer künftigen SPD-Regierung sein? ■

len Konkurrenzkampf. Die Angst vor dem Abstieg in das Millionenheer der Arbeitslosen macht die KollegInnen erpreßbar. Betriebsräte untereinander wetteifern nicht mehr um die besten Betriebsvereinbarungen, die sie aushandeln können, sondern überbieten sich mit Zugeständnissen, die sie ihren Unternehmensleitungen entgegenbringen. Der Verstoß gegen tarifliche Bestimmungen bildet dabei kein Tabu mehr. Die Belegschaften stehen nicht mehr nur der eigenen Geschäftsführung gegenüber, sondern der Konzernspitze, der geschlossenen Front der Unternehmerverbände, der Regierung und der veröffentlichten Meinung, wenn es darum geht, bestehende Standards abzubauen.

Der Abbau ist nicht mehr der zeitlich begrenzte Einzelfall zur Rettung eines maroden Unternehmens, er ist zu einer allgemeinen Erscheinung geworden, der alle Branchen und gesellschaftlichen Bereiche erfaßt hat. Niedrigere Tarife, längere Arbeitszeiten, die Nichteinhaltung bestehender Verträge lassen sich auch nicht auf die neuen Bundesländer begrenzen. Das Wegbrechen der Systemkonkurrenz ließ auch die »untere Toleranzschwelle« sinken, auf eine mögliche gesellschaftliche Alternative muß gegenwärtig nicht Rücksicht genommen werden.

Wo der Spielraum für Unternehmer und Regierung enger wird, droht bei Konflikten eine Eskalation, die kaum kalkulierbar ist und politisch immer schwerer kontrollierbar wird. Deshalb das ständig zunehmende Bemühen der Gewerkschaftsführungen, praktischen Auseinandersetzungen, an denen Belegschaften beteiligt sind, aus dem Wege zu gehen. Der Preis, den die arbeitende Bevölkerung dafür zahlen muß, wird höher und höher.

Alte Grundsätze und Forderungen, die den Zugeständnissen entgegenstehen, werden wie lästiger Ballast über Bord geworfen, bestehende Programme »entschärft«, aus den Schulungsinhalten für Betriebsräte und Vertrauensleute wird der Klassengegensatz gestrichen. Wo KollegInnen sich zur Wehr setzen, wird das von den Vorständen nicht nur nicht gefördert, sie versuchen im Gegenteil die Bewegung zu isolieren oder lassen die Streikenden im Stich. Dieses Verhalten verträgt sich immer weniger mit dem offenen Meinungsaustausch in der Gewerkschaft, mit dem Streit über die Bedingungen und Möglichkeiten gewerkschaftlichen Handelns und um die politische Ausrichtung der Organisation. Die Diskussion wird zunehmend ersetzt durch einsame Beschlüsse der zentralen Instanzen, die sich immer weiter vom Denken und Fühlen ihrer Mitglieder entfernen. Die Verselbständigung und Bürokratisierung des Apparates, der schon lange ein Eigenleben führt, schreitet immer schneller fort, während Resignation und Zweifel – »für freiwillige Zugeständnisse brauchen wir die Gewerkschaft nicht« – an der Basis zunehmen. Das gewerkschaftliche Leben erlahmt und stirbt ab. Besonders für die Jugend haben die Gewerkschaften jegliche Attraktivität verloren. Wenn sie sich darauf beschränken, die sozialen Folgen des Kapitalismus für die Stammebelegschaften abzufedern, bleiben zunehmend große Teile der Jugendlichen ohne Arbeit. Eine Gewerkschaftsführung, die vorrangig zum Ziel hat, ihre eigene Funktion zu erhalten, kann sich darüber – wie auch um die beginnenden Aktionen und Demonstrationen der Erwerbslosen – nur wenig Gedanken machen, wird abhängig von der Unternehmergunst.

Sinkende Mitgliederzahlen lassen die Beitragseinnahmen schrumpfen. Die schwindende Finanzkraft – von den

Vorständen mit gewerkschaftlicher Kampfkraft gleichgesetzt – soll durch Fusionen und Zusammenschlüsse erhalten werden; der bestehende Apparat muß finanziell und personell den veränderten Bedingungen angepaßt werden. Dabei stehen nicht politische, sondern betriebswirtschaftliche Überlegungen im Vordergrund. Das Verhältnis gegenüber dem Unternehmerlager bleibt dadurch unverändert – praktische Solidarität und gemeinsame Aktivitäten werden durch die Art und Weise der Zusammenschlüsse nicht gefördert, sondern gehemmt. Der Rechtsschutz des DGB beispielsweise wird – weil zu teuer – in eine eigens gegründete Gesellschaft ausgegliedert. Die Entlassung von gewerkschaftlichen Angestellten wird mit Methoden durchgesetzt, die selbst in kapitalistischen Betrieben noch unrühmliche Ausnahmen darstellen. Aber auch die Zahl der Hauptamtlichen muß reduziert werden. Ein Geschacher und Gerangel um die Posten, wie in bürgerlichen Parteien üblich, bestimmt mehr und mehr die Überlegungen und Handlungen im Funktionärsapparat.

Wenn Gewerkschaftsvertreter sich verantwortlich für die Regierungspolitik der Sanierung des Staates fühlen, müssen sie die Interessen der Mitgliedschaft mit Füßen treten, sie werden zu einer Institution zur Erhaltung dieser Gesellschaftsordnung an der Seite der Unternehmer.

Unsere Aufgabe kann sich nicht darauf beschränken, gegen den Kurs der Anpassung altbewährte gewerkschaftliche Losungen und Forderungen hochzuhalten. Die Zeiten sind längst vorbei, in denen sich diese Forderungen innerhalb der kapitalistischen Ordnung wenigstens teilweise durchsetzen ließen. Die Angriffe der herrschenden Klasse auf die Arbeits- und Lebensbedingungen können nur abgewehrt werden, wenn die KollegInnen sich der Gängelung und Bevormundung durch den Apparat entziehen und die Grenzen des nur-gewerkschaftlichen Kampfes überwinden. Die ersten Schritte dazu wurden – wie eingangs geschildert – in den letzten vier Jahren gemacht; die DGB-Führung will verhindern, daß in dieser Richtung weitergegangen wird und versucht alle Hoffnungen und Erwartungen auf einen Regierungswechsel zu lenken.

### **Vom Zersetzungsprozeß der Parteien zur Krise des Parlamentarismus**

Den politischen Auswirkungen der Krise können sich auch die Parteien nicht entziehen. Was von den bürgerlichen Medien als Politikverdrossenheit bezeichnet wird, ist in Wirklichkeit ein Zersetzungsprozeß der alten Parteienlandschaft und der Volksparteien, denen es immer weniger gelingt, die unterschiedlichen Interessen und politischen Vorstellungen unter einen Hut zu bringen. Auch hier ähnliche Erscheinungen wie bei den Gewerkschaften: Die weitere Verselbständigung der Apparate und der Parlamentarier und ein Erlahmen des Parteilebens an der Basis. Immer weniger gelingt es den Parteien, ihre Anhänger und Wähler zu mobilisieren oder Nachwuchs zu organisieren.

In allen Parteien wächst die Kluft zwischen den Ost- und den West-Landesverbänden. Die gesellschaftlichen Institutionen und das Parteileben, wie es sich in den 50er und 60er Jahren herausgebildet hat, lassen sich den neuen Ländern nicht einfach überstülpen. Dafür fehlen im Osten die materiellen Grundlagen, im Westen schreitet deren Zersetzung voran.

In den 80er Jahren erschien eine rot/grüne Koalition vielen Wählern noch als Alternative, verbunden mit hohen Erwartungen an eine gerechtere Sozialpolitik und eine stärkere Beachtung des Umweltschutzes. In der Wahl zwischen konservativ-liberaler und rot-grüner Koalition spiegelte sich auf parlamentarischer Ebene die politische Polarisierung in der Gesellschaft wider. Davon kann heute keine Rede mehr sein. Die Programme und Losungen der Parteien – eine Ausnahme bildet noch die PDS – gleichen sich immer stärker an. Ob Kohl oder Schröder, das scheint nur noch eine Frage des personellen Wechsels, inhaltliche Unterschiede lassen sich allenfalls noch in Nuancen ausmachen. Zugleich entbrannte

ein Kampf um den »Wähler der neuen Mitte«, d.h. um diejenigen, die von der kapitalistischen Entwicklung profitieren (so sind in jüngster Zeit wieder Ingenieure, Informatiker und DV-Techniker gefragt) oder sich vor den Folgen der Krise noch sicher wähnen. Von den anderen, den Verlierern, ist in den letzten Jahren ein wachsender Anteil den Wahlen ferngeblieben oder hat seine Stimme den verschiedenen rechts-extremen und populistischen Parteien gegeben. Die Basis der Volksparteien unter den Wählern schwindet. Nur eine Minderheit in unserer Republik traut den Politikern noch zu, das Problem der Arbeitslosigkeit lösen zu können, während fast jeder zweite die Arbeitslosigkeit in Verbindung mit dem

#### ■ NOTIZEN ZUR INNENPOLITIK

### ...dem steht keine andere Meinung entgegen.

Das Ergebnis der Wahlen zum Landtag Sachsen-Anhalt hat mit dem zweistelligen Anteil an DVU-Stimmen für Aufmerksamkeit gesorgt. Doch schon nach kurzer Zeit ist die "Öffentliche Meinung" in Presse und anderen Medien zur Tagesordnung übergegangen. Trotzdem: Was bei dem Wahlergebnis besonders auffällt, ist

- die große Zahl der DVU-Stimmen unter den Jungwählern
- die große Zahl der DVU-Stimmen unter den Wählern mit einem Arbeitsplatz, die ihrer sozialen Herkunft nach der Arbeiterklasse zugerechnet werden müssen.

Die Wahlaussagen der DVU und anderer rechtsextremer Gruppen werden von Fremdenfeindlichkeit bestimmt. Die Fremdenfeindlichkeit wird durch vielerlei Art gefördert. Wenn Kanther und andere Politiker seines Schlages z.B. vor den Gefahren der Ausländerkriminalität warnen, vor Asylbewerbern, die sich angeblich staatliche Sozialleistungen ergaunern, dann findet das bei vielen Wählern, die die Zusammenhänge nicht erkennen können, Beachtung und wirkt sich auf ihre Wahlentscheidung aus.

Doch sollten wir uns davor hüten, diese Wähler auch pauschal als rechtsradikal und unkritisch gegenüber dieser Regierung einzustufen.

Das Problem ist, daß dieser immer wieder neu veröffentlichten Meinung keine entgegengesetzte Meinung gegenübersteht, die sich auf klassenbewußte Bevölkerungsgruppen stützen kann. Direkt nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges stützte sich der Rechtsextremismus vor allem auf Teile der älteren Generation, die von HJ, BDM, Autobahnbau etc. schwärmten, heute sind es andere Schichten, die das Reservoir für die Rechtsentwicklung bilden.

Manche Politiker beruhigen sich damit, daß Wahlergebnisse wie die in Sachsen-Anhalt erst noch einen relativ geringen Teil der Wähler widerspiegeln und daß die rechten Parteien zur Zeit noch sehr zersplittert sind. Sucht man nach den Ursachen dieser Veränderungen im politischen Wählerverhalten, so muß festgestellt werden, daß in der Wirtschaftskrise nur mit einer Ausdehnung des für Rechtsextremismus empfänglichen Potentials zu rechnen ist.

Mangel an Lehrstellen verschlechtern die Lage für Jugendliche. Der Abbau von Arbeitsplätzen schafft allgemein Unsicherheit und Angst vor der Zukunft – die Folge ist eine sehr verbreitete Orientierungslosigkeit. Eine entscheidende »Säule dieses Sozialstaates«, die Gewerk-

schaftsorganisationen, stehen dieser Orientierungslosigkeit auch ihrer Mitglieder ohne Antwort gegenüber. Das begünstigt die Tendenz, Antworten auf die grundsätzlichen Fragen woanders zu suchen.

Gemessen an der Weltwirtschaftskrise 1928/29 ist die finanzielle Misere noch nicht einschneidend. Damals hatte die arbeitende Bevölkerung noch eine Vorstellung von einem Ausweg aus der kapitalistischen Krise – was die Nazis mit ihrer verlogenen Propaganda vom »nationalen Sozialismus« auch verbal respektieren mußten. Um hinter diesem Getöse den Kapitalismus politisch und wirtschaftlich zu retten.

Heute reden alle Parteien davon, daß die Beseitigung der Arbeitslosigkeit das wichtigste Problem sei. Sie preisen eine höhere berufliche Qualifizierung als Medizin gegen die Arbeitslosigkeit an – als wenn es nicht immer mehr qualifizierte Arbeitslose schon gibt. Der technische Wandel und die damit einhergehende Steigerung der Produktivität, des Konkurrenzkampfes läßt sich durch Maßnahmen wie ABM, LKZ etc. nicht aufheben, sie bleiben weiße Salbe.

»Abschieben« ist eines der Patentrezepte der Regierungen. »Abschieben« ausländischer Jugendlicher in das Herkunftsland (der Eltern), »abschieben« von deutschen Jugendlichen in geschlossene Heime. Da werden Stoiber, Kanther und sozialdemokratische Landesminister sich schnell einig werden – und Schily wird mit dabei sein, wie schon beim »Lauschangriff«.

Innenminister Wienholtz aus Schleswig-Holstein gibt die Richtung vor: »Wegsperrten allein ist keine Therapie« (nach dem »Positionspapier« der SPD, das »für die geschlossene Heimunterbringung von jugendlichen Mehrfachtätern« plädiert). Allein? Ihm reicht das offenbar noch nicht, andere Mittel müssen her. Zunächst sei notwendig, »daß die Polizei zumindest bei kleinen Delikten das Mandat erhält, ein Erziehungsgespräch zu führen und weitere Sofortmaßnahmen vorzuschlagen«. Die Erziehung der Kinder soll in die Hände der Polizei übergeben werden? Und die Eltern und Lehrer »müssen ihren Erziehungsauftrag ernst nehmen«, meint er. Nach den Ursachen der aktuellen Erziehungsprobleme wird schon gar nicht mehr gefragt, stattdessen: »Kindern muß... der Unterschied zwischen mein und dein verdeutlicht werden«, denn »wer etwas besitzen möchte, muß lernen, daß er sich dieses nicht mit Gewalt besorgen kann«.

Unsere Erfahrungen mit der politisch und wirtschaftlich herrschenden Klasse in diesem Lande lehren uns das Gegenteil. ■

Kapitalismus bringt. Dies gefühlsmäßige Erfassen oder Erahnen der Ursachen geht überwiegend einher mit Ohnmachtsgefühlen und politischer Orientierungslosigkeit.

### Die Parteien der Regierungskoalition

Die Verteidigung ihrer knappen Regierungsmehrheit hielt die Parteien der Koalition in den letzten vier Jahren zusammen. Dem hatten sich die Parlamentarier bei Abstimmungen zu beugen, und sie haben es zum Teil bis zur Selbstaufgabe praktiziert. Jetzt, da die Wahlen und die drohende Niederlage nähergerückt sind, macht sich Nervosität breit. Die Risse zwischen und innerhalb der Koalitionsparteien werden deutlicher sichtbar; das Gerangel um die richtige Wahlkampfstrategie und mögliche personelle Konsequenzen lassen sich kaum noch hinter Kulissen verbergen. Nach der Wahlentscheidung werden die Differenzen offen ausgetragen. Wichtiger jedoch als die personellen Querelen sind die dahinterstehenden Verschiebungen der politischen Kräfteverhältnisse.

In einem Spiegel-Interview (Juli 1998) warnte Schäuble vor einem Auseinanderbrechen der CDU nach einer Wahlniederlage von Kanzler Kohl. Die gegensätzlichen Interessen und Anschauungen lassen sich auch in der Union nur noch schwer auf einen gemeinsamen Nenner bringen oder durch Kompromisse verdecken. In den ostdeutschen Landesverbänden regt sich offener Widerstand gegen die Wahlkampfstrategie gegenüber der PDS, mit der die Bonner Zentrale glaubt, bei den antikommunistischen Wählern im Westen

der SPD Prozenz abjagen zu können. In den neuen Ländern fürchten Mitglieder und Mandatsträger durch die negative Wirkung auf die Wähler um ihre Posten und Parlamentssitze, nachdem sich die Stimmen für die CDU seit 1990 halbiert haben.

Die Sozialpolitik der Bundesregierung hat die Vertreter der Christlich-Demokratischen-Arbeitnehmerschaft CDA zerschlagen. Sie mußten in den letzten vier Jahren viele Kröten schlucken und sich den Vertretern des Mittelstandes und der Industrie in der Union beugen. Die Notwendigkeit der Sanierung des Staatshaushaltes und einer Kostenentlastung für die Unternehmer ließen einen entscheidenden Einfluß der CDA auf die Beschlüsse der Bundesregierung nicht zu; in der CDU gerieten deren Vertreter immer stärker ins Abseits. Ein Standbein der Union als Volkspartei bricht damit weg. Es gelingt ihr immer weniger, sich den Wählern aus der Arbeiterschaft als politische Kraft mit der größeren wirtschaftspolitischen Kompetenz zu präsentieren, bei der auch die soziale Gerechtigkeit nicht unter die Räder kommt.

In der Rechts- und Ausländerpolitik haben sich die nationalreaktionären Kräfte in der Union durchgesetzt. Die Hardliner, wie Innenminister Kanther oder der Berliner Innensenator Ex-General Schönbohm, bestimmen öffentlichkeitswirksam die Politik auf diesem Gebiet. Ihr Konzept ist einfach, aber folgerichtig: Die Folgen von Massenarbeitslosigkeit und sozialer Demontage sollen durch den Ausbau von Polizei und Justiz, durch eine verschärfte Repression im Zaum gehalten werden. Zugleich, sozusagen als positiven Nebeneffekt, hoffen sie damit der Konkurrenz am rechten Rand den Wind aus den Segeln nehmen zu können. Die Atmosphäre, die sie mit ihrer Demagogie zu diesen Themen im Wahlkampf erzeugen, ist jedoch nur zusätzliches Wasser auf deren Mühlen; sie verstärkt die Ängste, die in breiten Kreisen der Bevölkerung vorhanden sind.

Auch die FDP-Fraktion in Bonn hat sich in den Fragen der inneren Sicherheit und der Ausländerpolitik den Forderungen nationalreaktionärer Kreise in der CDU angeschlossen. Der große Lauschangriff wurde mit ihrer Zustimmung beschlossen; die zuständige Justizministerin Leutheuser-Schnarrenberger nahm ihren Hut, weil sie das nicht mittragen wollte. Die Abstimmung über ein Einwanderungs- und Einbürgerungsgesetz fiel gegen den Willen der FDP-Parlamentarier der Regierungsräson zum Opfer.

Von der Festlegung auf die jetzige Koalition über eine Neuaufgabe der sozialliberalen Variante (Möller) bis hin zur Profilierung als nationalistische Partei nach dem österreichischen Vorbild Haider (Ex-Generalbundesanwalt Alexander von Stahl) reichen die Vorschläge für den weiteren Kurs der Partei. Das parlamentarische Aus auf Bundesebene wäre zugleich der Todesstoß für die FDP. So bleibt ihr beim



Gerhard Schröder, 23. Mai 1998

## Zuerst das Land, dann die Parteien.

### Deutschland braucht Zusammenhalt und Gemeinsinn.

Ich will, daß unser Volk zusammenfindet und die Politik die Kraft hat, die großen Probleme rasch und entschlossen im Konsens anzupacken, allen voran die Beilempfung der Massenarbeitslosigkeit. Dazu müssen wir den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft neu begründen.

Wir brauchen einen Politisittil, der das Klima im Land nicht vergiftet. Auch in den kommenden Monaten muß gelten: Der Anreiz des Bundeskanzlers fördert; den Nutzen des deutschen Volkes zu mehren und Schaden von ihm zu weichen. Das verbietet, Menschen gegeneinander anzuhetzen und ihre Motive absichtsvoll herabzusetzen.

Ich werde mich daran halten. Über die Sache darf gesprochen werden. Es geht um die besseren Konzepte. Aber es muß fair zugehen, und die Interessen des Landes müssen im Vordergrund stehen. Der innere Frieden ist wichtig.

Ich setze auf den fairen Wettstreit um die besten Lösungen für unser Land. Es darf kein Politisittil einreifen, bei dem aus Angst um Machtverlust das parteipolitische Interesse vor die Interessen des Landes und des Gemeinwohls gesetzt wird.

Der Grundkonsens zwischen tüchtigen Unternehmern, qualifizierten Arbeitnehmern und den großen gesellschaftlichen Gruppen hat unserem Land Wohlstand und eine stabile Demokratie gebracht. Den Weg will ich weitergehen. Ich werde alles tun, um eine leistungsgerechte und Zusammenhalt auf den Weg zu bringen. Wie es früher die Konzepte der Arbeiterschaft hat, will ich nach der Bundestagswahl wieder Unternehmer, Gewerkschaften, Wissenschaft und Politik zu gemeinsamen Problemlösungen zusammenführen.

Wie zu nun ist, liegt auf der Hand: Modernität und soziale Gerechtigkeit auch in Deutschland zu verbinden. Wir müssen die politischen Blockaden in Deutschland aufbrechen, damit es endlich aufwärtsgeht.

Nur so geht es.

*Gerhard Schröder*

Gerhard Schröder

← Schröder auf den Spuren des deutschen Kaisers, der 1914 vor Beginn des Ersten Weltkrieges ausrief: »Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!« Damit forderte er die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften auf, vom Klassenkampf zu lassen und mit den Herrschenden einen »Burgfrieden« zu schließen – und den Eroberungskrieg mitzumachen. Heute geht es Schröder um die Verteidigung des Standortes Deutschland: »Unternehmer, Gewerkschaften, Wissenschaft und Politik« in einem Boot – der Burgfrieden 1998.

PDS-VORSTAND SCHREIBT AN WEIZSÄCKER:

## »... für eine gerechte Republik«

Führende Funktionäre der PDS, unter ihnen der 1. Vorsitzende der Partei Bisky und der Vorsitzende der Bundestagsgruppe Gysi, haben dem ehemaligen Bundespräsidenten von Weizsäcker einen (offenen) Brief geschrieben. Sie erklären darin, daß sie auf der Grundlage des Grundgesetzes für eine »gerechte Republik« eintreten wollen.

Was aber ist eine »gerechte Republik«? Das Grundgesetz besteht seit 1949, ist die Bundesrepublik Deutschland, d.h. Westdeutschland, eine gerechte Republik gewesen? Ist die Verfolgung von tausenden klassenbewußten Arbeitern, ihre Entlassung und Verfolgung, weil sie andere Vorstellungen von Gerechtigkeit hatten, ein Zeichen von einer über den Klassen stehenden Gerechtigkeit? Ist die Übernahme von tausenden von Staatsanwälten und Richtern, von denen nicht wenige gegen klassenbewußte Arbeiter und desertierenden Soldaten im 1000jährigen Reich Todesurteile verhängten, Anzeichen einer gerechten Gesellschaft? Offenbar sind die Vorstellungen von »Gerechtigkeit« unterschiedlich, je nachdem ob man in der Klassengesellschaft mit der herrschenden Klasse übereinstimmt oder für die Überwindung der bürgerlichen Klassenherrschaft eintritt. Als ob die führenden Funktionäre der PDS davon noch nie etwas gehört haben, bedienen sie sich solcher Floskeln. Wollen sie Weizsäcker und Leute aus den bürgerlichen Klassen so für die PDS gewinnen und haben sie Weizsäcker deswegen ausgewählte Schriften der PDS zugesandt?

Wir halten es für möglich, daß dies eine Aktion ist, um bei den kommenden Bundestagswahlen Stimmen für die PDS unter bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten, denen Weizsäcker verbunden ist, zu »erobern«. Weizsäcker wird als ein »ehrenwerter Mann« bezeichnet, aber zu glauben, daß er seiner Klasse und der CDU abtrünnig werden würde, weil Bisky und Gysi ihm schreiben, ist mehr als eine Verkenning der politischen Verhältnisse in der BRD. Denn selbst wenn Weizsäcker es wollte, kann er seiner Klasse und seiner Biographie nicht untreu werden, jedenfalls nicht aus eigener Kraft.

Die Führung der PDS anerkennt nicht den Klassengegensatz und die geschichtliche Aufgabe der Arbeiterklasse in der bürgerlichen Gesellschaft. Da bleibt von ihren »sozialistischen Idealen« eben nur der Appell an die »Gerechtigkeit« der herrschenden Klasse. Aber deren Vorstellungen von Gerechtigkeit sind nicht die der Unterdrückten.

Im Januar haben Gysi und Bisky an der Spitze der Demonstration zur Erinnerung an die Ermordung von Karl und Rosa Kränze niedergelegt. Die beiden wurden – wie viele klassenbewußte Sozialisten und Kommunisten – unter tatkräftiger Mitwirkung der SPD-Führung von der Soldateska der herrschenden Klasse ermordet. Karl Liebknecht hatte im ersten Weltkrieg vor dem Kriegsgericht seine Gegnerschaft gegen den Krieg eingestanden und wurde deshalb zu Zuchthaus verurteilt: »Ich sage Ihnen, kein General trug jemals seine Uniform mit soviel Ehre, wie ich den Zuchthauskittel tragen werde«; in diesem Geiste haben Millionen deutscher Sozialisten und Kommunisten ihre Würde bewiesen, die eben nicht die Würde der Herr-

Kampf ums Überleben nur noch das Auftreten als offener Lobbyist ihres traditionellen Wählerklientels, des Mittelstandes, in der Steuerpolitik.

### Wechsel ohne Wandel: Die rot-grüne »Alternative«

Die Wahlchancen der Opposition sind nicht Ausdruck ihrer Stärke, sondern der Schwäche der Regierung. Weder die SPD noch die Grünen haben deren Schwäche und die knappe parlamentarische Mehrheit in den letzten vier Jahren nutzen können, wie 1994 nach der Wahl noch vollmundig verkündet. Nicht, weil sie nicht wollten, sie konnten es nicht. Sie hatten in der entscheidenden Frage, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Regierung nichts entgegenzusetzen. Die Sozialdemokratie hatte mit ihrer Mehrheit im Bundesrat entscheidende Einschnitte in der Sozialpolitik mitgetragen oder versucht zu einem Kompromiß zu kommen. Auf Länderebene unterschied sich die Sparpolitik von rot-grün oder SPDgeführten Regierungen kaum von denen der unionsregierten Bundesländer.

Als die Sozialdemokraten Schröder zum Kanzlerkandidaten kürten, stand ein Kriterium im Vordergrund: Mit wem haben wir die größten Wahlchancen und sichern uns Parlamentssitze, Ministersessel und Ämter? Mit rasantem Tempo hat Schröder seither ein sozialdemokratisches Tabu nach dem anderen gebrochen, ohne auf nennenswerten Widerstand in der Partei zu stoßen. Die Mehrheit steht 'Gewehr bei Fuß' und applaudiert, das kleine Häuflein der Parteilinken, das die alten Losungen nicht so schnell preisgeben mag, steht hilflos daneben.

Die traditionellen sozialdemokratischen Rezepte in der Wirtschafts- und Sozialpolitik (Ankurbelung der Konjunktur

durch höhere Staatsverschuldung und eine gerechtere Verteilung der Steuerlasten) sind von der Entwicklung ebenso überholt wie die alten Vorstellungen der Gewerkschaftsvorstände. Der Erhalt der kapitalistischen Ordnung erfordert statt dessen die weitere Abwälzung der Krisenlasten auf die Masse der arbeitenden und arbeitslosen Bevölkerung. »Es gibt keine sozialdemokratische sondern nur eine gute oder schlechte Wirtschaftspolitik«, hatte Schröder folgerichtig vor seiner Nominierung erklärt. Wie in der Union die Vertreter der CDA, wurden in der SPD die Sozialpolitiker der AfA (z.B. der Sozialexperte Rudolf Dreßler) auf's Abstellgleis geschoben. Schröder macht gegenüber der Industrie deutlich, daß er an die Sozialpolitik der bisherigen Regierung anknüpfen will: »Ich werde nicht alles anders, aber vieles besser machen«, denn »Deutschland kommt vor den Parteien«. Um etwaigen Erwartungen der eigenen Anhänger und der Parteifreunde aus den Gewerkschaften vorzubeugen, will sich die Schattenregierung in der Sozialpolitik »erst nach einem Kassensturz« festlegen. Das Ergebnis ist vorhersehbar.

### Die sozialdemokratische Neuauflage des Bündnisses für Arbeit

Schröder will im Fall seiner Wahl das Bündnis für Arbeit wiederbeleben; unter welchen Bedingungen, das wird durch die Berufung Jost Stollmanns zum Wirtschaftsminister im Schattenkabinett deutlich. Kein Interview, in dem der flotte Jungunternehmer nicht bisher geltende Grundsätze sozialdemokratischer Politik in Frage stellt und gewerkschaftliche Errungenschaften beseitigt wissen möchte: Betriebsräte hält er ebenso für überflüssig wie die bisher geltende Mitbestimmung und den Kompromiß für den Steinkohlebergbau – von

schenden ist. Anders die Führung der PDS: Sie beklagt sich bei Weizsäcker, weil »mit einzelnen von uns in einer ihre Würde verletzenden Art und Weise umgegangen wird, die wir nicht für möglich gehalten haben«. Was mögen die armen Unwissenden erwartet haben? Wollten sie einen staatlich geschützten, von der herrschenden Klasse anerkannten »Demokratischen Sozialismus«?

»Es ist für uns eine bittere Erkenntnis, daß viele von uns – um großer Ideale willen – Strukturen der Unterdrückung mitgetragen und die Verfolgung Andersdenkender zugelassen haben.« Welche »großen Ideale« hatten sie in der DDR, die sie heute nicht mehr haben? Da reden sie von der 1989 gewonnenen »Freiheit«, von den großen Zielen des Grundgesetzes und wollen, daß sich die deutsche Wirklichkeit nicht von diesen großen Idealen entfernen, sondern sich ihnen annähern soll. Denn die PDS ist »Partei im Sinne des Grundgesetzes« und »wirkt« auf dessen Boden.

»Statt entschlossener politischer Opposition allgemeine Vermittlung, statt des Kampfes gegen Regierung und Bourgeoisie, der Versuch sie zu gewinnen und zu überreden, statt des trotzigem Widerstandes gegen Mißhandlung von oben demütige Unterwerfung und das Zugeständnis, man habe Strafe verdient...«, warnte Engels die deutsche Sozialdemokratie in einem Brief an Bebel – vor über 100 Jahren.

Ist es vielleicht die von ihnen besungene »Gerechtigkeit« und gewonnene »Freiheit«, daß, wie sie selbst schreiben, vielen Bürgern »ohne jede rechtsstaatliche Prüfung individueller Verantwortung und Schuld«(...)»gekündigt bzw. die Renten

gekürzt (wurde),...Tausende Ostdeutsche verloren ihre Grundstücke und Häuser und und und ...«

Hat Weizsäcker damals als amtierender und heute als Ex-Bundespräsident seine Stimme dagegen erhoben? Oder würde er sie erheben, um diese »Mißstände« anzuprangern bzw. der Ausplünderung der DDR durch westdeutsche Unternehmer entgegenzutreten, nachdem er den Brief des PDS-Parteivorstandes erhalten hat?

Was sind das für »Demokratische Sozialisten«, die ihre Unterwürfigkeit gegenüber der herrschenden Klasse in Westdeutschland kompensieren mit Drohungen an diejenigen, die ihrer Meinung nach keinen Platz in der PDS haben, weil sie dieser letztlich doch gesetzlich oder richterlich abgesicherte Ausplünderung der Ex-DDR-Bürger immer noch »feindlich« gegenüber stehen?

Wer bestimmt eigentlich über die Prinzipien der PDS: der »hochwohlgeborene« Parteivorstand, die Justiz oder der Staatsapparat? Engels schrieb 1879 an seinen Parteifreund Bebel: »Der deutsche Philister ist die inkorporierte Feigheit, er respektiert nur den, der ihm Furcht einflößt«(...), nicht aber den, der sich 'lieb' Kind' bei ihm machen will«. In den Reihen der PDS wächst der Widerstand gegen die Vorstands-Katzbuckelei vor der herrschenden Klasse.

Auch wenn die arbeitende Bevölkerung, die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger noch nicht eingreifen, müssen wir uns darauf einstellen, daß auch hierzulande der Klassenkampf nicht abgeschlossen ist. ■

den streikenden Kumpeln erzwungen – möchte er gerne kippen.

Prominente Vertreter der SPD verteidigen die Nominierung Stollmanns gegen die Proteste aus den Reihen der Gewerkschaften. Sie sei Ausdruck für die Aufgeschlossenheit und Durchlässigkeit der Partei, er stehe für neue, unkonventionelle Ideen, die in der Regierungspolitik gebraucht würden. Stollmanns Erfahrungen als Teilhaber der Firma CompuNet sind denn auch nicht getrübt von den Spielregeln und Einrichtungen der Sozialpartnerschaft, wie sie sich in der Nachkriegsperiode herausgebildet haben. Tatsächlich formuliert der designierte Wirtschaftsminister nur die uralten Interessen und Sehnsüchte eines Unternehmers, der seinen Geschäften ohne den lästigen Einfluß von Betriebsräten und Gewerkschaften nachgehen möchte. Gegenüber dem DGB spielt er das Sprachrohr, über das die Sachzwänge der Regierungspolitik verkündet werden. Die Verbände der deutschen Industrie und die Mehrheit der führenden Manager wünschen sich zwar eine Fortsetzung der konservativ-liberalen Koalition, stellen sich allerdings angesichts der sich wandelnden Stimmung im Land zunehmend auf einen Wahlsieg der Opposition ein. Ihre Interessen bleiben von einem Regierungswechsel letztlich unberührt; sie sind es, die in Wirklichkeit die Bedingungen für eine Neuaufgabe des Bündnisses für Arbeit bestimmen.

Führende Gewerkschafter haben bereits zu erkennen gegeben, daß sie ungeachtet der gewerkschaftsfeindlichen Äußerungen Stollmanns an der »gemeinsamen Veranstaltung« teilnehmen möchten; u.a. die stellvertretende DGB-Vorsitzende Engelen-Kefer, die sich ein klärendes Gespräch mit dem künftigen Wirtschaftsminister wünscht, um »Miß-

verständnisse auszuräumen«, oder Walter Riester, dessen staatstragende Rolle in der Gewerkschaftsbewegung mit einem Ministersessel belohnt werden soll. Er hat nichts gegen Stollmann als zukünftigem Kabinettskollegen einzuwenden. Der DGB-Vorsitzende Schulte dokumentiert die Bereitschaft zur Zusammenarbeit um jeden Preis. Auf die Frage, »halten Sie am Modell der Konsensgesellschaft fest?«, antwortet er: »Ohne Wenn und Aber ja. Warum soll ich Instrumente aufgeben, die sich über fünf Jahrzehnte bewährt haben?« (HA, 25.6.98). So machen es die Sozialdemokraten sowie die anpassungswilligen Vertreter der Gewerkschaften den Politikern der Union bis hin zu DVU oder NPD leicht, sich als Hüter von Arbeiterinteressen aufzuspielen.

Auch in der Rechts- und Ausländerpolitik haben die Sozialdemokraten inzwischen erfolgreich die CDU-Vorschläge kopiert.

### Die Grünen auf dem Weg der Regierungsfähigkeit

»Mit Schröder wird es keinen Politikwechsel in Bonn geben«, das haben die Grünen richtig erkannt, um sich sogleich als Garant für den Wechsel anzupreisen. Als parlamentarischer Arm von außerparlamentarischen und Bürger-Initiativen, der Friedens- und Anti-AKW-Bewegung gegründet, sind sie längst zu einer angepaßten Partei im Bonner Getriebe geworden. Mit dem Rückgang der außerparlamentarischen Aktivitäten haben das parlamentarische Taktieren, das Schielen nach Wählermeinungen und nach Anerkennung der Regierungsfähigkeit an Bedeutung gewonnen. Die Ziele aus der Gründerzeit sind längst zugunsten einer sogenannten 'Realpolitik' fallengelassen worden. Die Linken haben die Partei weitgehend verlassen. Deren übriggebliebene Vertreter, wie

Jürgen Trittin, werden noch bis zur Wahl geduldet, weil Vorstand und Fraktion befürchten, linke Wähler an die PDS zu verlieren und an der 5-Prozent-Hürde zu scheitern. Die Tinte des neuen Wahlprogramms war noch nicht getrocknet, schon hatten die Grünen ihre ureigensten Forderungen des Umweltschutzes (z.B. die Erhöhung des Benzinpreises) wieder gestrichen oder entschärft, weil die veröffentlichte Meinung und der ersehnte Koalitionspartner der Partei die Regierungsfähigkeit absprachen. In sozialpolitischen Fragen setzt sich bei ihnen mehr und mehr die Haltung des aufgeklärten, liberalen Bürgertums durch, in den neu erlangten Positionen von Verwaltung und Regierung profilieren sich ihre Vertreter nahezu ausnahmslos in der Rolle des »modernen, aufgeklärten« Rationalisierers; der schlanke, effektive Staat ist das vorrangige Ziel.

Den Grünen bleibt im parlamentarischen Betrieb nur eine Rolle wie die der FDP: Als Mehrheitsbeschaffer des Koalitionspartners, sollte sich dieser nicht doch für eine große Koalition entscheiden.

#### **PDS: Koalieren und tolerieren...**

Die PDS ist die einzige Partei, deren Basis und Stärke in den neuen Ländern liegt. Hier verfügt sie über eine Parteistruktur und Mitgliederbasis, die der anderer Parteien überlegen ist. Die PDS-Mitglieder in den Kommunalparlamenten werden wegen ihres Fleißes, ihrer Sachkunde und den Erfahrungen, die sie aus der DDR-Zeit mitbringen, als parlamentarische Interessenvertreter akzeptiert. Dies zeigt sich im besonderen im Vergleich zu vielen der aus dem Westen importierten »Fachleute«. Als Vertretung ostdeutscher Interessen in den Parlamenten hat sie bei den Wählern an Zustimmung gewonnen.

Als Vertretung ostdeutscher Interessen hat sie bei den Wählern an Zustimmung gewonnen. Die Westausdehnung ist bisher in Ansätzen steckengeblieben, ihr Stimmenanteil hier übersteigt den der DKP aus den 80er Jahren nicht. Entsprechend widersprüchlich ist der Umgang mit ihr: während im Osten die SPD auf Landesebene und die CDU auf kommunaler und Kreisebene zur Zusammenarbeit mit der PDS bereit sind – eine andere Haltung würde bei der Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung auf Ablehnung stoßen – wird im Westen und auf Bundesebene jegliche Zusammenarbeit mit ihr abgelehnt.

Die Mehrheit in der PDS, vor allem in den Vorständen und unter den Mandatsträgern, kämpft um die Anerkennung als demokratische Kraft innerhalb der bestehenden Ordnung. Inhaltlich hat sich die PDS viele von den Sozialdemokraten geräumte Positionen zu eigen gemacht und tritt damit auf der parlamentarischen Bühne als einzige Partei auf, die den bestehenden Konsens in der Steuer- und Sozialpolitik, in der Verschärfung der Rechts- und Ausländerpolitik und beim Bundeswehreinsetz auf dem Balkan ablehnt.

Es ist allerdings eine Fehleinschätzung parlamentarischer Möglichkeiten, wenn PDS-Kandidaten den Wählern



erklären, mit dem Stimmzettel sei ein Politikwechsel zu schaffen. Die Stimmzettel-Fiktion gehört zur bürgerlichen Demokratie wie die Versprechungen vor den Wahlen.

Die arbeitende Bevölkerung hat schon in der Vergangenheit derlei Illusionen, daß mit dem Stimmzettel der Kapitalismus zu besiegen sei, wie es die SPD in der Weimarer Republik verbreitete (51 Prozent der Stimmen könnten den Kapitalismus besiegen), mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten bezahlen müssen.

Mit Wahlen können keine gesellschaftlichen Machtverhältnisse verändert werden. Wahlen sind ein Stimmungsbarometer, nicht mehr und nicht weniger. Es ist aber möglich, mit dem Stimmzettel einen Protest auszudrücken gegen die vorherrschende Politik des Sozialabbaus, der Liberalisierung und Entsolidarisierung, wofür sowohl Kohl als auch Schröder und die Grünen stehen, von der FDP gar nicht zu reden. In dieser Situation ist das Kreuz bei der PDS die einzige Möglichkeit, am Wahltag seinen Protest auszudrücken, ohne im nationalistischen und rassistischen Fahrwasser zu landen, und gleichzeitig dazu beizutragen, daß Kohl abgewählt wird, wie das bei der Stimmabgabe für eine Splitterpartei nicht der Fall wäre.

Die Stimme für die PDS kann unsere Solidarität mit einer Partei ausdrücken, bei der sich alle Parteien, von der extremen Rechten über CDU/CSU bis hin zur SPD und den Grünen darin einig sind, ihren Einzug in den Bundestag zu verhindern. Diese 'Einheitsfront' richtet sich gegen den Teil der Mitglieder, der sich mehr oder weniger klar gegen die bürgerliche Ordnung ausspricht und so potentiell eine Gefahr für die herrschende Klasse und deren Politik bildet, weil er einen Anziehungspunkt für Unzufriedenheit und Widerstand von links darstellen kann.

Wir treten dafür ein, PDS zu wählen, aber wir kritisieren die Orientierung ihrer Führung und der Mehrzahl ihrer Kandidaten auf den Parlamentarismus. Sie sehen den Stimmzettel als Wundermittel an und glauben, so ihre Vergangenheit abstreifen zu können. Im übrigen hängt die Existenz einer sozialistischen Partei nicht davon ab, ob sie wieder in den Bundestag kommt.

Die PDS-Parteiführung erklärt, sie sei bereit, eine rot-grüne Regierung unterstützen. Wenn sie das, wie in Sachsen-Anhalt gegenüber der SPD-Regierung, ohne Bedingungen tut, wird sie zum Anhängsel einer Regierungspolitik, die die Krisenlasten auf die Bevölkerung abwälzt. Rechtsextreme Parteien wie DVU und NPD können sich dann in Arbeiterkreisen und unter Jugendlichen inzwischen auch anhand sozialpolitischer Fragen als die radikalere Oppositionspartei präsentieren.

Auch wenn die PDS verspricht, sich als linke Opposition gegenüber einer rot-grünen Regierung für eine sozialgerechtere Verteilung der Lasten (z.B. durch höhere Besteuerung von Banken, Aktienbesitzern und Vermögenden) einzusetzen – ohne den Versuch, aktives Eingreifen der arbeitenden Bevölkerung gegen das Profitstreben der herrschenden Klasse zu organisieren, hat ein solches Versprechen keine Grundlage, ist deshalb Geschwätz und Irreführung.

Den Wählern, die für die SPD und Schröder stimmen wollen, weil sie Kohl weg haben wollen und den DGB-Slogan »Für eine andere Politik« unterstützenswert finden, sagen wir: Kohl kann eventuell mit den Stimmzettel abgewählt werden, deswegen wird es in Bonn noch lange keine »andere Politik« geben. Rudolf Dressler, SPD-Sozialpolitiker, hat für eine Regierungsübernahme der SPD Bedingungen gestellt:

- das Schlechtwettergeld muß wieder eingeführt werden,
- die Kündigungsvorschriften der Regierung müssen wieder rückgängig gemacht werden,
- die Lohnfortzahlung muß wieder in der alten Form hergestellt werden.

Inzwischen sind diese Forderungen zusammen mit anderen Teil des »100-Tage-Programms« der gesamten SPD-Führung, offenbar ein nachgeschobenes Bonbon an die Kernwählerschaft der Partei, um dort angesammelten Frust zu befrieden. Die Versprechungen von SPD und Schröder sind **nach der Wahl** die Prüfsteine. Wenn dann die Erfüllung dieser Forderungen aus der SPD und den Gewerkschaften heraus mit Nachdruck gefordert wird, dann wird auch tatkräftige Unterstützung derer in der PDS entstehen, die nicht nach Posten schielen, sondern die Vereinigung der verschiedenen Strömungen der arbeitenden Bevölkerung zu einer starken Kraft in der Gesellschaft anstreben. So, und nur so, kann die Arbeiterbewegung in Ost- und Westdeutschland wieder zusammenwachsen und vorankommen.

Der Wille zum Widerstand ist noch sporadisch und isoliert. Unsere Aufgabe bleibt es weiterhin, die Ansätze zur Gegenwehr zu unterstützen, zu helfen, die Isolierung zu überwinden und an Hand konkreter Erfahrungen politische Orientierung zu vermitteln. 6.9.1998 ■

## KORRESPONDENZEN

### Volksentscheid in Hamburg

**Eine Initiative »Mehr Demokratie in Hamburg« will das erst 1996 verabschiedete Gesetz zum Volksentscheid so ändern, daß die Hürden zum Volksentscheid nach bayrischem Vorbild deutlich gesenkt werden. Laut Hamburger Verfassung müssen z.Zt. in der ersten Stufe 20.000 Wahlberechtigte eine Volksinitiative unterstützen, damit die zweite Stufe, das Volksbegehren, in Kraft gesetzt wird. Dem Volksbegehren muß ein Zehntel der Wahlberechtigten (ca. 120.000 Stimmen) zustimmen. Erst dann wird die dritte Stufe möglich: der Volksentscheid. Ein Gesetzentwurf ist angenommen, wenn die Mehrheit der Abstimmenden und mindestens ein Viertel der Wahlberechtigten zustimmen. Bei Verfassungsänderungen müssen zwei Drittel derjenigen, die ihre Stimme abgegeben haben, mindestens jedoch die Hälfte der Wahlberechtigten (ca. 600.000 Stimmen) zugestimmt haben.**

Der Gesetzentwurf der Initiative sieht im Kern hingegen vor, daß bei einfachen Gesetzen die einfache Mehrheit entscheidet, bei Verfassungsfragen zwei Drittel der abgegebenen Stimmen genügen. Auf bestimmte Zustimmungsquoren (Anteile von Wahlberechtigten, die mindestens teilnehmen müssen) will die Initiative ganz verzichten. Einfache Gesetze an die Zustimmung von 25 Prozent der Wahlberechtigten (rund 300.000 Stimmen) zu binden, hält »Mehr Demokratie« für realitätsfern. Im Durchschnitt nehmen nur 30 Prozent aller Wahlberechtigten an einer Volksabstimmung teil. Von diesen 30 Prozent müßten also mehr als fünf Sechstel mit »Ja« stimmen, um erfolgreich zu sein. Deshalb will die Initiative, daß nur die Mehrheit der abgegebenen Stimmen zählt, wie bei Wahlen auch.

Getragen wird die Initiative von mehr als 50 Bürgerinitiativen, den lokalen Gewerkschaften GEW und IG Medien, den Parteien GAL und FDP, dem Vorsitzenden der Handwerkskammer sowie einigen Prominenten der Kulturszene. Einzelne Mitglieder aus der SPD treten ebenfalls für die Initiative ein, während die großen Parteien CDU und SPD an der beschlossenen Volksgesetzgebung festhalten. Trotz erheblicher Behinderung konnte die Initiative einen beachtlichen Erfolg erringen. Über 221.000 Hamburger Bürger (fast 20 Prozent der Wahlberechtigten) unterstützten den Volksentscheid, der jetzt gleichzeitig mit der Bundestagswahl am 27. September stattfinden soll. Zum Vergleich: Bei der Bürgerschaftswahl gewann die CDU gerade 252.000 Stimmen und zog damit als zweitstärkste Partei und 46 Abgeordneten in die Bürgerschaft ein.

Wie soll diesem Bürgervotum Rechnung getragen werden? Darüber streiten Politiker und Parteien in Hamburg seit Monaten, ja der Bestand der rot-grünen Regierungskoalition schien gefährdet. Der Kompromißsuche diente auch das nachfolgend beschriebene Treffen im Gewerkschaftshaus:

#### Experten im Gewerkschaftshaus – hilflos

»Sorge um die Macht« – titelt die »Hamburger Morgenpost« eine Anhörung von »Experten« der Koalitionsparteien SPD und GAL im Gewerkschaftshaus. Die Anhörung am 00.8.98 stand unter der Leitung des Vorsitzenden der SPD Hamburg, Jörg Kuhbier. »Ich hoffe«, so bei seiner Begrüßung der knapp 70 Anwesenden, »daß ein Königsweg, das heißt ein Kompromiß gefunden wird«, um die gegensätzlichen Auffassungen in der rot-grünen Regierungskoalition zu dem beantragten Volksbegehren zu überwinden.

Der große »Lümmel« hatte offenbar Unruhe unter Hamburgs Politikern hervorgerufen. Sie wollten unbedingt vor dem 27. September, dem Tag der Entscheidung über das Volksbegehren, die GAL von ihrer Unterstützung der Initiative wegbekommen. Die »Experten« auf dem Podium, unter ihnen einer aus der Schweiz, Bayern, und NRW berichteten über ihre Erfahrungen mit »Volksbegehren«.

Keinen der »Experten« rührte die politische Seite der Initiative: Die über 210.000 Wähler, die am **00.00.98** einem extra Wahlauf Ruf gefolgt waren, teilweise schon vorher mit erheblichem Aufwand per Brief gewählt hatten, stellen ein Sammelsurium von rechts bis links dar. Sie repräsentieren das »Volk«. Unter ihnen Gewerkschaftsmitglieder, Studenten, Schüler, Lehrer.<sup>1)</sup>

Die Diskussion unter den »Experten« drehte sich ausschließlich um formale und Verfahrensfragen, so unter anderem, ob für ein Quorum die Wahlberechtigten oder die abgegebenen Wahlstimmen maßgebend sein sollen. Offenbar funktioniert das parlamentarische System nicht mehr, das den Wählern alle vier Jahre Gelegenheit gibt, mit dem Stimmzettel ihre Wünsche an einen Vertreter zu delegieren. Die »repräsentative Demokratie« nimmt dem Wähler die Einflußnahme in den vier Jahren zwischen den Wahlen. Tiefe Unzufriedenheit mit den Parlamentariern und diesem parlamentarischen System, das den Wähler praktisch entmündigt, kommt also in der Initiative »Mehr Demokratie« zum Ausdruck.

Die eigentliche politische Frage, die vor den »Experten« stand, war: Wie kann verhindert werden, daß diese Unzufriedenheit der Rechtsentwicklung (wie jüngst in Sachsen-Anhalt) zugute kommt, die die demokratischen Parteien doch bekämpfen wollen. Wie kann die Spreu vom Weizen getrennt werden? Denn unter 210.000 Unterstützern der Initiative »Mehr Demokratie« sind nicht wenige Wähler von SPD und GAL. Jedenfalls ist es gefährlich, wenn mit Tricks, Kungeleien und rechnerischen Ablenkungsmanövern erreicht wird, daß sich rechtsextreme Gruppierungen als die wahren Demokraten ausgeben können. Denn das wäre das zwangsläufige Ergebnis aller Versuche, die politischen Absichten der Initiative und ihrer Unterstützer mit neuen Quoren oder parlamentarischen Manövern unter den Teppich kehren zu wollen.

In der Diskussion wurde der Vorschlag gemacht, der DGB und die Einzelgewerkschaften mögen doch Betriebsräte, Gewerkschaftsfunktionäre und aktive Gewerkschafter zusammenrufen, um einer solchen Entwicklung entgegenzuwirken. Ob sich die Gewerkschaften einer solchen Aufgabe gewachsen zeigen?

P. B., 16. 8. 1998 ■

### Nachtrag:

In der vergangenen Woche erzielten die Hamburger Regierungsparteien einen Kompromiß. Er sieht weiterhin bestimmte Quoren vor, hat jedoch niedrigere Hürden. Beteiligt sich bei einfachen Gesetzen ein Drittel der Wahlberechtigten (405.000), dann genügt die einfache Mehrheit. Liegt die

1) Einige Wochen zuvor hatte eine Demonstration von 80.000 Schülern und Lehrern gegen den Bildungsnotstand und die Koalitionsvereinbarung zu diesem Punkt stattgefunden. Die GEW forderte vom Hamburger Senat (SPD/GAL) eine Nachbesserung der Ausgaben für Bildung und stieß damit u.a. auf den Widerstand der großen Gewerkschaftsverbände im DGB, die sich für den Staatshaushalt mehr verantwortlich fühlen als für die Interessen kleinerer DGB-Gewerkschaften.

Beteiligung darunter, müssen 20 Prozent der Wahlberechtigten (243.000) zustimmen. Bei Verfassungsfragen müssen unabhängig von der Beteiligung 40 Prozent der Wahlberechtigten zustimmen (486.000).

Hingegen hält die Initiative an ihrem Vorschlag fest. Folglich werden die Hamburger Bürger am 27. September nicht nur über die Zusammensetzung des Bundestages, sondern auch über zwei Entwürfe zum Volksentscheid abstimmen dürfen. Die regierende SPD hofft auf diese Weise, die Stimmen der Bürger, die mehr Mitsprache verlangen, aufspalten zu können, so daß die Initiative insgesamt scheitert.

29. 8. 1998 ■

### ■ GESECKE BEI DELMENHORST: TEXTILARBEITERINNEN IM HUNGERSTREIK »Lieber jetzt hungern als später, wenn wir arbeitslos sind...«

**Acht Tage Hungerstreik von fünf Textilarbeiterinnen aus dem belmod-Kleiderwerk<sup>1)</sup> in Geseke in Westfalen vor dem Tor ihrer Delmenhorster »Muttergesellschaft«<sup>2)</sup> delmod International haben ein Schlaglicht auf die Situation der Beschäftigten in der Textilbranche geworfen. Gleichzeitig wird an diesem Beispiel deutlich, wie sich unter den Bedingungen von »globalisierter« Wirtschaft und Zergliederung der Produktion die Kampfformen und Kampfbedingungen in der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit verändern.**

Das niedersächsische Delmenhorst war ein Schwerpunkt der deutschen Textilindustrie gewesen. Der wichtigste Betrieb waren die Vereinigten Kammgarnspinnereien. Dort und in vielen kleineren Betrieben waren etwa 3000 Beschäftigte, die meisten von ihnen Frauen. Die Zahl ist im Laufe der letzten 20 Jahre auf ca. 300 zurückgegangen.

Der größte hier verbliebene Betrieb ist die Firma delmod International. Sie hat sich aus einer Bekleidungsfirma entwickelt. Heute bedient sie jedoch nur noch das sogenannte Kerngeschäft, in diesem Fall Konfektionierung, Handel und Vertrieb unter ihrem Markennamen. Eine eigene Produktion findet nicht mehr statt. Sie wurde ersetzt durch Lohnaufträge an abhängige Unternehmen wie die Firma der hungerstreikenden Frauen aus Geseke. Von diesen Unternehmen wurden in den letzten Jahren Aufträge abgezogen, um sie zu noch niedrigeren Preisen – und damit höheren Gewinnen nach Osteuropa zu vergeben. Nach Angaben der IG Metall werden dort mittlerweile 90 Prozent des Umsatzes erwirtschaftet. Mehrere Zulieferfirmen wurden aufgrund dieser Entwicklung bereits geschlossen.

belmod in Geseke ist zu mindestens 80 Prozent abhängig von den Aufträgen aus Delmenhorst. 1963 gegründet und 1975 »verselbständigt«, wobei Grundstück, Gebäude und Maschinen weiterhin delmod (Delmenhorst) gehören und nur gepachtet sind. Die Kapitalbasis ist äußerst dünn. Sämtliche Stoffe, Bündchen und Knöpfe werden von delmod geliefert, die Bedingungen diktiert. Seit 1995 wird immer wieder die Verminderung von Aufträgen angekündigt, aber zu jeder Saison kommen die Aufträge wieder pünktlich. Oft

1) Wegen der Namensähnlichkeit zwischen belmod und delmod verwenden wir im folgenden Text zur Vermeidung von Verwechslungen andere Bezeichnungen für die Näherei in Geseke.

2) Die delmod ist nicht Muttergesellschaft im eigentlichen Sinn, sondern eine Gesellschaft, von der die belmod »nur« wirtschaftlich abhängig ist.



sind die Termine extrem kurzfristig gesetzt, und es müssen viele Überstunden gemacht werden – noch 1997 beträgt die Auslastung nach Angaben der IG Metall 130 Prozent.

Die Frauen, Arbeiterinnen aus der Kleinstadt Geseke von 20.000 Einwohnern in der überwiegend katholischen Gegend sind froh, Arbeit in diesem Betrieb zu haben: Es gibt keine Auswahl. Viele sind um die 50 Jahre und viele Jahre dabei, viele sind alleinerziehende Mütter. So haben sie in den letzten Jahren, als immer wieder der Abzug von Aufträgen aus Geseke durch **delmod** angedroht wird, manches Opfer gebracht: Kürzungen beim Urlaub und Weihnachtsgeld, vor allem aber die Bereitschaft, viele Überstunden ohne Zuschläge zu leisten.

### Die Beschäftigten gehen an die Öffentlichkeit

Als sich im Frühjahr abzeichnet, daß entsprechend der Ankündigung vom August 1997 von der Delmenhorster Muttergesellschaft wirklich kein Auftrag mehr kommen wird, machen Kolleginnen und Betriebsrat mit Aktionen auf ihre Lage aufmerksam: Sie halten Betriebsversammlungen ab, verteilen Flugblätter, machen im März eine Demonstration mit fast 200 Teilnehmern. Sie fordern Verhandlungen über weitere Aufträge für ihr Kleiderwerk – ohne Erfolg.

Bei der IG Metall<sup>3</sup> fordern sie dort Unterstützung ein. Der 1. Bevollmächtigte aus Lippstadt, Hans Mikoteit, beteiligt sich nun an Planung und Durchführung von Aktionen. Am 2. Mai verteilen sie vor verschiedenen Kaufhäusern mit **delmod**-Sortiment von Paderborn bis Dortmund Flugblätter, in denen der Delmenhorster Kleiderproduzent nicht gerade lobend erwähnt wird. Vor allem wird ihm vorgeworfen, zu Verhandlungen nicht bereit zu sein. Am 4. Mai reisen sechs Kolleginnen in aller Frühe die 250 km nach Delmenhorst, um vor der delmod Hauptverwaltung eine Mahnwache abzuhalten: »Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan«, steht auf ihrem Transparent. Der Betriebsrat von **delmod International** ist nicht zu sprechen, angeblich komplett krank oder im Urlaub.

Auf der außerordentlichen **delmod**-Betriebsversammlung in Geseke am folgenden Tag werden weitere Kampfmaßnahmen beschlossen: ein Protestmarsch durch Delmenhorst mit Kundgebung vor der **delmod**-Hauptverwaltung. Unterstützt werden sie dabei von IG-Metall-Mitgliedern aus Oldenburg,

<sup>3</sup> Die Beschäftigten aus Geseke waren ursprünglich in der IG Textil Bekleidung organisiert, die seit dem 1.4.1998 in der IG Metall aufgegangen ist.

Bremen und Delmenhorst. »Sollte delmod weiter stur bleiben, werden wir nächste Woche noch eins drauflegen und weitere verschärfte Aktionen in die Wege leiten«, kündigt Mikoteit an. »Wir haben doch nichts mehr zu verlieren,« sagen die Frauen. Und wenn **delmod** nicht reagiert? »Dann steht der Name delmod überall in der Republik auf Seite 1.«

Etwa 150 Beschäftigte aus Geseke ziehen am 7. Mai durch Delmenhorst und machen lautstark auf ihre Situation aufmerksam. Auch der Bürgermeister von Geseke marschiert an der Spitze mit und macht auf die Bedeutung des Kleiderwerkes für die kleine Stadt aufmerksam. Rund eine Stunde schlagen sie vor dem Verwaltungsgebäude Krach. Der Betriebsratsvorsitzende der Delmenhorster Metallfirma Atlas Weyhausen, die selbst um ihre Arbeitsplätze gekämpft hat, erklärt sich solidarisch. Weder von der Geschäftsleitung noch vom Betriebsrat von **delmod** läßt sich jemand blicken. Unverrichteter Dinge müssen die Kolleginnen wieder abziehen. »Bevor Konkurs angemeldet wird, sind wir wieder hier – und dann gibt es Zoff für die Republik,« verkündet Hans Mikoteit. Gewerkschaft und Kolleginnen stellen eine letzte Frist bis zum Nachmittag des nächsten Tages, um Verhandlungen über neue Aufträge aufzunehmen. Sie stehen unter starkem Zeitdruck: Im Zuschnitt ist nur noch für wenige Tage Arbeit da, und nach spätestens zwei Wochen wird das ganze Werk stillstehen. Nach Ablauf der Frist am Freitagnachmittag erfahren die Kolleginnen auf Nachfrage, daß sich die Geschäftsleitung schon ins Wochenende verabschiedet habe.

Zum Frust des Wartens kommt die Wut über die Art, wie sie behandelt werden: Fünf Frauen beschließen als letztes Mittel, um sich Gehör zu verschaffen und ihre Forderungen nach Arbeit durchzusetzen, den Hungerstreik. Unterstützt von Mikoteit und einer Betriebsratskollegin aus Geseke lassen sie sich am 11. Mai vor der delmod-Zentrale nieder – auf der gegenüberliegenden Straßenseite, denn die **delmod**-Geschäftsleitung hat vorsorglich Autos direkt vor ihrem Eingang auffahren lassen.

Mikoteit und Vertreter des Delmenhorster DGB-Ortskartells übernehmen die praktische Organisation des Hungerstreiks, kümmern sich um ärztliche Betreuung, Getränke und Unterkunft, um ein nahes Streiklokal und um die Verbreitung über die Medien. Das DGB-Ortskartell stellt sich auf die Seite der Kolleginnen aus Geseke, obwohl die Delmenhorster **delmod**-Belegschaft ihnen eine Gefährdung ihrer Arbeitsplätze vorwirft, und auch der Delmenhorster SPD-Oberbürgermeister Thölke empfängt die Frauen im Rathaus und bietet seine Vermittlung an. Die lokale Öffentlichkeit und die Medien haben den Hungerstreik überall in der Region bekannt gemacht. So kann sich Thölke nicht entziehen, obwohl er **delmod** als größtem Steuerzahler der Stadt durchaus verpflichtet ist.

### Die IG-Metall verhandelt für die Textilarbeiterinnen

Mikoteit betreut jetzt die hungerstreikenden Frauen über die ganze Zeit. Er setzt auf eine Lösung durch Verhandlungen unter dem Druck der Aktion. Aber mit ihm als »Hauptschuldigem für den Konflikt« lehnt die delmod-Geschäftsleitung jeden Kontakt ab.

Am dritten Tag des Hungerstreiks fährt Manfred Schallmeyer vom Hauptvorstand der IG Metall aus Frankfurt vor. Er spricht den Frauen seinen Respekt aus, um gleich darauf gemeinsam mit dem früheren Bezirksleiter der IG Textil Bekleidung, Hänel, Verhandlungen auf oberster Ebene in die Wege

zu leiten. Unter dem Druck des Hungerstreiks ist die Geschäftsleitung von **delmod** schließlich dazu bereit.

**delmod International** ist traditionell ein »gewerkschaftsfreier« Betrieb, den noch kein hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär betreten hat. Obwohl Schallmeyer dies gern durchbrochen hätte, besteht **delmod** auf einem neutralen Verhandlungsort für ein Gespräch ohne die hungerstreikenden Frauen, ohne Geschäftsleitung oder Betriebsrat aus Geseke – und ohne Mikoteit. Obwohl Schallmeyer zunächst »seinen Kollegen Mikoteit am Erfolg teilhaben lassen will«<sup>4</sup>, einigt man sich schnell auf die Durchführung von Geheimverhandlungen zwischen Gewerkschaftsspitze und Firmenleitung.

Das erste »Ergebnis« der Verhandlungen ist die Zusicherung eines Auftrags, der die Beschäftigung bei belmod für drei bis vier Wochen mit einer Option auf einen weiteren kleinen Auftrag sichern würde. Die hungerstreikenden Frauen lehnen einstimmig ab und setzen ihre Aktion fort.

Erst am fünften Tag des Hungerstreiks kommt es zu weiteren Gesprächen, Mikoteit und die Frauen dürfen einem Anwalt des Unternehmens ihre Forderungen und Vorschläge vortragen. Nach dem Wochenende soll es eine Antwort geben.

Am achten Tag des Hungerstreiks wird schließlich ein Kompromiß erreicht, der zur Beendigung des Kampfes der Frauen in Delmenhorst führt: Das sofortige Aus für ihren Betrieb haben die Frauen verhindert, aber eine Perspektive bietet ihnen das Abkommen nicht.

### Das Ergebnis – Sieg, Erfolg oder Kompromiß?

Der noch von **delmod** zugesagte Auftrag für die Saison 98/99 wird für einige Monate Beschäftigung sichern, aber erst ab August dieses Jahres und nicht Vollzeit – und nicht für alle. Entlassungen stehen sofort an. Für die anderen erst einmal Kurzarbeit – bis hin zu Kurzarbeit Null. Kurzarbeitergeld, Umschulungsmaßnahmen, Beschäftigungsgesellschaft, Übergangsmaßnahmen durch die Landesregierung – wohlklingende Worte, die schon bei anderen Betriebsschließungen zu der Erfahrung geführt haben, daß für die meisten am Ende nur eins bleibt: Arbeitslosigkeit.

Manche Zeitungsschreiber und Gewerkschaftsfunktionäre feiern den Kompromiß als »Sieg«, die betroffenen Beschäftigten dagegen äußern auf ihrer Betriebsversammlung in Geseke Angst und Enttäuschung, denn sie sehen hinter dem vordergründigen Teilerfolg – der Hinauszögerung – das Ende: das Aus für den Betrieb und eine ungewisse Zukunft. Gemäß der Vereinbarung darf der Betrieb nicht einmal den bisherigen Firmennamen **belmod** weiterführen und die Gewerkschaft keine weiteren Aktionen gegen **delmod** durchführen.

Trotzdem sind sowohl dieser letzte Auftrag als auch die Bemühungen von Landesregierung und Arbeitsamt ein Teilerfolg, der ohne die Öffentlichkeit, die durch den Hungerstreik der Textilarbeiterinnen hergestellt wurde, nicht möglich gewesen wäre. Ohne ihren Mut und ihre Ausdauer hätte es keine Verhandlungen und keinen Kompromiß gegeben. **delmod**-Geschäftsführer Gottwald äußert, daß er nachgegeben habe, um eine »Rufschädigung durch das Medienspektakel« zu vermeiden. Die Frauen haben sich nicht kampfflos und schicksalsergeben den Gesetzen der herrschenden Verhältnisse gefügt, und sie kehren mit geradem Kreuz und mit der Erfahrung von Solidarität zurück. Schon

deshalb ist ihr Kampf ein Erfolg gewesen – für sich selber und für andere Belegschaften ein Beispiel.

### Die Reaktionen in Delmenhorst: Praktische Solidarität und moralische Unterstützung für die Hungerstreikenden...

Die Frauen sind während ihres Hungerstreiks fern von ihren Familien, von ihrem Betrieb und von ihren Kolleginnen. Nur eine Betriebsrätin und Hans Mikoteit sind die ganze Zeit über bei ihnen. Zwischendurch kommen vier ihrer Kolleginnen hinzu und beteiligen sich zeitweise am Hungerstreik. Auch Werksleiter Hesse aus Geseke besucht seine Mitarbeiterinnen. Er spricht ihnen nicht nur seine Solidarität aus, sondern bezahlt auch ihren Lohn weiter. Selbst verhaftet in der katholischen Sozialethik, fühlt er sich verantwortlich für die Frauen des Betriebes. Zwischen ihnen besteht nicht nur eine gemeinsame Interessenlage, sondern auch eine gemeinsame Grundhaltung. Hierin liegt eine Stärke, aber zugleich auch die Grenze ihrer Aktivität.

Zu größeren Besuchen aus Geseke kommt es aber nicht. Umso wichtiger ist für die Frauen die Unterstützung, die sie in Delmenhorst erfahren: Anwohner lassen die Frauen Nachrichtensendungen sehen, einer lädt die Handy-Akkus für die Gewerkschafter auf, bei anderen können sie Toiletten benutzen oder sich mal fern des Geschehens ausruhen. Eine Delmenhorsterin wäscht ihre Wäsche, und viele bringen Getränke vorbei. Vorbeifahrende ermuntern sie durch Zurufe und Siegeszeichen, und viele kommen direkt zu ihnen, manchmal erst nach Überwindung einer Hemmschwelle. Sie selbst sammeln in der Fußgängerzone Unterschriften, und es wird viel diskutiert. Am dritten Tag kommt die erste Solidaritätsadresse, und viele weitere folgen. Es kommen Gewerkschafter aus Delmenhorst und aus der Region, die sie bestärken und sich nach ihrem Befinden erkundigen, rote Nelken bringen, und einer Frauengruppe. Der Betriebsratsvorsitzende der Delmenhorster Metallfirma Atlas Weyhausen beteiligt sich zwei Tage am Hungerstreik. Ein Lehrer führt seine Klasse zu den Frauen, damit die Jugendlichen an Ort und Stelle Fragen stellen und sich ein Bild über den Streik machen können.

### ...aber auch Gegenwind: delmod-Beschäftigte verweigern Solidarität

Der Aktion der Geseke-Frauen und ihrer Gewerkschaft schlägt aber auch Unverständnis und offene Feindseligkeit von der anderen Seite der Straße entgegen. **delmod**-Geschäftsführer Gottwald bezeichnet den Hungerstreik als »*perfides, menschenverachtendes Spektakel*«, das dem Ruf des Unternehmens schade. Mehr als das trifft sie das Verhalten der **delmod**-Beschäftigten und des Betriebsrates. »*Wir können Ihren Egoismus zur Erhaltung der Arbeitsplätze der Firma belmod in Geseke in keinster Weise für gut heißen, geschweige denn Solidarität mit Ihnen empfinden*«, schreibt der BR dem IG-Metall-Bevollmächtigten Mikoteit. Am zweiten Tag des Hungerstreiks treten **delmod**-Beschäftigte vor das Betriebsstor, den auf der anderen Straßenseite hungerstreikenden Frauen gegenüber, und erklären ihre Solidarität mit ihrer Geschäftsleitung, weil die Hungerstreikenden mit ihrer Aktion auch ihre Arbeitsplätze gefährdeten. »*Bitte beenden Sie Ihren Hungerstreik – Sie gefährden damit auch unsere*

<sup>4</sup> Gemeint ist die Tatsache, daß überhaupt verhandelt wird.



Arbeitsplätze« oder »Gehen Sie nach Hause mit Ihrer IG Metall«, ist auf den Transparenten zu lesen. Den Hungerstreikenden wird Egoismus vorgeworfen, weil sie nur an ihre eigenen Arbeitsplätze dächten. Ein Abteilungsleiter wirft ihnen mangelnde Flexibilität vor nach dem Motto: Wer Arbeit will, findet auch welche. Zynisch wirkt die Aufforderung: Gehen Sie lieber arbeiten als hier zu sitzen.

Immerhin ist festzustellen, daß als Wortführer eher Angestellte aus leitenden Funktionen auftreten. Wegen seiner Produktionsferne beschäftigt **delmod** außerdem vorwiegend besserbezahltes Planungs-, Gestaltungs- und Vertriebspersonal. Trotzdem: Vereinzelt kommt es auch zu verstohlenen Sympathiekundgebungen und Äußerungen, die ahnen lassen, daß sich manche von ihnen unter dem Druck der Geschäftsleitung nicht trauen, offen für die Hungerstreikenden Partei zu ergreifen. Die Geschäftsleitung hat tatsächlich den Beschäftigten der Hauptverwaltung mit der Verlagerung der gesamten Firma ins Ausland gedroht.

Auch mehrere Leserbriefe, die ihr Unverständnis gegenüber den Forderungen der Geseker Textilarbeiterinnen äußern, erwecken den Eindruck, als seien sie von der **delmod**-Geschäftsleitung gesteuert.

### Lokale Begrenzung hemmt breitere Solidarität und Kraftentfaltung

Der Geschäftsführer der **delmod** hat die Dimension des Konflikts auf den Punkt gebracht, als er sagte: Dieses Wirtschaftssystem läßt es nicht zu, daß sich ein Zulieferer dem Auftraggeber vor die Tür stellt, um Aufträge zu erzwingen. Er hat richtig eingeschätzt, daß es besser für ihn war, ein Zugeständnis zu machen, als durch das »Medienspektakel« eine »Rufschädigung« zu riskieren.

Die Möglichkeiten, die die Kampfbereitschaft der Kolleginnen und das öffentliche Interesse für die Gewerkschaftsbewegung boten, hat der Hauptvorstand nicht genutzt.

Die Firma **delmod** bedient den gehobenen Bekleidungsmarkt. Schon durch publicity-wirksame Aktionen könnte sie unter starken Druck gesetzt werden, noch viel mehr durch aktive Boykottmaßnahmen. Gleichzeitig hatte sie sich durch ihr unnachgiebiges Verhalten im Vorfeld des Konflikts in eine ungünstige Ausgangsposition manövriert. Die Frauen hatten die örtliche Gewerkschaftsleitung und durch ihren Hungerstreik die Sympathien auf ihrer Seite und die Medien in der Region haben ausführlich und breit berichtet. Für überregionale Berichterstattung und Mobilisierung anderer Betriebe hätte es der Organisation auf überregionaler Ebene

<sup>5</sup> Auch der nachträgliche Bericht in der »metall« war kurz und nicht geeignet, Erfahrungen aus der Auseinandersetzung in der Mitgliedschaft zu verbreiten.

bedurft. Solche Steigerungsmöglichkeiten hat die IG Metall nicht genutzt – es blieb bei Solidarität von Einzelnen.

Stattdessen haben die regionalen IG-Metall-Vertreter das vom Hauptvorstand ohne ihre Beteiligung ausgehandelte Ergebnis akzeptiert, dessen Inhalt nicht geeignet ist, den Kolleginnen aus Geseke eine Beschäftigungsperspektive zu bieten.

Der Hauptvorstand hat sich an die Spitze eines Kampfes gestellt, der von unten organisiert worden ist und dann ein Ergebnis abgeschlossen, von dem er meint, daß es sich als Erfolg verkaufen läßt. Damit hat er sich dem Kapital einmal mehr als Sozialpartner empfohlen, mit dem »wilde« Konflikte vermieden werden können.

Ein weiterer Aspekt ist die grundsätzliche Bedeutung der Frage, wie in Zukunft mit heutigen Managementstrategien umgegangen werden soll. Das Kapital setzt zunehmend darauf, den Klassenwiderspruch im eigenen Betrieb nicht mehr als solchen erfahrbar werden zu lassen. Hinter Stichworten wie »schlanke Produktion« verbirgt sich unter anderem das Konzept, die Belegschaften nach ihrer Wichtigkeit für das Unternehmen zu sortieren. So wird dann unterschieden zwischen Kernbelegschaften, befristet Beschäftigten, Leiharbeitern usw. innerhalb des Betriebes und dann nochmals zwischen dem eigentlichen Betrieb und Zulieferern, diese dann nochmals je nach ihrer Wichtigkeit. Die so zersplitterten Belegschaften werden, obwohl sie gemeinsam ein Produkt erzeugen, den verschiedensten Tarifbereichen zugeordnet. Durch ihre unterschiedliche Wichtigkeit für das wirtschaftlich herrschende Unternehmen, unterschiedliche Traditionen, Organisationsgrade, rechtliche Regelungen, denen sie unterliegen usw. gibt es auch große Unterschiede in der Kampfkraft und folglich in den Lohn- und Arbeitsbedingungen. Um ein solches Konzept möglichst effektiv zu machen, gliedern die Unternehmen alle in Frage kommenden Tätigkeiten des Unternehmens aus – bis hin ins Ausland, was die Solidarität unter Arbeitern und Arbeiterinnen noch mehr erschwert.

Für die Qualität der Arbeitsverhältnisse gewinnt damit die Frage an Bedeutung, an welcher Stelle des Produktionsablaufes sich der Einzelne befindet, während sich gleichzeitig die Wirksamkeit von Tarifverträgen tendenziell auf die Kernbelegschaften konzentriert. Unter diesen Umständen wäre es Aufgabe einer Gewerkschaft, die »Frontlinien« im Klassenkampf neu zu bestimmen. Wenn Unternehmen versuchen, ihre Kampfposition durch Umorganisation von Unternehmen/Konzernen zu verbessern, muß eben entsprechend reagiert werden. Eine hervorragende Gelegenheit, hier Pflöcke einzuschlagen, war die Aktion der Frauen aus Geseke. Alle Voraussetzungen seitens der Belegschaft der abhängigen Firma in Geseke waren günstig, das wirtschaftlich beherrschende Unternehmen anzugreifen und die herrschenden Verhältnisse offenzulegen. Diese Chance hat die IG Metall nicht wahrgenommen. Damit hat sie nicht nur die Frauen aus Geseke in den Regen gestellt, sondern versäumt, diesen Konflikt als beispielhaft für kommende Auseinandersetzungen von Zulieferern gegenüber Konzernen breit bekanntzumachen und zu nutzen.<sup>5)</sup>

Dabei handelt es sich nicht um einen Einzelfall. Die Erfahrung zeigt, daß die IG Metall Kämpfe vor Ort unterstützt, ihre Politik der Sozialpartnerschaft wirkt jedoch der Organisation breiter Klassensolidarität entgegen.

Hb, 17.8.1998 ■

## Was ist eine Qualifizierungsgesellschaft?

Eine Qualifizierungsgesellschaft hatte ich mir ganz anders vorgestellt. Ich dachte, da stehen die Leute an den Werkbänken und werden geschult, da gibt es Unterricht, in dem Theorien durchgekaut werden, kurzum, da kommen die Leute morgens und gehen am Abend wieder und zwischendrin lernen und arbeiten sie. Weit gefehlt.

Eine Qualifizierungsgesellschaft, mitunter auch Auffang- oder Beschäftigungsgesellschaft genannt, ist keine Firma, die Leute beschäftigt und Produkte erzeugt. Sie ist allerdings auch keine Scheinfirma, die nur aus Adresse und Briefkasten besteht. Eine Qualifizierungsgesellschaft ist etwas anderes als das Wort vermuten läßt, insofern ist es irreführend. Die Sache, die sich dahinter verbirgt, ist es vielleicht auch.

Mit einem Kollegen besuchte ich kurz nach ihrer Gründung im Dezember 1997 die Qualifizierungsgesellschaft Barmstedt mbH. Barmstedt ist ein ländlicher Ort in Schleswig-Holstein mit 9000 Einwohnern, einige Kilometer weiter westlich liegt Elmshorn (40.000 Einwohner), Hamburg ist eine knappe Autostunde Richtung Süden entfernt.

### Der größte Betrieb schließt

Der größte Betrieb im Ort mit 130 Beschäftigten war bis letztes Jahr die Traditionsfirma Züchner Metallverpackung, ein Dosenhersteller, der zu Crown Cork, dem weltweit größten Verpackungskonzern, gehörte. Für den Multi arbeiten alles in allem 52.000 Menschen, davon 3500 in sechs Fabriken in Deutschland (1996). Eine wurde 1996 in Koblenz, eine andere ein Jahr später in Eberswalde dichtgemacht. Für 1997 stand auch der Betrieb in Barmstedt auf der Abschußliste.

Koblenz und Eberswalde gingen noch ohne großes Aufsehen über den Jordan, nicht so Barmstedt. Die Belegschaft, bei den Gewerblichen zu 85 Prozent und bei den Angestellten zu 50 % gewerkschaftlich organisiert, demonstrierte einige Male, es gab einen Warnstreik und eine kurze Betriebsbesetzung. Die Krise bei Züchner, dem alteingesessenen und größten Arbeitgeber im Städtchen, schuf Unruhe unter den Bürgern. In der Presse wurde Alarm geschlagen, Einwohner und Angehörige anderer Betriebe solidarisierten sich. Die Auseinandersetzung bekam Schwung, die Belegschaft war entschlossen zu längerem Streik. Als die Unternehmensleiter im Mai 1997 mit einem Kaufinteressenten verhandelten, belagerte sie den Verhandlungsraum und setzte die Manager für eine Stunde dort fest. Sie forderte: kein Abtransport von Maschinen, keine Verträge mit Interessenten, bis sich Betrieb und Belegschaft geeinigt haben. Die in ihrem Bewegungsspielraum eingeschränkten Chefs willigten ziemlich schnell in diese Forderungen ein.

### Qualifizierung und Sozialplan statt Erwerbsarbeit

Was die Züchner Arbeiter und Angestellten und ihre Gewerkschaft, die IG Metall, weitergehend wollten, war dies:



✗ Erhalt der Arbeitsplätze, ✗ Geld für eine Qualifizierungsgesellschaft und ✗ ein Sozialplan.

Diese Forderungen paßten natürlich gar nicht zusammen. Denn wie will man gegen eine Betriebsschließung und gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen mobilisieren und kämpfen – eine zugegeben schwierige Sache –, wenn man zugleich einen Sozialplan fordert? Der Sozialplan ist ja ein Vertrag darüber, unter welchen Bedingungen die Leute entlassen werden, so daß der Laden zugemacht werden kann. Mit ihm erklären sich Belegschaft und Interessensvertretung freiwillig oder unfreiwillig damit einverstanden, daß ihr die bisherige materielle Basis, Lohn und Brot, entzogen wird. Der Sozialplan schmückt den Weg ins Ungewisse nur mehr oder weniger hübsch aus. »Immerhin!«, mag manch einer sagen.

Das Paradox wurde schnell aufgelöst, indem Gewerkschaft und Belegschaft ihre Forderung nach Erhalt der Arbeitsplätze aufgaben, noch bevor jemand auch nur den kleinen Finger dafür rühren konnte. Von da ab, das heißt eigentlich von Anfang an, ging es um möglichst viel Geld als Gegenleistung für den kampflosen Verzicht auf Arbeitsplätze und einen Betrieb, den die Beschäftigten über Jahre und Jahrzehnte mit ihrer Arbeit aufrechterhalten hatten. Und dieses Geld bekam die Belegschaft denn auch.

Das Unternehmen rückte rund 15 Millionen DM heraus (Reingewinn 1996 in Deutschland: 400 Mio. DM), davon

IG Metall · Verwaltungsstelle Elmshorn · Postfach 544 · 25306 Elmshorn

An die Redaktion  
Eilmeldung  
Bitte sofort weiterleiten!

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unsere Zeichen



**IG Metall**

Verwaltungsstelle Elmshorn

UWZ. 26.05.97 15 h 30  
☎ (04121) 61001 Elmshorn

### Barmstedter Züchner Belegschaft sperrt CMB Manager ein Geschäftsleitungsräume von Arbeitern besetzt IG Metall besorgt über die von CMB provozierte Eskalation

Die Belegschaft des Barmstedter Traditionsbetriebes hat ihre Manager für mehrere Stunden bei einer Besetzung der Räumlichkeiten der Geschäftsleitung eingesperrt. Die wütenden 130 Arbeiter und Angestellten, die der französisch-amerikanische Cork Crown/ Cernaudmetabox Konzern (CMB) zum Jahresende rauszuschmeissen will bei der Stilllegung des Barmstedter Verpackungsherstellerebetriebes, forderten Aufklärung über Gespräche zwischen CMB und der Konkurrenzfirma Huber. Bereits letzte Woche mußte CMB einen leitenden Manager entlassen, nachdem die Barmstedter Belegschaft diesem "Hausverbot" erteilt hatte.



bis zu elf Mio. DM für die Qualifizierungsgesellschaft und 4,5 Mio. DM für den Sozialplan (halber Bruttoarbeitslohn pro Beschäftigungsjahr, keine Anrechnung auf Leistungen des Arbeitsamtes).

Das ist deutlich mehr als Belegschaften anderswo bei Pleiten und Entlassungen herausgeholt haben und Ergebnis eines heutzutage schon selten gewordenen gemeinsamen, entschlossenen Einsatzes der Züchner Beschäftigten zur Verbesserung ihrer unmittelbaren Lage. Sie haben Unterstützung von anderen Belegschaften der Region erhalten wie auch von Bürgern aus Barmstedt und Umgebung. Das ist die eine Seite, die andere ist die Begrenztheit dieses Erfolges und die Art und Weise, wie er verkauft wird.

#### Ein gutes Arbeitsamt: professionell arbeitslos

Qualifizierungsgesellschaft Barmstedt bedeutet nun also: 118 ehemalige Beschäftigte von Züchner sind formell, per befristetem »Arbeitsvertrag«, Mitglieder einer Gesellschaft. In Wirklichkeit sind sie arbeitslos, im offiziellen Sprachgebrauch auf »Kurzarbeit null«, bekommen aber im Gegensatz zu anderen Arbeitslosen kein Arbeitslosen-, sondern Kurzarbeitergeld (60 bzw. 67 Prozent ihres bisherigen Einkommens) und einen Zuschuß des alten Arbeitgebers, zusammen 90 Prozent ihres früheren Nettoeinkommens. Und das zwei Jahre lang.

Die Gesellschaft besteht aus ein paar Büroräumen, einem Geschäftsführer und einem »Personalleiter«, das ist der ehemalige Betriebsratsvorsitzende. Sie ist, auf den Punkt gebracht, eine Arbeitsloseninitiative auf betrieblicher Ebene,

Bemerkenswert offen äußerte sich ein früherer Abteilungsleiter im IG-Metall-Vorstand zu Beschäftigungsgesellschaften. **Eberhard Fehrmann, jetzt Mitgeschäftsführer einer solchen Gesellschaft in Nürnberg** (»Mypegatus«), sagte den »Nürnberger Nachrichten« am 4. April 1998 in einem Interview: »Es wird natürlich nicht Arbeitslosigkeit verhindert, aber der freie und unkontrollierte Fall in die Arbeitslosigkeit.« Zum Erfolg seiner Gesellschaft teilte er mit: Rund 70 Prozent ihrer Mitglieder bekämen zumindest befristete Arbeit. Differenziertere Angaben machte er nicht. Und zu dem genannten Ergebnis muß man wissen, daß die Gesellschaft vor allem Fachkräfte betreut, die relativ leicht neu zu vermitteln sind, und nicht Ungelernte, denen es nicht so geht. ■

die auch Aufgaben eines Arbeitsamtes wahrnimmt. So bekommt man ein Bewerbungstraining, eine Fortbildung oder Sprachunterricht vermittelt. Den Leuten werden Praktikumsplätze angeboten, so daß sie sich von fremden Betrieben ein Bild machen können. Wer will, geht ein sogenanntes »Zweiterarbeitsverhältnis« ein, das heißt, er arbeitet in einer Firma auf Probe und geht, wenn er danach nicht dableiben kann oder will, zur Qualifizierungsgesellschaft zurück. Darüber hinaus ist die Gesellschaft ein Treffpunkt für ehemalige Züchner.

Wie viele von den 118 Leuten neue Arbeit finden werden und ob die Qualifizierungsgesellschaft erfolgreicher sein wird als ein normales Arbeitsamt, das wird die Zeit bis Ende 1999 zeigen. Zu wünschen wäre es ihr, denn die Lage in Barmstedt ist schwierig. Die Arbeitslosigkeit im Ort und in der Region liegt bei über zehn Prozent. Die meisten ehemaligen Züchner sind un- oder angelernt, darunter viele Ausländer mit zum Teil schlechten Deutschkenntnissen. Den Facharbeitern fehlt es an Qualifikationen, die sie für andere Betriebe interessant machen könnte. Aber genau an diesen Punkten will ja die Qualifizierungsgesellschaft ansetzen!

Bis Ende August 1998 haben zwölf ehemalige Züchner neue Arbeit gefunden. Darunter sind fünf Werkzeugmacher, die, vermittelt durch die Qualifizierungsgesellschaft, einen CNC-Kursus gemacht haben.

#### Am Hauptproblem, der Arbeitslosigkeit, vorbei

Andere, höher gesteckte Erwartungen wird sie nicht erfüllen können. Insbesondere ist sie kein Mittel gegen Arbeitslosigkeit, wie die IG Metall und die Gesellschaft mitunter anscheinend glauben machen möchten. Denn selbst wenn man den höchst unwahrscheinlich Fall annimmt, daß die Gesellschaft alle ihre Mitglieder in Arbeit brächte, dann gäbe es damit ja keinen einzigen Arbeitsplatz mehr. Im Gegenteil, es gibt weniger Arbeitsplätze, denn unter anderem die bei Züchner sind ja weg. Andere Arbeitssuchende, die nicht so gut unterstützt werden – zum Beispiel durch Qualifizierungsmöglichkeiten – wie die in Barmstedt, zögen den kürzeren.

Aber: Wenn schon arbeitslos, dann soll doch wenigstens das Unternehmen, das die Leute auf die Straße setzt, dafür aufkommen. Das ist die Linie der IG Metall, die sie in Barmstedt und anderswo (zum Beispiel beim Nockenwellenhersteller Weyburn-Bartel in Rellingen bei Hamburg) verfolgt hat. Uwe Zabel, der örtliche Gewerkschaftssekretär: »Wer Arbeitslosigkeit verursacht, soll sie auch bezahlen.« Das klingt gut, trifft aber auf Barmstedt, wo dieser Grundsatz angeblich verwirklicht worden ist, nur teilweise zu. Denn das Unternehmen zahlt einmalig für zwei Jahre rund zehn Mio. DM, danach nichts mehr. Das Arbeitsamt trägt vier Mio. DM für 1998 und 1999, danach alles.

Was die Leistungen des Arbeitsamtes betrifft, so sind die ehemaligen Züchner vielen anderen Arbeitslosen gegenüber im Vorteil. Obwohl ihr früherer Betrieb geschlossen ist und sie arbeitslos sind, erhalten sie kein Arbeitslosen-, sondern Kurzarbeitergeld in derselben Höhe, und das zwei Jahre lang. Diese Regelung basiert auf der gesetzlichen Vorschrift zum »Struktur-Kurzarbeitergeld« und überstrapaziert sie offensichtlich, denn sie solle »dazu beitragen, die Schaffung und Besetzung neuer Arbeitsplätze zu erleichtern.« (Arbeitslo-

senprojekt TuWas: Leitfaden für Arbeitslose. 15. Auflage. Fachhochschulverlag, Frankfurt/Main, 1998. S. 275. Hervorhebung vom Vf.) Sie führt dazu, daß die Mitglieder der Qualifizierungsgesellschaft praktisch zwei Jahre länger Anspruch auf Arbeitslosengeld haben. Da kann kaum ein anderer Arbeitsloser mithalten! Ebenso bei der Vereinbarung, daß die Abfindungen, die die Barmstedter bekommen – bis zu 80.000 DM und mehr –, nicht aufs Arbeitslosengeld angerechnet werden.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Ich habe nichts dagegen, daß Leute aus einer Sache rausholen, was sie nur können. Das ist eben das, was wir alle die ganzen Jahre und Jahrzehnte über gemacht haben. Aber mit einer Antwort auf das dringende Problem der Arbeitslosigkeit hat das nichts zu tun. 6.9.1998 z

## Tarifrunde in der chemischen Industrie

**Über das Ergebnis der Tarifrunde 1998 würden sich zum Beispiel die Beschäftigten im öffentlichen Dienst freuen. Bei einer Laufzeit von 14 Monaten erhalten die Beschäftigten in der chemischen Industrie eine monatliche Gehaltserhöhung von 2,4 Prozent. Die IG BCE hatte einer Forderung von fünf Prozent – 5,5 Prozent aufgestellt. Dieses Ergebnis bleibt wahrscheinlich ein Highlight in der Tarifrunde 1998. Doch die Beschäftigten sollten sich nicht zu früh freuen.**

### Einmalzahlung – von sozialer Komponente zum Wirtschaftsfaktor

Der Begriff »Einmalzahlung« ist hier völlig anders als in der Vergangenheit zu verstehen. Er ist keine (vereinfachte) Zahlung für bereits vergangene Monate dieser Tariflaufzeit, sondern eine Umwandlung von etwa 30 Prozent der monatlichen Tarifierhöhung in eine einmalige Zahlung.

Die vereinbarte gestaffelte Einmalzahlung beträgt: Für Arbeitnehmer in Normalschicht 14,2 Prozent, für Arbeitnehmer in teilkontinuierlicher Schichtarbeit 15,8 Prozent und für Arbeitnehmer in vollkontinuierlicher Schichtarbeit mit Sonn- und Feiertagsarbeit 18,5 Prozent eines tariflichen Monatsentgelts.

Die neue Einmalzahlung basiert auf der Grundlage einer monatlichen Erhöhung von 1,1 Prozent für Normalschichtler einschließlich des 13. Monatseinkommens, welches allerdings nur 95 Prozent beträgt.

Für Arbeitnehmer im Wechselschichtbereich werden Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeitszulagen mit in die Berechnungsgrundlage einbezogen.

Die vereinbarte Einmalzahlung wird nicht gezahlt für ArbeitnehmerInnen, die keinen Entgelt- oder Entgeltfortzahlungsanspruch haben. Das heißt also, Arbeitnehmer die Krankengeld erhalten und werdende Mütter im Mutterschutz, haben keinen Anspruch auf diese Einmalzahlung. Junge Männer zum Beispiel, die im Laufe dieser 14 Monate Ersatz- oder Wehrdienst leisten, erhalten die Einmalzahlung nur noch anteilig, ebenso Auszubildende.

Der Zahlungstermin dieser Einmalzahlung (30. Juni 1998) kann zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat nach Bedarf vereinbart werden. Das giftelt darin, daß »je nach

wirtschaftlicher Lage des Betriebes eine Vereinbarung über die Kürzung der Einmalzahlung« von Arbeitgeber und Betriebsrat getroffen werden kann. Tatsache ist auch, daß die verhältnismäßig hohe Einmalzahlung kein Bestandteil des tariflichen Entgeltes wird.

Auszubildende erhalten eine Einmalzahlung von 200 DM. Auch diese Einmalzahlung ist stichtagsabhängig. Alle Azubis, die sich am 9. Mai 1998 in einem Ausbildungsverhältnis befinden, erhalten die volle Einmalzahlung. Eine monatliche Erhöhung der Auszubildendenvergütung findet nicht statt.

Die **Differenzierung** der Entgeltzahlungen in der chemischen Industrie **geht weiter**. Begonnen hat sie mit abgesenkten Einstellungsentgelten für Neueinstellungen und Langzeitarbeitslose sowie der Senkung tariflicher Entgeltsätze bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Jetzt werden zum Beispiel Kranke, werdende Mütter, Wehr- und Ersatzdienstleistende bestraft. Dies ist der Preis für eine verhältnismäßig hohe Entgelterhöhung für die Kernbeschäftigten.

Durch die **Verlängerung des Altersteilzeitvertrages** wird Beschäftigten bis zum Jahre 2004 die Möglichkeit gegeben, mit 55 Jahren oder später einen Altersteilzeitvertrag mit einer Laufzeit von zehn Jahren abzuschließen. Die Altersteilzeit kann nur freiwillig als Betriebsvereinbarung zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber vereinbart werden. Die Höhe der Aufstockungszahlung für den gesamten Zeitraum sowie die Aufstockungszahlung zur Höherversicherung der gesetzlichen Altersrente müssen als Betriebsvereinbarung geregelt werden.

Vereinbart worden ist noch ein **Vertrag über vermögenswirksame Leistungen und Altersvorsorge** ab dem 1.1.1999. Die vermögenswirksame Leistung in Höhe von 936 DM jährlich kann für eine private oder eine betriebliche Altersversorgung verwendet werden. Für Beschäftigte, die nicht für mindestens zwölf Arbeitstage Anspruch auf Entgelt oder Ausbildungsvergütung haben, mindert sich die Leistung um ein Zwölftel der jährlichen Zahlung.

Allerdings hat dieser Vertrag nur Empfehlungscharakter. Weder der Arbeitgeber noch der Arbeitnehmer ist gezwungen, die vermögenswirksame Leistung in eine Altersversorgung umzuwandeln. Die Leistungsvoraussetzung für die

### Visionen einer »modernen Tarifpolitik«

Schmoldt: *»Im übrigen empfehle ich jedem die Lektüre unseres jüngsten Tarifvertrages, der dank seiner Differenzierungen sowohl der Kaufkraft als auch der wirtschaftlichen Lage der Branche Rechnung trägt.«*

Zeit: *Sagen Sie konkret, was Sie bei einem Bündnis für Arbeit anzubieten haben.*

Schmoldt: *»Die Fortsetzung dessen, was wir bisher gemacht haben: den schwierigen Spagat zwischen Sicherung der Einkommen, der Beschäftigung und der Wettbewerbsfähigkeit. Wir bringen zusätzlich die Bereitschaft mit, auch bei unpopulären, aber notwendigen Reformen – der Rente, des Steuersystems, des Sozialstaates – konstruktiv mitzuwirken und dafür bei unseren Mitgliedern zu werben. Und wir werden uns für Zukunftsindustrien einsetzen, etwa die Gentechnik oder die Kernenergie.«*

DIE ZEIT, 3.9.1998 ■

vermögenswirksamen Leistungen sind unverändert geblieben.

### **Auflösung des Flächentarifvertrages und Entsolidarisierung**

Die mageren Entgeltabschlüsse der letzten Tarifrunden (2 Prozent in 1996, 1,5 in Prozent 1997 und eine Einmalzahlung von 60 DM) und die höheren Sozialabgaben führten wie bei den meisten Beschäftigten in der Bundesrepublik zu Reallohnverlusten. Diese Verluste sind auch nicht durch die vereinbarte monatliche Entgelterhöhung plus Einmalzahlung auszugleichen. Zu sehen ist dies vor dem Hintergrund einer Branche, die enorme Umsatz- und Gewinnsteigerungen in den letzten Jahren zu melden hatte.

Der Kölner Stadtanzeiger (11.5.1998) kommentierte den Abschluß wie folgt: Die IGBCE hat wieder einmal »ihre überdurchschnittliche Fähigkeit zu einer eigenständigen und kreativen Tarifpolitik unter Beweis« gestellt. Es stellt sich allerdings die Frage, ob dies die Beschäftigten auch so sehen.

Als Beschäftigte in der chemischen Industrie könnte man auch der Meinung sein, daß die monatliche Entgelterhöhung von 2,4 Prozent und die Einmalzahlung nur eine Besänftigung sein soll. Der in der chemischen Industrie laufende Personalabbau, das weitere Streichen von freiwilligen Leistungen, sowie das geplante Absenken des Lohnniveaus, wie zum Beispiel bei HMR (Hoechst Holding) und der Bayer AG, sollen wohl nicht wie bei Boehringer Mannheim oder bei der Hoechst AG zu Unruhen führen.

Die IGBCE hat mit diesem Tarifabschluß einen weiteren Schritt zur Entsolidarisierung der Belegschaften gemacht. Von einem Flächentarifvertrag kann wohl nicht mehr die Rede sein, wenn nur noch ein Rahmen für tarifliche Regelungen wie zum Beispiel Einmalzahlungen oder Altersteilzeit vereinbart wird. Den Betriebsräten vor Ort wird immer mehr Verantwortung und Macht übertragen. Das Umsetzen der Tarifverträge wird von wirtschaftlichen Bedingungen sowie dem Verhandlungsgeschick der einzelnen Betriebe abhängig gemacht.

6.9.1998 ■

■ KRIEG IN DEN HÄFEN: »WAR ON THE WATERFRONT«

## **Australiens Hafentarbeiter widerstehen dem Angriff**

### **Auch Australiens Hafentarbeiter sollten in die Knie gezwungen werden**

Zu Beginn dieses Jahres mußten die 500 Liverpooler Docker ihren über zweijährigen Widerstand gegen die Merseyside Dock & Harbour Company beenden – vorläufiger Endpunkt unter die Niederringung der britischen Dockergewerkschaft durch die von Thatcher eingeleitete und unter Blair weitergeführte Politik. Liverpool war der letzte britische Hafen, in dem die Docker bis dahin ihre Stellung als ständig Beschäftigte verteidigen konnten, während in den übrigen Häfen schon seit 1989 Tagelohnbedingungen wieder Einzug gehalten hatten. Aber der Unternehmerangriff gegen die Errungenschaften, die sich Hafenbelegschaften mit Hilfe starker Gewerkschaften in den letzten Jahrzehnten erkämpft hatten, findet in vielen Häfen der Erde statt. Unter der globalen Konkurrenz soll an die Stelle tariflich gesicherter Arbeitsplätze wieder die unständige Arbeit treten: jederzeit zu niedrigem Lohn auf Abruf verfügbare Arbeitskraft, bereit zu jeder Arbeit zu den Bedingungen des Unternehmers betreffend Flexibilität und Sicherheit.

Seit Sommer 1997 haben die Hafenbetriebsgesellschaften in Amsterdam und Rotterdam begonnen, erkämpfte Errungenschaften rückgängig zu machen. Dabei ist es in Amsterdam zu Hunderten von Entlassungen mit Sozialplänen und Umschulungen gekommen, nachdem die Hafengesellschaft Konkurs angemeldet hat. In Rotterdam wurde mit der Androhung eines Konkurses die Belegschaft des Hafenspools mit Forderungen nach Änderung ihrer Tarifverträge, Flexibilisierung der Arbeitszeit und Lohninbußen und Personalabbau konfrontiert. Dagegen hat es in Rotterdam massive Streiks und Aktionen gegeben.

Auch in deutschen Häfen vollzieht sich durch Privatisierungen und Umstrukturierungen der Wandel in den Häfen, aber die Bedingungen werden eher sozialpartnerschaftlich



verschlechtert. Der Angriff findet weltweit statt, die Formen sind je nach dem Widerstand durch starke Gewerkschaften unterschiedlich.

In diesem Frühjahr wurde in Australien der Unternehmerangriff auf die stark organisierten Hafenbelegschaften und ihre Gewerkschaft Maritime Union of Australia (MUA)<sup>1)</sup> begonnen, der als »Krieg in den Häfen« geführt wurde. Es ist uns wichtig, über diesen Kampf hier zu berichten, weil er zeigt, wie durch solidarisches Handeln auch im Zeitalter der Globalisierung Widerstand entwickelt werden kann und weil dies von der ÖTV und der bürgerlichen Presse nicht aufgegriffen wurde.

### **Unternehmer, Regierung und der nationale Farmerverband NFF wollen die »Macht der MUA« brechen**

Als der Chef der zweitgrößten Hafengesellschaft Australiens »PATRICK«<sup>2)</sup> in der Nacht zum 8. April 1998 das Signal zum

Angriff auf die Hafenbelegschaften und deren kämpferische Gewerkschaft, die Maritime Union of Australia gibt, vertreiben angeheuerte Sicherheitskräfte in mehreren Häfen die Nachtschichtkollegen von ihren Arbeitsplätzen. Die gesamte gewerkschaftlich organisierte Belegschaft wird entlassen und durch Streikbrecher ersetzt.

Die erste offene Kriegserklärung an die MUA liegt aber schon zwei Jahre zurück: Kurz vor der Parlamentswahl vom März 1996 erklärte ein Sprecher der damaligen bürgerlichen Opposition: »Wenn die Koalition die Mehrheit erhält, wird sie die Macht der MUA brechen.« Nach dem Wahlerfolg der Konservativen und Liberalen bildeten diese unter dem konservativen Ministerpräsident Howard eine Koalition, die sich sofort ans Werk machte, ihr Versprechen an Hafenunternehmer und Exporteure einzulösen. Hintergrund dieser klaren Aussage ist die unangefochten starke Stellung der Hafentarbeiter, denen die Unternehmer und Farmer und die neugewählte Regierung die Schuld an der angeblich so geringen Produktivität der australischen Containerhäfen geben.

Die Regierung ist mit dem Programm angetreten, die Bedingungen für australische Unternehmen innerhalb der weltweiten Konkurrenz zu verbessern und wirft der abgelösten Labor-Regierung vor, daß sie dieses Anliegen zwar vertritt, aber nicht konsequent genug durchgeführt hat. Die Labor-Regierung hatte eine Hafenreformbehörde eingerichtet, um die Produktivität in den australischen Containerhäfen zu verbessern und die Beschäftigtenzahlen mit Hilfe von Abfindungen zu senken. Gespräche zwischen Unternehmern und der Gewerkschaft und Politikern wurden geführt, es gab auch Bereitschaft auf der Seite der MUA, Verhandlungen über Produktivitätssteigerungen zu führen. Dies genügte Unternehmern und ihren politischen Freunden jedoch nicht. Die Art von Produktivität, die sie erreichen wollten und für die sie jetzt den Kampf gegen die Gewerkschaft führten, war mit der MUA nicht zu vereinbaren.

Noch am Ende des Jahres nach der Regierungsübernahme trat das neue Arbeitsgesetz (Workplace Relations Act)<sup>3)</sup> in Kraft. Dessen »Erfolge« bei der Produktivitätssteigerung und Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen lobt der Minister für Arbeitsbeziehungen, Peter Reith, nach einem Jahr Laufzeit. Er nennt Zahlen über gelungene Fälle der Schwächung der Hafentarbeiter und der MUA:

- Aushöhlung des Tarifvertragswesens durch Zulassung von Individual- und Haustarifverträgen auch ohne Gewerkschaftsbeteiligung,
- Erfolge gegen die Gewerkschaften durch Zulassung nichtgewerkschaftlicher Beschäftigtenvertretungen,
- Reglementierungen gewerkschaftlicher Tätigkeit und Streiks,
- Androhung von Schadensersatzforderungen,
- Entziehung der Zulassung als Gewerkschaft bei Zuwiderhandlungen, zum Beispiel bei Solidaritätsstreiks.

Das Ministerium für Arbeitsbeziehungen hat sich bei der Ausarbeitung dieses Gesetzes von Spezialisten des Bergbaukonzerns Rio Tinto beraten lassen, der für seinen Kampf gegen gewerkschaftliche Organisierung und die Untergrabung von Arbeiterrechten weltweit bekannt ist.

Zur Durchsetzung ihrer Politik gegenüber der organisierten Arbeiterschaft planen Hafentarbeiter mit dem Ministerium für Arbeitsbeziehungen schon 1997 ein radikales Vorgehen gegen die MUA, zum Beispiel die Entlassung der organisierten Hafentarbeiter und ihre Ersetzung durch

## Abkürzungen

<b>AWA</b>		Neue Art von Tarifverträgen nach dem Workplace Relations Act
<b>MIFCo</b>	Maritime Industry Finance Company	Von Reith gegründete Finanzierungsgesellschaft für Abfindungen
<b>ALP</b>	Australian Labor Party	
<b>ACTU</b>	Australian Council for Trade Unions	Dachverband der australischen Gewerkschaften
<b>WRA</b>	Workplace Relations Act	Arbeitsgesetz (über Tarifreform, Betriebsverfassung, Streikrecht u. a.)
<b>MUA</b>	Maritime Union of Australia	Hafentarbeitergewerkschaft
<b>NFF</b>	National Farmers Federation	Dachverband der australischen Farmer
<b>ITF</b>	International Transport Federation	
<b>SAS</b>	Special Air Services	Spezialeinheit mit Anti-Terror-Ausbildung

unorganisierte Arbeitskräfte. Im Bergbau versucht die US Bergwerksgesellschaft Freeport McMoRan, entgegen der bisherigen Praxis in Cairns unorganisierte Arbeiter einzustellen. Nach Androhung eines internationalen Gewerkschaftsboykotts macht sie jedoch einen Rückzieher.

Anfang Dezember 1997 stellt der frühere Kommandeur der Anti-Terror-Einheit Special Air Service (SAS), Mike Wells, nach Gesprächen mit der Stauer-Gesellschaft PATRICK unter Geheimhaltung eine Gruppe aus dienenden und ehemaligen Armeemitgliedern zusammen, die im arabischen Scheichtum Dubai<sup>4)</sup> als Hafentarbeiter (zum Zwecke des Streikbruchs) ausgebildet werden sollen. Zwei Wochen später wird das Dubai-Projekt abgeblasen, nachdem der MUA von Beteiligten die Information über den Plan, den Vertrag und die Zielsetzung des Unternehmens zugespielt worden sind: Die Teilnehmer des »Schulungskurses«, sollten nach ihrer Rückkehr ihrerseits in dreiwöchigen Intensivkursen 120 bis 180 Männer in einem australischen Hafen zu Dockern ausbilden. Sie sollten dabei eine Bezahlung erhalten, die einschließlich der »Erschwerniszulage« über dem der meisten Docker liegen würde. Druck der Internationalen Transportarbeitergewerkschaft ITF auf die Regierung von Dubai führte zur Aufgabe des Projekts. Das Dubai-Debakel lieferte wochenlang Stoff für Schlagzeilen und bis heute Material für Enthüllungen über die Beteiligten und ihre Hintermänner. Die Beteiligung von PATRICK-Chef Corrigan an dem Plan wurde nach wochenlangem Leugnen Anfang Fe-

1) Siehe Kasten »MUA«

2) »PATRICK Stevedoring« ist Australiens zweitgrößte Stauer- und Hafengesellschaft in 16 Fracht- und Containerhäfen und schlägt bis zu 45 Prozent der australischen Ladung um. PATRICK beschäftigt etwa 1325 fest angestellte Vollzeit- und 450 Teilzeit- und Gelegenheitsarbeiter, alle in der MUA organisiert.

3) siehe Kasten über das Workplace Relations Act

4) Dubai ist Freihandelszone. Es sind hauptsächlich ausländische Arbeitskräfte beschäftigt. Jede gewerkschaftliche Betätigung ist verboten und jeder Versuch würde zur Ausweisung führen.

5) siehe Kasten über die Rolle des Farmerverbandes NFF in dem Plan der Regierung

6) Schon im September hatte PATRICK seine Beschäftigten in vier Personalüberlassungsgesellschaften ausgliedert.



bruar offengelegt, die Beteiligung von Regierungsstellen und die Mitwisserschaft von Arbeitsminister Reith ist Ende Mai vor dem Parlament enthüllt worden.

Ende Januar 1998 überläßt PATRICK einen Teil ihrer Hafeneinrichtungen im Melbourner Webb Dock der Stauer-Gesellschaft P&C Stevedores, die gerade vom Präsidenten und zwei weiteren hohen Funktionären des Farmerverbandes NFF (National Farmers Federation)<sup>9</sup> mit der erklärten Zielsetzung gegründet worden ist, Streikbrecher in Australien selbst vor den Augen der ausgesperrten MUA-Docker auszubilden. Einige der Dubai-Teilnehmer gehörten mit zur »Belegschaft«, aber auch Leute vom Land. Die MUA veröffentlichte Berichte von zwei der angeheuerten drei Ausbilder, die schon nach wenigen Tagen diesen Job aufgegeben hatten, weil sie es für unverantwortlich hielten, ohne echte Prüfung ihrer eigenen Qualifikation in kürzester Zeit Berufsfremde zu Hafendarbeitern auszubilden mit dem erklärten Ziel des Streikbruchs. Die Docker antworteten auf die Provokation mit Protesten und Streik und informierten auf Gewerkschaftsversammlungen in anderen Städten über die ungeheuerlichen Vorgänge.

Als ein Beschluß des höchsten Gerichts auf Veranlassung von PATRICK den Streik der MUA vor dem Webb Dock beendet, beginnt die MUA mit einem »rollenden Streik«. Als die Arbeiter am Webb Dock die Arbeit wieder aufnehmen, legen andere am East Swanson Dock (ebenfalls in Melbourne) sie nieder.

Am 11. März 1998 ruft die MUA für zwei Tage in Sydney zum Streik auf, dann kehren die Kollegen an die Arbeit zurück, behalten aber einen Überstundenboykott bei. Patrick weigert sich, am Boykott beteiligten Arbeitern den Lohn zu bezahlen. Er beruft sich dabei auf die Bestimmungen des Workplace Relations Act, der eine Weiterzahlung des Lohns bei Arbeitskämpfen untersagt. Minister Reith enthüllt, daß er selbst die Unternehmensleitung ermutigt hatte, die Bestimmungen des Gesetzes zur Nichtbezahlung von Arbeitern während Arbeitskämpfen anzuwenden. Am 25. März beginnen die Docker in Sydney, die ohne Bezahlung gearbeitet hatten, einen siebentägigen Streik. Als sie ihren Streik beenden, gehen die Hafendarbeiter in Brisbane raus.

Anfang April berichten Überläufer der Streikbrecher-Stauererei P&C, daß PATRICK die Entlassung seiner gesamten Belegschaft plant und diesen Coup mit Hilfe polizeilicher und militärischer Taktik vorbereitet. Ein PATRICK-Manager gibt preis, daß die Firma beabsichtigt, Vermögenswerte abzubauen und die MUA erfährt, daß PATRICKs Muttergesell-

schaft, Lang Corp., das Vermögen aus allen PATRICK-Gesellschaften abgezogen hat.<sup>6</sup>

Der Gewerkschaftsdachverband ACTU trifft Vorbereitungen für den Fall von Massenentlassungen der Hafendarbeiter: Finanzielle Unterstützung und Solidaritätsaktionen auf nationaler Ebene wären zu organisieren.

Am 6. April bietet die MUA der Firma PATRICK erneut eine friedliche Lösung des für den kommenden Tag angekündigten Tarifkampfes in Sydney an: Ihre wichtigste Forderung ist die Erhaltung des (Mantel)-Tarifvertrages, den Patrick im Tausch gegen eine Lohnhöhung aushöhlen will. Am nächsten Tag weist Patrick das neue Verhandlungsangebot der MUA zurück. Die Hafendarbeiter in Sydney treten in den tariflichen Streik (der auch nach der geltenden Gesetzgebung legal ist).

### Der 8. April – der Tag X

In der Nacht zum 8. April wird die Drohung wahrgemacht: Mit Hilfe von angeheuerten hundeführenden Sicherheitskräften vertreibt PATRICK gleichzeitig in mehreren Städten die gesamte Nachtschicht in einem Überraschungsangriff gewaltsam von ihren Kränen und Arbeitsplätzen und erklärt die gesamte gewerkschaftlich organisierte Belegschaft für entlassen. Die MUA beginnt sofort mit der Bildung von Streikketten (Picketing) in allen Patrick-Hafenbetrieben, um zu verhindern, daß Streikbrecher ihre Arbeit übernehmen können. Sie mobilisiert die gewerkschaftliche und Medien-Öffentlichkeit und ruft das Gericht an, um die Entlassung für ungesetzlich erklären zu lassen.

Arbeitsminister Reith bezeichnet noch in der Nacht diesen Vorgang als rechtmäßig und zieht bereits ein fertiges Abfindungspaket für die entlassenen Hafendarbeiter – bis hin zur Rentenabsicherung und die Finanzierung dafür – aus der Tasche. Er bezeichnet die anstehende »Hafenreform« als gemeinsames Ziel der beiden großen Hafengesellschaften Patrick und P&C, die zusammen 95 Prozent der Hafengeschäfte abwickeln.

Unter der Überschrift »Umwälzung der australischen Hafenvirtschaft heute auf den Weg gebracht« gibt er die Eckpunkte der begonnenen »Reform« bekannt, deren wichtigste Ziele innerhalb von sechs Monaten erreicht sein sollen:

- ◆ Ende der Überbesetzung und von der Gewerkschaft kontrollierten Arbeitsmethoden
- ◆ Verpflichtung der Hafengesellschaften zu einer Produktivitätssteigerung auf durchschnittlich 25 Kranbewegungen pro Stunde (gegenüber gegenwärtig durchschnittlich 18)

- ◆ Größere Verlässlichkeit durch weniger Arbeitskämpfe und Arbeitsunterbrechungen
- ◆ Senkung der Kosten im Export- und Importgeschäft
- ◆ Volle und effiziente Nutzung vorhandener und neuer Technologien

Die MUA fordert er auf, keine falschen Erwartungen bei den Mitgliedern über ihre Zukunft zu wecken. Er gibt ihr die Schuld für die Ereignisse der letzten 24 Stunden: Die Ereignisse könnten nicht rückgängig gemacht werden, auch nicht durch gerichtliche Verfügungen.

### Der Kampf gegen die Streikbrecher

Die Vertreibung der Dockarbeiter von ihren Arbeitsplätzen wird mit von PATRICK angeheuerten Sicherheitskräften mit Hunden und Schlagstöcken im Schutz der Dunkelheit durchgeführt, auf Widerstand wird mit Gewalt reagiert. Es liegen Berichte von Arbeitern vor, die gewaltsam vom Werksgelände vertrieben und dabei verletzt worden sind. Über Wochen tobt der Kampf zwischen den entlassenen Dockern, ihren Familien, solidarischen Gewerkschaftern und Bürgern auf der einen Seite und den Bussen mit Streikbrechern, Lkws, die Ladung bringen und Polizei und Sicherheitskräften, die das Durchbrechen der Streikpostenkette erreichen wollen auf der anderen Seite. Auch über die Wasserseite versuchen Streikbrecher, an die Anlagen zu kommen, und wenn das nicht gelingt, werden sie auch mit Hubschraubern eingeflogen.

Dabei kommt es zu Übergriffen und Verletzungen. In Sydney besprühen werkseigene Sicherheitskräfte Docker durch den Zaun mit Reizgas, andere werden von Lkws angefahren oder zu Fall gebracht. Die Gegenseite beklagt, daß mit Streikbrechern auch nicht sanft umgegangen wird und Fahrzeuge beschädigt werden. In Sydney versucht Polizei gewaltsam, einen Konvoi durch die Streikpostenkette zu bringen, obwohl Frauen und Kinder bei den Dockern sind. Daraufhin wird in der Nähe, aber in sicherer Entfernung vom Geschehen in verschiedenen Städten Kinderbetreuung organisiert, denn für den Kindergarten fehlt das Geld – dank der Kürzung von staatlichen Zuschüssen durch die Howard-Regierung.



### »National Farmers Federation« mit Regierung als Bündnispartner

**Die Regierung hat ihre vor zwei Jahren geäußerte Absicht, die MUA zu zerschlagen, zielstrebig verfolgt. Sie war dabei der geeignete Bündnispartner für den Dachverband der Farmer, die ein besonderes Interesse an einem billigen und zügigen Umschlag ihrer Produkte haben. Die Farmerindustrie macht zwar nur etwa 20 Prozent der australischen Produktion aus, stellt aber 50 Prozent aller Exporte, denn 80 Prozent der Farmprodukte gehen in den Export, und das heißt größtenteils über die Häfen. Eine hohe Produktivität in den Häfen und geringe Kosten sind für die von Preisverfall und widrigen Wetterbedingungen wie Dürrejahre gebeutelten Farmer deshalb von großem Interesse. Streiks im Hafen empfinden sie wie eine weitere Dürrekatastrophe. Die lokalen Farmverbände und ihr Dachverband sind daher seit langem Befürworter einer Hafenreform, die die starke Stellung der MUA einschränkt.**

In seiner Rede vom 17. Februar vor einer Ratsversammlung des Farmverbandes NFF beschwört Arbeitsminister Reith die entscheidende Rolle der Farmer bei der Niederringung der Schafschere Ende des vorigen Jahrhunderts, wodurch damals eine starke gewerkschaftliche Vertretung verhindert wurde. Er erinnert an weitere Auseinandersetzungen zwischen Farmern und Gewerkschaften in der Vergangenheit und beglückwünscht den NFF für sein entschlossenes Handeln für die Neuordnung der Hafendarbeit durch die Gründung der Streikbrecher-Stauergesellschaft P&C in Melbourne. Er zählt vor den Farmvertretern die »Vergünstigungen« der Hafendarbeiter auf, verunglimpft sie

als Minderheit, die sich auf Kosten fleißiger Farmer, die oft jahrelang an einem Produkt arbeiten und unter den Verzögerungen und der Ineffektivität der Hafendarbeiter zu leiden haben, ein gemütliches Leben machen. Der NFF ist der richtige Adressat für solches historisches Herangehen, denn auch er denkt in solchen Kategorien. Das zeigt die Wahl des Namens der Stauergesellschaft »P & C Stevedores«. Denn P & C war in den 30er Jahren eine Gegengewerkschaft, die nach einem verlorengegangenen, großen Streik der Dockergewerkschaft von Streikbrechern gegründet wurde, die zunächst nicht wieder in die damalige Waterside Workers Union WWU aufgenommen wurden. Dem verlorengegangenen Streik folgten schwere Jahre unter erniedrigenden Tagelohnbedingungen, in denen die WWU-Gewerkschafter stets benachteiligt wurden. Schon die Wahl dieses Namens bedeutet für Gewerkschafter also eine Provokation.

Trotzdem gibt es im Verlauf der Auseinandersetzung auch Widersprüche im Lager der Farmer. Die lokalen Funktionäre wurden über die geheimen Planungen zur Gründung der Stauergesellschaft und dem Einsatz der Streikbrecher im Hafen nicht informiert. Und nicht jeder billigt die Mittel und das Ausmaß des Vorgehens gegenüber den Hafenbelegschaften.

Auch die MUA wirbt unter den Farmern um Vertrauen. Am 18. März unterschreibt sie in Fremantle eine gemeinsame Erklärung mit einer Unterorganisation der Weidewirtschaft im Farmverband, in der die Farmer eine Rekordabfertigung bei den Containern, 30 Prozent Verringerung der Kosten bei der Viehverladung und die weltbeste Getreideabfertigung bestätigen und ihre Führung vor der Gründung

Weil der Farmerverband NFF damit prahlt, wie schnell und gut die von dem Unternehmen P&C Stevedores ausgebildeten Leute (siehe Kasten) arbeiten und auch Arbeitsminister Reith die Anzahl der Kranbewegungen pro Stunde zum Maßstab für die Effektivität des Hafens gemacht hat, zählen die Streikenden jede Kranbewegung. In den ersten Tagen beobachteten sie, daß höchstens zweieinhalb bis drei Container pro Stunde bewegt werden. Sie beobachteten, wie sich die Streikbrecher allein mit dem Lösen der Befestigungsseile zwei Stunden abquälten. Nach sechs Wochen meldet die MUA, daß höchstens zehn Container pro Stunde von Streikbrechern geschafft wurden.

Es wird versucht, die einheitliche Front der Docker aufzubrechen. In Adelaide im Süden des Landes bietet Patrick den 46 entlassenen Dockern an, sich erneut um ihre Einstellung zu bewerben – allerdings mit Einzelverträgen zu anderen Bedingungen und anderer Lohnvereinbarung.

Immer wieder gelingt es, Lkw-Konvois mit Waren oder mit Streikbrechern zum Umkehren zu bringen. Die Polizei sieht ihre Aufgabe zwar darin, das Recht »auf freien Zugang zum Arbeitsplatz« durchzusetzen. Im Unterschied zu früher oft gewaltsamem Vorgehen gegen friedliche Demonstranten hält sich die Polizei aber vielfach zurück und verweist auf das disziplinierte Verhalten der Gewerkschaft, die ihre eigenen Ordner stelle. Auch stellen Polizisten fest, daß, nachdem sie ein Hafentor für mehrere Stunden geräumt haben, nur ein einziger Lkw passiert. Viele Transportunternehmen suchen andere Wege und meiden die Auseinandersetzung am Tor. Obwohl die australische Gesellschaft in dieser Auseinandersetzung gespalten ist und viele Interessengruppen und Teile der Öffentlichkeit entschieden für eine Hafenreform und eine Zurückdrängung des gewerkschaftlichen Einflusses eintreten, stoßen die in dieser Auseinandersetzung ange-

wandten Methoden des PATRICK-Chefs Chris Corrigan, der Regierung und des Farmerverbandes bei vielen auf Ablehnung.

### Die Konkurrenzfirmen

Einen Teil der Aufträge übernimmt die alteingesessene, große Stauergesellschaft P&O, wo MUA-Docker die Schiffe abfertigen. P&O hat sich aus der aktuellen Auseinandersetzung zwischen PATRICK und der MUA herausgehalten, und John Coombs von der MUA führt gegen PATRICK an, daß die Gewerkschaft mit P&O und Sea-Land vernünftig zusammenarbeite. Unter den Stauergesellschaften gibt es tatsächlich Unterschiede.

Die multinationale US-Reederei SEA-LAND betreibt in Australien bereits den produktivsten Container-Terminal (mit einer Kranleistung von 22 Containern in der Stunde). Dort gibt es auch von allen australischen Häfen die geringsten Arbeitskonflikte. Ihr Manager Andrews ebenso wie der Präsident des Reederverbandes Beaufort geben Patrick die Schuld an der geringen Produktivität und den Problemen an dessen Standorten. Er empfiehlt den Reedern noch vor der Entlassungsaktion, PATRICKs Hafengebiete zu meiden und ihre Ladung über die zweite große Stauergesellschaft P&O abzuwickeln.

Die Rolle von P&O in dem Konflikt ist zwiespältig. P&O verhandelt zwar mit der MUA und geht nicht den gleichen Weg wie PATRICK. Aber P&O hat die gleichen Interessen und war 1997 an Überlegungen mit der Regierung beteiligt, im Streikfall ausländische Arbeiter zum Einsatz in australischen Häfen einzusetzen. Und auch P&O soll Mitarbeiter von Rio Tinto eingestellt haben, um auf deren Erfahrung im Umgang mit Gewerkschaften zurückgreifen zu können. P&O strengt wegen Streikaktionen im Zusammenhang mit der PATRICK-

## Die Maritime Union of Australia

**Die MUA ist die Gewerkschaft für die Hafenbelegschaften, die australischen Seeleute und ist der Internationalen Transportarbeitergewerkschaft ITF angeschlossen. Sie hat 10.000 Mitglieder, für die sie in den letzten Jahrzehnten eine starke Position und ein »closed-shop«-System erkämpft hat. Keine Einstellung erfolgt ohne gewerkschaftliche Beteiligung, sie hat ein Bildungs- und Schulungswesen, und im Arbeitsalltag ist die MUA überall gegenwärtig, um über die Einhaltung der Arbeitsbedingungen bei der schweren Hafearbeit zu wachen.**

Sie fühlt sich jedoch weit über ihre eigene Mitgliedschaft hinaus für die Belange von Arbeitern und Unterdrückten verantwortlich. Sie verlangt die Freilassung inhaftierter indonesischer Gewerkschafter. Im Rahmen der ITF macht sie sich für tarifliche Absicherung und Verbesserung von Arbeitssicherheit und Arbeitsbedingungen auf Billigflaggenschiffen stark. Dabei läßt sie auch die Gefährdung der Umwelt durch »Seelenverkäufer« nicht außer Betracht. Sie setzt sich für die Rechte der australischen Ureinwohner ein und war in der Vergangenheit ein Hüter des Boykotts gegen das südafrikanische Apartheid-Regime. Auch zum Arbeitskampf der Docker in Liverpool haben die australischen Gewerkschafter nicht geschwiegen.

Die Stärke der Gewerkschaft rührt aus der Verwurzelung in ihrer eigenen Geschichte. Der große Arbeitskampf

von 1928, der nach dem Einsatz von Streikbrechern für die Gewerkschafter verlorenging, führte nach jahrelangen Benachteiligungen der Gewerkschaftsmitglieder im Tagelohn zu einem starken Zusammenhalt. Die Erfahrungen wurden stets an die nächste Generation weitergegeben.

Durch die Insellage Australiens ist die Bedeutung der Häfen für den Im- und Export besonders groß, denn die Möglichkeit der Frachtabwicklung über Flughäfen ist begrenzt. Dies hat die Machtposition der Gewerkschaft ebenfalls gestärkt. So hat die MUA ein hohes Lohnniveau und viele Sozialleistungen für ihre Mitglieder herausgeholt und verfügt über Mitsprache- und Kontrollrechte, die den Unternehmern und der Regierung ein Dorn im Auge sind. Sie nutzt ihre starke Stellung auch für die Bildung und Schulung ihrer Mitglieder, was zur Erhaltung einer intakten Arbeiterkultur beigetragen hat.

Wenn Arbeitsminister Reith die Streikhäufigkeit in den Häfen als zehnmal so hoch wie in der übrigen australischen Wirtschaft bezeichnet, nennt er damit – ohne das zu sagen – die Zahlen aus den letzten Monaten, wo die Gewerkschaft durch systematische Provokationen zu Streiks getrieben worden ist. Gleichzeitig führt die eindeutige Parteinahme dieser Gewerkschaft für die Belange aller Arbeiter auch zu großer Solidarisierung in Australien selbst und in der Welt.

Auseinandersetzung einen Prozeß gegen die MUA wegen Behinderung ihrer Geschäftstätigkeit an und droht mit Stilllegung ihrer Anlagen in Newcastle. Und Mitte Mai tritt P & O mit Forderungen auf den Plan, 450 seiner 1300 Beschäftigten abzubauen. Die Stauergesellschaft will sich die Gelegenheit keinesfalls entgehen lassen, die Millionen-Abfindungssummen, die von der Regierung auszugeben geplant sind und die über eine Umlage der gesamten Hafenindustrie aufgebracht werden sollen, zur Rationalisierung zu nutzen.

### **Solidaritätsaktionen mit den Dockern in Australien selbst und durch die Internationale Transportarbeitergewerkschaft ITF**

Der Zentralverband der australischen Gewerkschaften ACTU und mehrere Einzelgewerkschaften verbreiten Aufrufe zur Unterstützung der Dockerfamilien, wodurch den Familien der Entlassenen ein Minimum von \$ 250<sup>7)</sup> pro Woche gesichert werden soll. Unabhängig davon haben Arbeiter der größten staatlichen Stauergesellschaft, SEA-LAND, beschlossen, den Entlassenen im Laufe von zehn Wochen \$ 60.000 zu spenden. Die ITF sagte eine Soforthilfe von \$ 25.000 zu.

Die Gewerkschaft der verarbeitenden Industrie erwägt trotz des gesetzlichen Verbots von Solidaritätsstreiks, ihre 180.000 Mitglieder zu landesweiten Sympathiestreiks aufzurufen, wenn Regierung und Unternehmer nicht einlenken und die Hafendarbeiter und ihre Familien zu vernichten versuchen.

Ebenso wichtig wie die Spenden ist aber der Einsatz der australischen Gewerkschafter vor den Hafentoren, wo sie die Mitglieder der MUA nach gerichtlichen Picketing-Verboten ablösen. Teile der Bevölkerung und der Öffentlichkeit beteiligen sich ebenfalls an den Streikposten. In Sydney hält der Bischof vor den versammelten Dockern und ihren Unterstüt-

zern eine Predigt, in der er offen die Regierung auffordert, die Auseinandersetzung mit den Arbeitern zu beenden.

Und auch in anderen Ländern wird der Aufruf der ITF aufgegriffen, die MUA-Arbeiter durch Spenden, Aktionen und Boykott von Streikbrecherarbeit zu unterstützen. Die ITF verbreitet die Namen der über 20 Streikbrecherschiffe und die Nachrichten über den Kampf der australischen Hafendarbeiter. Die Hafendarbeiter an der Westküste der USA<sup>8)</sup> entladen daraufhin keine von Streikbrechern beladenen Schiffe. In Japan und Indien gibt es Beschlüsse, Streikbrecher-Schiffe nicht abzufertigen. In Osaka wird ein Schiff über Stunden aufgehalten, ebenso in Neuguinea. Wegen der Boykottandrohungen werden Schiffe umdirigiert. Das Schiff »CGM Gauguin« zum Beispiel wird von Bombay nach Indonesien dirigiert, wo es unter Protesten entladen wird. Die dortigen Docker melden, daß das Schiff schlecht und nicht nach Sicherheitskriterien beladen wurde. Wo die Kraft zum Boykott nicht ausreicht, werden Schiffe mit Protesten empfangen oder Delegationen protestieren vor der australischen Botschaft gegen die Rolle der Regierung in diesem Arbeitskampf. Aus asiatischen Ländern, den USA, den Niederlanden und Mexiko kommen Spenden und Unterstützung. Eine besondere Rolle spielt die Boykottandrohung durch Hafendarbeiter in Südafrika, die die Unterstützung der australischen Docker gegen das Apartheid-Regime nicht vergessen haben.

### **Der 6-zu-1-Erfolg für die Docker vor Gericht – ein Pyrrhussieg?**

Gleichzeitig mit dem Ringen vor den Hafentoren wird die juristische Auseinandersetzung geführt: Die MUA kämpft um die sofortige Wiedereinstellung aller Docker. Im Gegenzug läßt PATRICK mit gerichtlichen Verfügungen gegen die Blockierung der Hafenanlagen vorgehen. Durch Schadens-

## **Das Workplace Relations Act (Arbeitsgesetz)**

**Das Workplace Relations Act hat das System der Arbeitsbeziehungen verändert. Sein Herzstück ist das neue Tarifvertragswesen, das unterschiedliche Arten zuläßt: Kollektivverträge mit Gewerkschaften oder Einzelverträge oder Haustarifverträge direkt mit Beschäftigten und informelle Vereinbarungen.**

Durch das neue Gesetz ist zum Beispiel ein Kollektivvertrag ohne Gewerkschaftsbeteiligung zustande gekommen, mit dem Rund-um-die-Uhr-Laufzeiten von Maschinen und die Auszahlung von Sonderurlaubsansprüchen zugelassen werden. Für die Beratung und Genehmigung von Einzelverträgen ist das Amt des Beschäftigungsanwaltes geschaffen worden, der solcher Verträge in allen Teilen Australiens und den verschiedensten Branchen schon genehmigt hat. Das neue Gesetz löst das alte (Mantel)-Tarifvertragssystem ab, in dem Löhne und eine Vielzahl von Arbeitsbedingungen geregelt waren. Es regelt nur noch Mindestlöhne und höchstens 20 Mindestbedingungen. Alle bestehenden Tarifverträge müssen sich innerhalb einer Übergangsfrist daran anpassen.

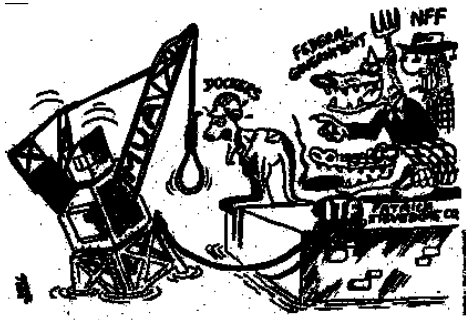
Die Position der Gewerkschaften wird damit geschwächt. Andere Vertretungsformen werden möglich, beispielsweise betriebsbezogene Interessenvertretungen. Die Rolle von Gewerkschaften wird damit abhängiger vom Wil-

len ihrer Mitglieder anstatt auf gesetzlicher Grundlage wie bisher. Bevorzugung von Gewerkschaftsmitgliedern ist ebenso abgeschafft wie die Benachteiligung von Nichtmitgliedern. »Closed shops« sind ungesetzlich. Jeder Versuch von Seiten einer Gewerkschaft, einen Unternehmer gegen den Sinn dieses Gesetzes unter Druck zu setzen, wird erhebliche Strafen nach sich ziehen.

Es wird eine Friedenspflicht vorgesehen, die Bestimmungen für Streiks eng ausgelegt. Eine Kommission ist berechtigt, gegen unrechtmäßige Streiks vorzugehen, bei Nichtbeachtung ist auch die Entziehung der Zulassung einer Gewerkschaft möglich. In diesem ersten Jahr hat es 236 Beschwerden von Unternehmern gegen unzulässige Arbeitskampfmaßnahmen gegeben. Folgende Einschränkungen gelten beim Streikrecht: Arbeitskämpfe dürfen nicht den inneren bzw. Überseehandel oder nationale Interessen berühren. Solidaritätsstreiks sind bei Androhung von Schadensersatz verboten. Arbeitgeber dürfen nicht mehr wie bisher Streikenden ihren Lohn bezahlen.

Die Streikhäufigkeit hat in diesem Jahr einen historischen Tiefstand erreicht. Die Zahl der Streiktage pro tausend Beschäftigte ist auf 62 heruntergegangen, die Anzahl der Arbeitskonflikte war 1996 am niedrigsten seit 1940.

Mit der Einschränkung von Kündigungsschutz ist die Zahl der Kündigungsschutzklagen um die Hälfte zurück-



ersatzforderungen will er sie finanziell ruinieren. PATRICK bemüht sich auch, mit dem Workplace Relations Act im Rücken, der MUA die Zulassung als Gewerkschaft entziehen zu lassen.

Im Bundesstaat Victoria werden die MUA-Docker per Gerichtsbeschluß gezwungen, die Streikposten zu verlassen – Mitglieder anderer Gewerkschaften und andere Bürger treten an ihre Stelle. Die Auseinandersetzung wird so verbissen geführt, daß sich das zuständige Gericht mit dieser Solidarität nicht abfindet, und allen Gewerkschaftern, Bürgern und Politikern des Bundesstaates den Aufenthalt bei den Hafenanlagen untersagt. Dieses Urteil führt zu einer massenhaften Solidarisierung mit den Dockern und zur Selbstbechtigung von Bürgern und Personen des öffentlichen Lebens als »Kriminelle«.

Diese Entwicklung in der Bevölkerung bleibt nicht ohne Folgen: Zwei Wochen nach der Massenentlassung erringt die MUA den ersten gerichtlichen Erfolg. In einer einstweiligen Verfügung erklärt Richter North die Entlassungen für illegal und ordnet die Wiedereinstellung der Entlassenen an. Gegenklagen zögern die Umsetzung des Richterspruches zunächst hinaus, weil sich der Unternehmer mit dem Scheitern seines Vorgehens gegenüber der Belegschaft nicht abfinden will. Für die entlassenen Docker ist es der erste entscheidende Sieg, der auch die Stimmung im Lande, das weitere Verhalten der Reeder, der Polizei usw. mit beeinflußt.

In der Hauptsache des Verfahrens geht es um die Klage der MUA, daß es sich um eine Verschwörung gehandelt hat, an der neben PATRICK auch der Farmerverband sowie Teile der Regierung beteiligt sind. Konkret soll belegt werden, daß hinter allem ein genau überlegter Plan bestand, die Konflikte im Hafen zu schüren, Gesetzesverstöße der Gewerkschaft und Streiks zu provozieren, gleichzeitig die Stimmung im Lande über die Medien gegen die Docker aufzubringen und die Entlassung und Ersetzung durch Streikbrecher militärisch exakt – und mit Hilfe von Militärs – vorzubereiten. Der Vorwurf richtet sich auch gegen ein Syndikat aus sieben Banken, die die PATRICK-Operationen absichern. Zur Verhandlung kommt es in diesem Verfahren nicht mehr.

### **Die Waffe der Zahlungsunfähigkeit der Personalüberlassungsgesellschaften**

PATRICK hat eine weitere Front gegen die Arbeiter eröffnet: die Zahlungsunfähigkeit der vier ausgegliederten Personalüberlassungsgesellschaften, die für die Docker zuständig sind. Erreicht hat das PATRICK durch den Abzug von Vermögenswerten durch die Muttergesellschaft Lang Corp. kurz vor der Entlassungsaktion. Damit sind zunächst die Lohnzahlung und die Zahlung von Abfindungen durch die PATRICK-Gesellschaften in Frage gestellt. Zwei Vergleichsverwalter

verwalten nun diese Firmen, arrangieren Verhandlungen mit den Gläubigern und stellen Bedingungen für die Wiedereinstellung der Beschäftigten bzw. für die Zahlung von Abfindungen auf: Es sollen zum Beispiel nur so viele Arbeiter wieder eingestellt werden, wie auch Arbeit da ist – und die Auftragslage für PATRICK hat durch die Auseinandersetzung gelitten. Da Patrick angeblich für Abfindungszahlungen kein Geld hat, Arbeitsminister Reith aber die Finanzierung von Abfindungen über eine Umlage der Hafenindustrie zugesagt hat und PATRICK bzw. den Vergleichsverwaltern über Banken zur Verfügung stellen wird, behält er sich auch vor, die Bedingungen für die Auszahlung zu stellen. Und diese hat er bereits in seiner Presseerklärung vom 5. Mai genannt: Es wird nur Abfindungen geben, wenn die von ihm formulierten Eckpunkte auf dem Weg zu konkurrenzfähigen Häfen erfüllt werden und auch nichtgewerkschaftliche Arbeiter Zugang zu den Häfen erhalten.

Die Drohung des Konkurses der vier Gesellschaften hängt wie ein Damoklesschwert über den Dockern, und PATRICK-Chef Corrigan setzt immer wieder nach mit Forderungen über neue Löhne und Arbeitsbedingungen. Angesichts der finanziellen Lage der PATRICK-Firmen ist die MUA bereit, zunächst ohne Lohnzahlung die Arbeit wieder aufzunehmen, bis wieder Geld da sein wird und appelliert an die Reeder, Patrick Aufträge zu erteilen, damit das Geschäft wieder anlaufen kann. Die MUA erklärt sich auch bereit, über eine Erhöhung der Produktivität zu verhandeln. Solche Gespräche hat es auch vor der Zuspitzung des Konflikts immer wieder gegeben, auch mit Minister Reith, der Gewerkschaft und Unternehmer zusammenholte. Die Angebote der MUA haben aber ihre politischen Gegner nicht befriedigt. Jetzt finden Verhandlungen unter den Bedingungen eines harten Kampfes statt.

Die Bestätigung der ersten Gerichtsentscheidung durch das Oberste Gericht hinsichtlich der Wiedereinstellung der Docker zeigt aber, daß es den Gegnern der Docker nicht gelingt, die Gerichte für ihre Strategie zu gewinnen. PATRICKS Anwälte geraten unter Druck, weil sie nicht erklären können, warum die Personalüberlassungsgesellschaften nicht zahlungsfähig sind, wenn PATRICK ihnen \$ 16 Mio. schuldet, die er dort herausgezogen hat und zurückzahlen mußte.

Auch die Verbannung der Öffentlichkeit von der Streikfront wird vom obersten Appellationsgericht als nicht rechtmäßig erklärt, nur der MUA bleibt das Blockieren der Hafentore untersagt.

Die Verschwörungsklage der MUA, die Ende Juni zur Verhandlung kommen sollte, ist durch die Beilegung des Konflikts durch Patrick und die MUA nun erledigt. Es war aber anzunehmen, daß dieser Prozeß für die Regierung sehr unangenehm geworden wäre. Immer neue Enthüllungen über die aktive Rolle der Regierung, besonders des Ministers Reith, beschäftigen die Öffentlichkeit. Im Parlament legt die Labor-Opposition Anfang Juni Material vor, das Reiths Mitwisserschaft belegt, und fordert Rechenschaft.

### **Zurück auf ihren Arbeitsplätzen – nun beginnt der »kalte Krieg«**

Am 5. Mai ist es nach vier Wochen schließlich soweit: Die entlassenen Arbeiter kehren nach der Bestätigung des früheren Richterspruchs durch das oberste Gericht an ihre Arbeitsplätze zurück. Allen ist bewußt: Die Auseinandersetzung ist damit nicht zu Ende. MUA-Generalsekretär Coombs kom-

7) Ein australischer Dollar entspricht etwa 1,17 DM.

8) Siehe Kasten dazu

mentiert: »Wir sind endlich wieder zurück an der Arbeit, aber es wird niemals mehr dasselbe wie vorher sein«. Die Beziehungen zwischen Unternehmern und ihren Verbündeten und den Arbeitern sind sozusagen in eine Phase des »kalten Krieges« eingetreten. Die Wiedereinstellung aller Arbeiter bedeutet nicht den Erhalt aller Arbeitsplätze. PATRICK-Chef Corrigan stellt Forderungen zum Personalabbau: Hafentarbeiter für die Anlagen will er behalten, Service- und Reparaturbereiche ausgliedern. Am 3. Juni meldet die Zeitung »The Age«: »Patricks Chef Corrigan droht damit, die gesamte Hafen-belegschaft durch wenige Computerbediener zu erset-

zen, indem er die Anlage auf vollautomatische Bedienung umstellt.« – »Das Urteil zur Wiedereinstellung der Docker war ein groß aufgezogenes Theater. Es gibt keine 1400 Jobs und wird sie nie wieder geben«, sagt Corrigan.

Auch wenn Gewerkschafter ihm Widersprüchlichkeit unterstellen – Corrigan hat gerade große Investitionen für neue Anlagen getätigt, die Hafentarbeiter zu ihrer Bedienung erfordern – zeigen die Drohungen, daß der Kampf letzten Endes nicht von den Gerichten entschieden wird, sondern von den Kräfteverhältnissen zwischen Unternehmer und Beschäftigten. Die Tatsache, daß PATRICK-Chef Corrigan und

---

## Die Hafentarbeiter der USA-Westküste solidarisch

Der australische Konflikt wurde sofort unter den gewerkschaftlich organisierten US-Hafentarbeitern bekanntgemacht. Der zweite Schritt war ein Boykottaufruf an die Hafentarbeiter- und andere Gewerkschaften in den USA, keine australischen Waren zu kaufen, um die Regierung und den Unternehmer unter Druck zu setzen. Schiffe, die durch Streikbrecher beladen wurden, wurden vor ihrer Ankunft ausfindig gemacht und nicht entladen.

Das erste an der Westküste ankommende Schiff war die »Columbus Canada« mit Rind- und Schaffleisch an Bord, das der Columbus Line gehört. Seit es in den frühen Morgenstunden des 9. Mai vor dem Hafen von Los Angeles auftauchte, hat die Reederei ohne Erfolg versucht, das Schiff in Häfen der Westküste entladen zu lassen. Weil es den Dockern verboten ist, Solidaritätsstreiks durchzuführen, versammeln sich immer wieder in den frühen Morgenstunden bis zu 1500 Menschen am Kai, die es den Dockern ermöglichen, nicht zum Arbeitsplatz zu kommen. Die deutsche Reederei hat juristische Schritte eingeleitet, um die Gewerkschaft für die Kosten und den Verlust haftbar zu machen. Pro Tag kostet der Boykott die Reederei 13.000 US-\$. Nach drei Wochen trifft sie schließlich ein Abkommen mit der Gewerkschaft, daß der Teil der Ladung, der aus Neuseeland kommt und nicht von Streikbrechern verladen wurde, gelöscht wird. Dann kehrt die »Columbus Canada« mit der restlichen Fracht zurück nach Australien oder Neuseeland. Von weiteren angekündigten Schiffen gibt es keine weiteren Informationen über Boykotts – sie kommen vermutlich gar nicht erst an der Westküste an.

Die Gewerkschaft setzt ihre Boykottmaßnahmen auch fort, nachdem ihre australischen Kollegen am 5. Mai wieder an ihre Arbeitsplätze zurückkehren. »Der Kampf ist für die Docker noch nicht beendet«.

Die Hafentarbeiter an der amerikanischen Westküste haben auch die Liverpooler Docker unterstützt, indem sie die »Neptun Jade« wochenlang übers Meer scheuchten, bis das Schiff schließlich irgendwo in Asien, vermutlich in Taiwan, seinen Namen änderte und entladen wurde. Die juristische Verfolgung der Unterstützer wurde erst vor kurzem beendet – bis auf den beteiligten ILWU-Funktionär, der weiterhin mit Schadensersatzforderungen konfrontiert wird.

Die Tradition dieser Gewerkschaft unterscheidet sich in mancher Hinsicht von allgemeinen Trends der amerikanischen Gewerkschaften. Sie hat sich seit den 30er Jahren über den Zweiten Weltkrieg hinweg ihre kämpferische Tradition bewahrt, hat sich der Kommunistenhetze in den 50er Jahren

offen widersetzt und sich ihre starke basisdemokratische Struktur und ihre eigene Arbeiterkultur bewahrt.

Zwar ging die technische Entwicklung auch an dieser Industrie nicht vorbei, und die Gewerkschaft war in den 60er Jahren gezwungen, Verträge zur Modernisierung der Häfen abzuschließen, die die Befugnisse der Unternehmer stärkten. Die Docker haben aber niemals aufgehört, um jeden Paragraphen des Vertrages die tägliche Auseinandersetzung in den Häfen zu führen. Weil diese Tradition auch an jüngere Kollegen weitergegeben wird, hat die ILWU sich bis heute eine starke Position erhalten. Sie setzt diese nicht nur in den Kämpfen um Lohn und Arbeitsbedingungen ein, sondern auch zugunsten allgemeiner gewerkschaftlicher Solidarität, jetzt auch zur Unterstützung der australischen Docker. ■

## Der Krieg in den australischen Häfen kommt nach Los Angeles

David Bacon, gewerkschaftsnaher Journalist an der US-Westküste, 11. Mai:

»Der Konflikt der Hafentarbeiter dort unten ist ein Flashpoint (Kristallisationspunkt) zwischen neoliberaler Politik, die in allen Ländern der Erde praktiziert wird und dem Widerstand, den diese Politik unten hervorruft. Ob liberal oder konservativ, weltweit verschreiben sich Regierungen der Politik von Privatisierung und Wiedereinführung von Gelegenheitsarbeit, wie sie jetzt in Australien verfolgt wird. Docker standen dabei an der Front – privatisierte Häfen sind zum universellen Testgebiet für die Abschaffung gesicherter Arbeitsplätze, gesicherter Löhne und für die Zerschlagung von Gewerkschaften geworden.

Docker in Liverpool waren in diesem Winter gezwungen, ihren mehr als zweijährigen Kampf zur Erhaltung ihrer Gewerkschaft zu beenden. Obwohl es die konservative Premierministerin Maggie Thatcher war, die vor Jahren mit der Zerschlagung der britischen Dockergewerkschaft begann, hat die folgende Labour Regierung von Tony Blair diese Politik nicht geändert.

In Australiens Nachbarland Neuseeland zerstörte eine liberale Regierung die Hafentarbeitergewerkschaft zu Beginn der 90er Jahre. In Mexiko wurde Veracruz privatisiert und die Gewerkschaft 1991 unter Androhung von Waffengewalt vernichtet, und die Belegschaften der anderen mexikanischen Häfen haben die Nachricht verstanden. Letztes Jahr verhinderten japanische Hafentarbeiter vorübergehend die Privatisierungspläne der Regierung, die von Vertretern von US-Reedereien auf der Suche nach günstigen Investitionsmöglichkeiten gefördert wurden. In Italien und Brasilien kämpfen Hafentarbeiter gegen ähnliche Versuche. ■

die MUA verhandeln, hindert beide Parteien nicht daran, ihre Prozesse fortzusetzen.

### **Patrick und die MUA einigen sich**

In der Nacht zum 16. Juni schließen Corrigan und der Generalsekretär der MUA nach wochenlangen Verhandlungen einen Vertrag, der den Konflikt schließlich beendet – nachdem die Gewerkschaftsmitglieder zunächst in Melbourne und dann in den anderen Häfen ihm in örtlichen Versammlungen zugestimmt haben.

Die wichtigsten Punkte der Vereinbarung sind:

- ◆ Die Gewerkschaft MUA behält das Monopol (»closed shop«) im Hafen. Patrick erhält aber mehr Einfluß auf Schichtpläne und Arbeitseinteilungen, die bisher gewerkschaftlich kontrolliert waren.
- ◆ Die Ausgliederung der vier Personalüberlassungsgesellschaften durch Umstrukturierung des Unternehmens vom vergangenen September wird rückgängig gemacht.
- ◆ Der Tarifvertrag bleibt unverändert in Kraft und ein Antrag an die Arbeitskommission zur Reduzierung von Überstundenzuschlägen wird zurückgezogen.
- ◆ Die Arbeiter erhalten ihren rückständigen Lohn seit dem 7. April, und eine Lohnsteigerung über 12 Prozent in drei Jahren wird vereinbart.
- ◆ Die Beschäftigten erhalten einen Lohn auf Basis der 35-Stunden-Woche einschließlich einem fünf Stunden Überstundenbestandteil. Das bedeutet erhebliche Lohnneinbußen für die Docker. Ab einer Kranleistung von 16 pro Stunde wird es einen Produktivitätsbonus geben. Bisher übliche Überstunden und Doppelschichten sollen verschwinden.
- ◆ Die Vereinbarung verpflichtet die Arbeiter auf ein Produktivitätsziel von 25 Kranbewegungen pro Stunde.
- ◆ Mehr als 620 Arbeitern wird ein freiwilliger Sozialplan angeboten, für den die Regierung \$ 80 Mio. zur Verfügung stellt.
- ◆ Der Betrieb arbeitet mit 687 Beschäftigten weiter. Weitere 200 Stellen im Werkschutz, Reinigung und Wartung und ähnlichen Bereichen werden an Firmen ausgegliedert, die Gewerkschafter einstellen. Über Sozialplan ausscheidende Docker können sich unter Beibehaltung der Abfindung um diese Stellen bewerben. Das bedeutet, daß insgesamt etwa 400 Arbeitsplätze wegfallen.<sup>9)</sup>
- ◆ Alle gerichtlichen Verfahren werden eingestellt. PATRICK übernimmt die Verfahrens- und Anwaltskosten der MUA.

### **Veränderungen im Hafen – aber die Gewerkschaft hat sich behauptet**

Die Gewerkschaft hat Zugeständnisse machen müssen, hinsichtlich Produktivitätssteigerung, Arbeitsplatzabbau und Abgabe von Kontrollrechten und beim Lohn. Die Bedenken von Kollegen beziehen sich vor allem auf die dünnere Besetzung auf den Kränen, die zu erhöhter Unfallgefahr und gesundheitlichen Belastungen führen werde. Trotzdem haben sich die Arbeiter mit großer Mehrheit für das Abkommen ausgesprochen.

Das eindeutig von PATRICK verfolgte Ziel, die Gewerkschaft entscheidend zu schwächen oder gar zu zerschlagen, ist mißlungen. PATRICK-Chef Corrigan hatte während der

9) Die MUA war schon vorher bereit, über den Abbau von 250 Arbeitsplätzen zu reden.

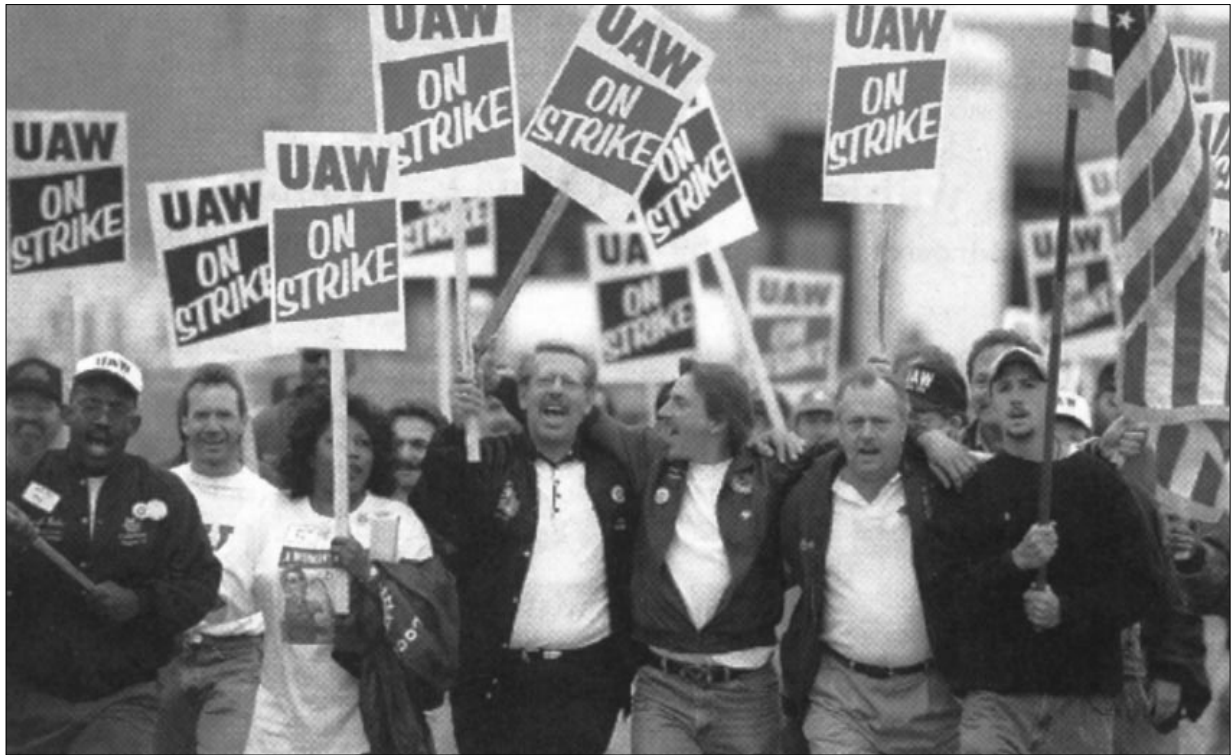
10) Siehe die Aussagen des gewerkschaftsnahen US-Journalisten David Bacons zum Arbeitskampf der australischen Docker.

Auseinandersetzung großspurig erklärt, er werde »auf dem Webb Dock eher Parkplätze anlegen lassen, als daß dort wieder MUA-Mitglieder arbeiten« würden. Jetzt bestreitet er, daß dies sein Ziel gewesen sei, er habe nur die Produktivität steigern und Personal abbauen wollen. Und weil die Brechung der Macht der MUA das erklärte Ziel der Regierung war, wird sie wegen ihrer aktiven Rolle in diesem »Krieg an der Waterkant« als Verlierer angesehen, denn das hat sie nicht erreicht. Arbeitsminister Reith versucht, die Mittel zu rechtfertigen, weil letztlich doch eine »Reform der Häfen« herausgekommen ist. Die Zeitung »The Age« vom 17. Juni rechnet vor, daß der Kampf letztlich zum Abbau von 200 Arbeitsplätzen mehr geführt hat als es unter anderen Bedingungen möglich gewesen wäre – denn über die Produktivität hätte auch ohne »Krieg« verhandelt werden können. Zu Verhandlungen über Produktivitätssteigerungen hatte sich die MUA immer wieder bereit erklärt.

In der Auseinandersetzung haben die MUA und die australische Gewerkschaftsbewegung bei allem erbitterten und emotionalen Widerstand auch taktisch gehandelt, indem sie angesichts der Brutalität des Arbeitskampfes sehr diszipliniert reagiert haben und der Regierung auch keinen Vorwand geliefert haben, die Gewerkschaftsgesetze zur finanziellen Ruinierung der Gewerkschaften einzusetzen. Die Gewerkschaften unterstützten die Docker zwar nicht nur mit Geld und bei den Blockaden und waren sie auch zu – verbotenen – Solidaritätsstreiks bereit. Es kam aber nicht zum Generalstreik. Darauf hatte die Regierung sicher spekuliert, um am Ende die Gewerkschaften ähnlich gründlich niederzuringeln zu können wie Margret Thatcher das in England gelungen ist. Weil sie den Mund zu voll genommen hat und wegen ihrer bekanntgewordenen Machenschaften ist die konservative Regierung vor den Arbeitern bloßgestellt. Es ist von vorgezogenen Neuwahlen die Rede.

Nachdem in anderen Ländern, zum Beispiel in Neuseeland und zuletzt in Liverpool, die Kämpfe verlorengegangen waren, blickten jetzt alle nach Australien.<sup>10)</sup> Die größte Unterstützung kam aus Häfen, die früher von den australischen Hafentarifarbeitern Hilfe erhalten hatten. Der »Krieg an der Waterkant« hat gezeigt, daß internationale Solidarität kein leeres Wort ist. Der PATRICK-Chef Corrigan wurde zu Verhandlungen gezwungen, weil ihm die Banken wegen der Millionenverluste auf den Füßen standen. Premierminister Howard sah sich gezwungen, bei der südafrikanischen, der amerikanischen und anderen Regierungen vorstellig zu werden, weil die internationale Solidarität der australischen Wirtschaft erhebliche Schäden zufügte. Immerhin waren Güter im Wert von \$ 500 Mio. bis zu vier Wochen blockiert gewesen. Und es ist ein Erfolg, daß die Streikbrecher am Ende mit leeren Händen dastehen. Von den Versprechungen einer dreijährigen Beschäftigung will PCS nun nichts mehr wissen und hat fast alle mit \$ 5000 und einer Woche Urlaub entlassen. Nun wollen einige gegen ihren Unternehmer klagen, vor dessen Karren sie sich haben spannen lassen. Zur Nachahmung regt dieser Ausgang nicht an.

Der Kampf der australischen Docker mit der Unterstützung der australischen Arbeiterbewegung und vieler Docker in den wichtigsten Partnerländern in Amerika und Asien hat gezeigt, daß das Zusammenrücken einer globalisierten Wirtschaft und die Möglichkeiten der Informationstechnologie nicht nützlich für die Unternehmer sind, sondern auch für Kämpfe der Arbeiterklasse brauchbar sind. 22. 8. 1998 ■



■ METALLARBEITERSTREIK IN USA

## Etappensieg der General-Motors-Arbeiter

### Ablauf des Streiks

Nach 54 Tagen ging am 28. Juli der längste Streik gegen General Motors seit drei Jahrzehnten zu Ende. Damals, 1970, hatte ein Streik 67 Tagen gedauert. Begonnen hatte er dieses Mal am 5. Juni. Zunächst streikten die 3400 Beschäftigten im General-Motors-Metallzentrum in Flint. Hier werden Karosserieteile wie Türen, Stoßfänger, Hauben gepreßt. Ihre Produkte werden vor allem in der Fertigung von leichten GM-Lkw in 16 weiteren Konzernbetriebsstätten gebraucht. Am 11.6.1998 folgten am selben Ort die 5800 Kollegen von Delphi-East. Sie produzieren Öl- und Luftfilter, Benzinpumpenteile sowie Tachometer, alles Produkte, die zum Teil in fast jedem GM-Fahrzeug Verwendung finden.

Insgesamt streikten in Flint also »nur« 9200 Kollegen. Faktisch stand aber der gesamte Konzern still: 192.900 GM-Arbeiter (von 237.000 in Gesamt-Nordamerika) wurden nach und nach ausgesperrt. 27 von 29 GM-Montage-Werken mußten die Produktion einstellen. Gleiches galt für mehr als hundert GM-Teilefertigungen. Weil General Motors nicht einfach Just-in-Time produziert, sondern sehr rigide die Produktion von Zulieferteilen auf einzelne Fertigungsstätten konzentriert hat, ist der Konzern für Ausfälle besonders anfällig. Faktisch kam 95 Prozent der General-Motors-Produktion zum Stillstand. Betroffen waren auch mehrere Dutzend Zulieferbetriebe. 545.000 potentiell zu verkaufende Autos konnten nicht gefertigt werden.

Schon im Vorfeld des eigentlichen Streiks war die Stimmung richtig aufgeheizt worden, weil die Werksleitung am Memorial Day, dem 30. Mai (an diesem Tag wird der Opfer des US-Bürgerkrieges gedacht), aus dem Metallzentrum in Flint wichtige Preßformen abgezogen hatte und so von sich aus so einen großen Teil der Produktion dichtgemacht hatte. Es handelte sich um diejenigen für einen neuen Pickup, von dem der Konzern einen Absatz von 800.000 Stück innerhalb

des nächsten Jahres prognostiziert. Gewinnerwartung: Circa 4 Mrd. Dollar. Also ein Renner. Betriebswirtschaftlich hatte dieser Schritt der Auslagerung also durchaus einen Sinn, denn so sollte ein lukratives Produkt vor einem eventuellen Streik geschützt werden. Nur war dadurch die Atmosphäre endgültig vergiftet. Die Gewerkschaftsspitze wies von Anfang an darauf hin, die Beziehungen zwischen Gewerkschaft und Konzernführung seien bei General Motors wesentlich schlechter als bei Chrysler und Ford. Seit 1990 hat es bei GM 22 kleinere Streiks gegeben, bei Chrysler und Ford keinen einzigen. Für die Kollegen war durch diesen Schritt völlig klar, die Konzernleitung macht mit uns, was sie will, und deswegen muß ihr endlich mal die Grenze aufgezeigt werden.

Allein seit dem Frühjahr letzten Jahres war dies der siebente kurzzeitige Streik bei General Motors. Offiziell richteten sich die Forderungen der Kollegen gegen das erhöhte Arbeitstempo, gegen die Versuche der Konzernleitung, Arbeitsplätze auszulagern und gegen die Verletzungen von circa 800 Sicherheits- und Gesundheitsstandards. Arbeitsunfälle und Herzanfälle hatten in der letzten Zeit stark zugenommen. Insbesondere die Verarbeitung von gesundheitsschädigenden Chemikalien sowie abnormer Lärm wurde kritisiert. Zum Problem wurden diese Bedingungen nicht zuletzt wegen der Gültigkeit des sogenannten »Senioritätsprinzips«. Wenn auch in den letzten Jahren deutlich aufgeweicht, gilt in den USA immer noch das Prinzip, daß zuerst ganz strikt diejenigen gefeuert werden müssen, die erst seit kurzem im Betrieb sind und im Falle eines Falles diejenigen wiederingestellt werden müssen, die von ehemals eine lange Betriebsdauer nachweisen können. Das führt natürlich zu einer vergleichsweise hohen Betriebszugehörigkeitsdauer. Hinzukommt eine Konzernstrategie, möglichst wenige neue Arbeiter einzustellen und dafür Arbeiten an Fremdfirmen zu vergeben. Zudem klammern sich viele Familienväter an die gutbezahlten GM-Jobs, weil nämlich ihre Söhne und Töchter häufig auf die nicht wenigen in den letzten Jahren ansonsten geschaffenen Billigjobs angewiesen

sind: So können sie das Niveau des Familieneinkommen wenigstens halbwegs halten: Im Ergebnis all dieser Momente liegt deshalb das Durchschnittsalter im Flint-Metallzentrum bei 50 Jahren. Gleichzeitig werden diesen »alten« Kollegen immer höhere Leistungen abverlangt. Zwangsläufig resultieren daraus Konflikte.

Es ging jetzt zentral um die Interpretation eines Produktivitätsabkommens aus dem Jahre 1995. Aus Sicht der Belegschaftsvertreter bedeutete dies, die Kollegen im eigentlichen Preßwerk könnten, sobald sie ihr Akkordsoll erfüllt haben, nach Hause gehen – ohne daß automatisch die Akkorde in die Höhe gingen. Oder sie können die Restzeit zusätzlich bezahlt bekommen. Das Durchschnittseinkommen der Arbeiter im Flint-Metallzentrum betrug jährlich 68.000 Dollar – selbst für US-Verhältnisse ein sehr hohes Einkommen. Das entspricht einem Monatslohn von 5700 Dollar; im übrigen Konzern liegt er durchschnittlich bei rund 5000 Dollar. Die Konzernleitung beklagte, faktisch führe diese Interpretation der Vereinbarung dazu, daß ihre teuren Maschinen oft genug unnütz herumständen, denn im Durchschnitt bräuchten die Arbeiter nur viereinhalb Stunden, um den Tagessoll zu erfüllen. Von der Gewerkschaft wurde umgekehrt der Konzernleitung vorgeworfen, sie hätten ihr Versprechen, 300 Mio. Dollar zu investieren, um die Arbeitsplätze zu erhalten, nicht erfüllt. Aus Sicht der Konzernleitung waren diese Investitionen jedoch an die Bereitschaft der Gewerkschaft gebunden, flexiblere Arbeitsbedingungen zu tolerieren. Die Konzernleitung warf der Gewerkschaft vor, eigentlich ginge es ihr in Wirklichkeit um einen Kampf gegen die Auswirkungen der Globalisierung. Die Gewerkschaftsfunktionäre wiesen in ihren Reden immer daraufhin, der Konzern fahre eine Strategie »Amerika zuletzt«. Im Zuge der Globalisierung verlagere der Konzern zunehmend Arbeitsplätze nach China, Thailand und vor allem nach Mexiko. Allein innerhalb des nächsten Jahrzehnts soll in diesen NAFTA-Partnerland die GM-Produktion verdoppelt werden. Zur Zeit werden gut 75 Prozent aller GM-Fahrzeuge in den USA gefertigt, im Jahre 2002 sollen es nur noch 50 Prozent sein. In den nächsten Jahren könnten allein in Flint 11.000 Arbeitsplätze verloren gehen, davon 2500 bei Delphi-East. Ende der 70er Jahre waren in dieser Region noch 90.000 Kollegen bei General Motors beschäftigt, inzwischen sind es nur noch 30.000.

Die Gewerkschaft weigerte sich jedoch, diese Kritik in den Mittelpunkt zu stellen, denn gemäß dem 95-er-Vertrag wäre das eine »nationale Angelegenheit« gewesen, die Gewerkschaft durfte aber nur wegen »lokaler Gründe« streiken. Alles andere hätte sie schadenersatzpflichtig gemacht. Von vornherein zielte die Gewerkschaftsstrategie also nicht darauf, die Rationalisierungsstrategie des Konzerns als solche in Frage zu stellen, sondern nur darum, daß die Interessen der Kollegen nicht ausreichend berücksichtigt seien. Nicht der Klassenkampf stand im Mittelpunkt, sondern die Art der Sozialpartnerschaft. Den Rationalisierungsabbau akzeptierten sie, es ging nur um die Art und Weise. Mit solch einer Strategie stand die Gewerkschaftsführung freilich nicht im Gegensatz zu der Mehrheit der Kollegen, denn diese akzeptierte solch eine Vorgabe.

Der Konzern sorgte freilich dafür, daß ihnen solche sozialpartnerschaftlichen Illusionen schwerfallen sollten. Er verschärfte den Konflikt immer weiter: Am 23. Juni strich die Konzernspitze 50 Prozent aller »nicht-wesentlichen«

Kosten. Anfang Juli wurde allen Streikenden die Krankenkassenunterstützung entzogen. Ebenfalls zu dieser Zeit stellte der Konzern die Forderung auf, falls die Gewerkschaft ein Abkommen in Flint wolle, müsse sie in absehbarer Zeit auf jedweden lokalen Streik verzichten. Mitte Juli verklagte der Konzern die Gewerkschaft dann auf Schadensersatz. Die bis dahin aufgelaufenen Verluste wurden bereits auf 1,2 Mrd. Dollar beziffert. Hätte die Automobilarbeitergewerkschaft das bezahlen müssen, hätte dieses das »Aus« der Gewerkschaft bedeutet.

Da die Kollegen sich durch diese Einschüchterungsmaßnahmen offensichtlich nicht beeindruckt ließen, mußte General Motors am Ende dann doch einlenken.

### **Probleme des General-Motors-Konzerns**

Der Streik kostete General Motors mehr als 2,85 Mrd. Dollar (fast fünf Mrd. DM). Also etliches mehr als die 900 Mio. Dollar, welche der Konzern im März 1996 abschreiben mußte, als ein 17tägiger Ausstand in Dayton, Ohio, den Konzern landesweit lähmte. Diese Kosten als solche kann der Konzern verkraften: Bereits in diesem Jahr dürfte GM bis zu 75 Prozent der Streikkosten durch Überstunden und Zuschichten wieder einfahren und auch das US-amerikanische Bruttosozialprodukt dürfte infolge des Streiks höchstensfalls um weniger als 0,5 Prozent geringer ausfallen als bisher prognostiziert. Der eigentliche Minuspunkt aus Sicht der Konzernchefs ist der Rückschlag ihrer Rationalisierungsstrategie.

Zwar hatte der General-Motors-Konzern im letzten Jahr einen Profit in Höhe von 6,7 Mrd. Dollar eingefahren. Davon resultierten 2,3 Mrd. allein aus dem US-Geschäft. Aber bezogen auf die Gesamtinvestitionen betrug die Rendite nur 3,9 Prozent. Die Konzernleitung strebt jedoch eine Erhöhung auf mindestens fünf Prozent an. Der Marktanteil von GM am US-Markt lag zuletzt bei 31,1 Prozent. Anfang der 90er betrug er noch gut 35 Prozent. In den 60er Jahren kam der Konzern sogar noch auf 50 Prozent. Zu Beginn dieses Jahres lag der Marktanteil bei dem historischen Tief von 29,5 Prozent. Nur eine aggressive Marktkampagne hatte den Anteil wieder erhöht. Ford hält zwar auch nur 24,5 Prozent des Marktes, braucht dafür jedoch weniger als die Hälfte der GM-Beschäftigten.

General Motors sieht sich einer Reihe von profitmindernden Problemen gegeben: Der Konzern produziert zu viele verschiedenartige Modelle. Die Firmen sind zu alt. Die Produktion ist ineffizient. Während Ford und Chrysler bereits in den 80er Jahren mit der entschiedeneren Durchrationalisierung begannen, fiel bei General Motors diese Entscheidung erst Ende des letzten Jahrzehnts. Vorher waren über zwanzig Jahre hinweg zwar eine Menge von Arbeitsplätze abgebaut worden, aber eben langsam, nach und nach. Erst in den letzten Jahren wurde das Abbautempo radikal angezogen: Seit 1992 wurden 27 Betriebsstätten dichtgemacht und 80.000 Leute gefeuert. Inzwischen braucht General Motors im Durchschnitt verglichen mit 1992 25 Prozent weniger Arbeiter, um ein Auto zu bauen. Aber in Relation zu den Profiterwartungen hinkt der Konzern eben immer noch hinterher.

Die Probleme der General-Motors-Konzerns verdeutlichen folgende Zahlen: Für Komponenten wie Stoßstangen, Türen oder Kofferhauben brauchen die GM-Arbeiter 5,46 Stunden, Ford 3,42 Stunden, Chrysler sogar nur 2,96 Stunden. Bei einer jährlichen durchgeführten Vergleichsuntersu-

chung in 36 Betriebsstätten verschiedener Automobilhersteller in Mexiko, Kanada und den USA landete im letzten Jahr das Metallzentrum auf dem 31. Platz. Einschließlich der vorhergehenden Teilefertigung wurden im letzten Jahr bei General Motors 46,5 Arbeitsstunden pro Fahrzeug gebraucht, bei Ford 34,7 Stunden und in den US-Werken von Toyota 31,8. Die Arbeitskosten pro Fahrzeug machen bei GM 2765 Dollar, bei Ford 2322 Dollar, bei Chrysler 2167 Dollar und bei Toyota-USA sogar nur 1368 Dollar aus. Zwar machen die Lohnkosten nur fünf Prozent des Gesamtbudget aus, aber eine Senkung von 25 Prozent der Arbeitskosten (wie bei den neuesten Modellen) macht bei rund 250.000 Beschäftigten dann doch ein hübsches Sümmchen aus. Die gesamten Fertigungskosten sind bei GM um 15 Prozent höher als bei Ford. Verantwortlich dafür ist – neben den Arbeitskosten – die hohe konzerneigene Fertigungstiefe: General Motors erzeugt 70 Prozent seiner Teile selbst, Ford nur 42 Prozent und Chrysler sogar nur 35 Prozent.

Es liegt nicht nur an der niedrigeren Produktivität, wenn General Motors Probleme hat: In den USA ist der lukrativste Automobilmarkt der Lkw-Sektor: Die Produktpalette von Ford und Chrysler besteht zu 60 Prozent aus Lastkraftwagen. Bei GM sind es nur 45 Prozent. Hinzukommt: 27 Automodelle von General Motors müßten – weil sie nicht mehr marktgängig sind – eigentlich ausgesondert werden. Und dann braucht General Motors von der ersten Zeichnung bis zum fertigen Produkt drei volle Jahre, Chrysler nur zwei.

Schon vor dem Streik war im zweiten Quartal der GM-Gewinn um 81 Prozent von 2,1 Mrd. Dollar auf 389 Mio. gesunken. Das operative Einkommen bei Ford hingegen stieg um sieben Prozent und bei Chrysler um neun Prozent. Der Gewinn pro Fahrzeug liegt bei GM im Durchschnitt bei 850 Dollar, bei Ford kommt man auf 1520 Dollar.

GM plant, in der nächsten Zeit ein Fünftel der konzern-eigenen Teilefertigung abzustößeln. Mindestens zwei weitere Montagewerke sollen dichtgemacht werden. Um zumindest das gleiche Profitniveau wie Ford zu erreichen, müßten auf jeden Fall in den nächsten Jahren 38.000 Arbeitsplätze abgebaut werden. Wollte der Konzern mit der profitabelsten Firma auf dem US-Markt gleichziehen, Nissan in Smyrna/Tennessee, müßten 54.915 Arbeitsplätze geschleift werden. Hartnäckig halten sich deshalb die Gerüchte, der Konzern werde mindestens 20 Prozent der Beschäftigten entlassen, was ungefähr 50.000 Arbeitsplätze ausmache.

### **Streikvorbereitung der Kollegen**

Angesichts des daraus resultierenden Rationalisierungstempos hatten die Kollegen also guten Grund, sich zu wehren. Ihr Handikap war die Gewerkschaftsstrategie, die eben 1995 einen nationalen Vertrag abschließen ließ, in dem sie sich auf einen sozialpartnerschaftlichen Abbaukurs verpflichtet hatten. Deswegen mußte der Schwerpunkt der Auseinandersetzung zwangsläufig ein lokaler sein. Aber die Notwendigkeit eines Streiks war selbst für kompromißlerische Gewerkschaftsfunktionäre unabweislich. Deshalb bereiteten sich viele Kollegen schon seit einiger Zeit auf den Streik vor.

Während des Streiks erhöhte die Gewerkschaft fortwährend den Druck, indem in einer Reihe von GM-Betrieben formale Streikbeschlüsse in die Wege geleitet wurden. Zum



Paukenschlag wurde der Streikbeschuß im Saturn-Werk. 1990 hatte GM das Saturn-Werk im tiefsten Süden, in Spring Hill/Tennessee eröffnet. Dieses Werk galt immer als Paradebeispiel für Sozialpartnerschaft im GM-Konzern. In diesem Werk wird ein Kleinwagen nach japanischen Bedingungen gefertigt. Das heißt unter anderem, die Gewerkschaft hat besonders wenige Rechte. Dafür sind die Arbeiter in die betrieblichen Entscheidungsprozesse besonders stark eingebunden. Daß ausgerechnet auch diese Arbeiter sich gegen die Konzernleitung entschieden, setzte ein Zeichen.

Selbst wenn dann nur wenige Kollegen aktiv streiken müßten – weil die Mehrheit ausgesperrt wurde – ihre Aktionen hatten offensichtlich die Sympathie der Mehrheit der Konzernbeschäftigten sowie großer Teile der US-Bevölkerung. Pro Monat erhielten die streikenden Kollegen nur 600 Dollar Streikunterstützung – statt der rund 5700 Dollar, die sie ansonsten im Monat verdienen. Das Streikgeld liegt unter dem Satz für den staatlichen Mindestlohn. Die Kollegen in den anderen Betrieben erhielten während der Ausfallzeit bestenfalls Arbeitslosengeld, welches selbstredend ebenfalls wesentlich niedriger als ihr üblicher Lohn ist. Die Einbußen waren also beträchtlich: In bestimmten Bundesstaaten, wie zum Beispiel Ohio, wird zudem Arbeitslosengeld dann nicht gezahlt, wenn der Arbeitsausfall streikbedingt ist. In Doraville, Georgia, verloren die Kollegen bis zu 7000 Dollar in der gesamten Ausfallzeit. In Decatur, Alabama, sah sich die Gewerkschaft gezwungen, den ausgesperrten Streikunterstützung zu zahlen, weil es überhaupt kein Arbeitslosengeld gab. Insgesamt dürfte der Lohnausfall circa eine Mrd. Dollar ausgemacht haben. Nirgendwo führten diese Einkommensverluste allerdings zu Unmut – was für die solidarische Stimmung spricht. Symptomatisch war eine Demo in der vorletzten Juliwoche in Flint, zu der sich 100.000 Demonstranten aus General-Motors-Werken vom ganzen Kontinent zusammenfanden.

### **Ende des Streiks**

Das Ende des Streiks kündigte sich am 26. Juli an, als der Konzern auf zwölf Tiefladern einige der ausgelagerten Preßformen aus dem Preßwerk in Mansfield, Ohio, nach Flint zurückbrachte. Da der heimliche Abtransport Ende Mai von den Kollegen als Kriegserklärung aufgefaßt worden war, sahen sie jetzt darin ein Zeichen, GM wäre bereit nachzuge-

ben. Zudem erklärte sich GM am 27. Juli bereit, wieder für die Gesundheitsfürsorge der streikenden GM-Arbeiter aufzukommen. Dies wurde als zweites Zeichen für eine Entspannung der Situation gewertet. Es wurde offensichtlich, daß es dem Konzern nur noch darum ging, die Produktion wieder aufzunehmen, nicht aber mehr, durch das Durchdrücken einer entsprechenden Regelung kurzfristig die Produktivitätsprobleme des Konzerns lösen zu wollen. Entsprechend fiel das Streikergebnis eher zugunsten der streikenden Kollegen aus:

Ohne Frage hat der Vertrag jedoch seine Pferdefüße. So verpflichtete sich die Gewerkschaft, in den drei Betriebsteilen, deren Erhalt für die nächsten zwei Jahre garantiert ist, in diesem Zeitraum dort nicht zu streiken. Damit hat sich der Konzern in den konfliktträchtigsten Betriebsteilen Ruhe bis über den Herbst 1999 hinaus erkaufte, wo über das nationale Abkommen neuverhandelt wird. Andererseits muß man jedoch immerhin als Pluspunkt werten, daß dieses »Streikverbot« eben nur für wenige Betriebe gilt. Die zentrale Forderung des Konzerns, ein Abschluß in Flint setze ein Streikverbot in allen GM-Fabriken voraus, konnte dieser nicht durchsetzen. Aus Sicht der Kollegen, die sich nachhaltig für Arbeiterinteressen einsetzen, ist es ein weiterer Minuspunkt, wenn Konzernleitung und die UAW jetzt die Schaffung einer Konfliktkommission vereinbarten, um in Zukunft zu Einigungen ohne Streiks zu kommen. Denn das stärkt den sozialpartnerschaftlichen Kurs, den die Gewerkschaftsführung nur allzu gern durchsetzte. Zu den Minuspunkten gehören auch die produktivitätssteigernde Maßnahmen, die für das Metallzentrum vereinbart wurden. Es werden zum Beispiel die

Akkorde erhöht. Die Gewerkschaftsführung hat eine Produktivitätssteigerung von zehn bis 15 Prozent in vier Schritten bis März 1999 garantiert. Da im Durchschnitt bisher nur 55 Prozent der täglichen Arbeitszeit zu Erfüllung des Solls benötigt wurden, bleibt jedoch noch Luft. Ein weiterer Minuspunkt: Einige der Ende Mai heimlich ausgelagerten Preßformen bleiben in dem Preßwerk in Ohio, weil der Konzern hofft, so beschleunigt den Rückstand wieder aufholen zu können.

Alles in allem hätte der Konzern solche Ergebnisse jedoch auch ohne Streik schon zwei Monate vorher haben können. Die zentrale Forderungen der Konzernleitung sind nämlich nicht erfüllt worden: In Flint bleibt die bisherige Regelung, wonach die Kollegen im eigentlichen Preßwerk nach Hause gehen dürfen, sobald sie den Tagesakkord erfüllt haben, bestehen. Zudem mußte die Konzernleitung jetzt die umgehende Umsetzung des ursprünglichen 300-Mio.-Investitionsprogrammes für das Flint-Metallzentrum zusagen, sprich, in näherer Zukunft werden 180 Mio. Dollar investiert. Auch in einem weiteren Konfliktpunkt haben die Streikenden einen Teilsieg errungen: Die Teilefertigung von Delphi-East in Flint wird nicht vor dem Dezember 1999 und die zwei Bremsenfertigungen dieser Konzerntochter in Dayton, Ohio, werden nicht vor dem Januar 2000 verkauft. In Delphi-East werden statt der vorgesehenen 700 nur 239 Arbeitsplätze an Fremdfirmen vergeben. Zudem läßt der Konzern seine Klage auf Schadensersatz gegen die Gewerkschaft fallen.

Darüber hinaus akzeptierte er eine Sonderzahlung für alle GM-Beschäftigten in Höhe von insgesamt mehr als 140 Mio. Dollar als Ausgleich für entgangenen Urlaub bzw. für Frei-

## Traditionen der Automobilarbeitergewerkschaft

**Die Atmosphäre des Streiks ist nicht zu verstehen, wenn man sich nicht vergegenwärtigt, daß Flint nicht nur die Wiege von General Motors, sondern auch die der »Vereinigten-Automobilarbeiter-Gewerkschaft« (UAW) ist, die zur Zeit noch 750.000 Mitglieder hat. 1970 waren es freilich noch 1,5 Mio. gewesen. Der Streik in Flint wurde nicht nur als Streik einige weniger sehr-gut-bezahlter »Arbeiteraristokraten« aufgefaßt, sondern für die US-Arbeiterschaft war klar, daß hier stellvertretend für die gesamte Arbeiterschaft ein Kampf gegen das radikale Rationalisierungstempo der letzten Jahre geführt wurde.**

Das ist in Flint quasi schon traditionell so: Wie geschichts-trächtig der Kampfboden in Flint ist, wurde nicht zuletzt an der Person des Richters, der Mitte Juli darüber entscheiden mußte, ob die beiden Konfliktparteien sich vor einem Zwangsschlichter einzufinden hätte, beispielhaft deutlich. Sein Name ist Paul Gadola Junior. Eingesetzt worden war er noch von der rechtsreaktionären Reagan-Administration. Er gehört zur Führungsspitze der Republikaner in diesem Bundesstaat. Sein Vater, Paul Gadola Senior, hatte Mitte der 30er Jahre gegen die Gewerkschaft bei General Motors eine Entscheidung gefällt, die Eingang in die Geschichte der Arbeiterbewegung fand. Gadola Senior galt als Sympathisant der italienischen Faschisten: Unter anderem organisierte er eine Geldsammung zur Unterstützung der Invasion in Äthiopien. Im Winter 1936/37 mußte er ein Urteil während des berühmten Flint-Streiks fällen. Diese Auseinandersetzung wurde fak-

tisch zur Geburtsstunde der Automobilarbeitergewerkschaft in der seither gültigen Form. Die Arbeiter hatten damals nicht »einfach nur« gestreikt, sondern einen Sitzstreik im Werk organisiert, faktisch es also 44 Tage lang besetzt. Gadola Senior urteilte damals, dieser Sitzstreik sei illegal. Die Streikenden mußten das Werk räumen. Zur Durchsetzung des Befehls ordnete er den Einsatz der Polizei an. Weil der Administration Anschläge auf die Familie des Richters fürchtete, mußten seine Kinder, unter anderem Paul Gadola Junior, unter Polizeischutz zur Schule gehen.

Da damals kurz zuvor mit Frank Murphy ein vergleichsweise »linker« Kandidat zum Gouverneur in Michigan gewählt worden war, paßte die militärische Niederschlagung eines Streiks nicht in die politische Landschaft des New Deals unter Roosevelt und der weitverbreiteten Sympathien für die republikanische Seite im spanischen Bürgerkrieg. Zwar griff die lokale Polizei am 11. Januar 1937 mit Tränengas das Werk an, sie wurde jedoch von den Arbeitern abgewehrt. Und dann setzte der neue Gouverneur die Nationalgarde als Puffer ein. Der politische Druck führte dazu, daß der Konzern mit den Gewerkschaften verhandelte und sie letztlich dauerhaft als Verhandlungspartner akzeptierte.

1998 legte Gadola Junior eine Zwangsschlichtung fest: Da der Schlichter, ein Rechtsanwalt aus Kalifornien, hätte entscheiden können, die Gewerkschaft hätte tatsächlich mehrere Milliarden Dollar Schadensersatz an General Motors leisten müssen, stand die Gewerkschaft damit unter enormen Druck. ■

schichten am Nationalfeiertag, dem 4. Juni, sowie für weitere vier Tage.

Im Metallzentrum stimmten 90 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder für das Abkommen, in Delphi-East waren es lediglich 76 Prozent. Die Sorge, spätestens in zwei Jahren »abgebaut« zu werden, schlug hier durch. Zwar hatte es im Verlauf des Streiks immer wieder einzelne Stimmen gegeben, die den sozialpartnerschaftlichen Kurs der Gewerkschaftsführung kritisierten. Aus der Sicht von klassenbewußten Kollegen wäre es notwendig, in der Zukunft einer solchen Kritik eine breitere Basis zu verschaffen. Die Basis dafür ist nicht schlecht: Im Unterschied zum Teamsters-Streik im letzten Jahr, wo die Gewerkschaft bei UPS einen aktiven Streik geführt und ihn langfristig vorbereitet haben, gab es bei General Motors keine wirklich aktive Streikführung der offiziellen Gewerkschaftsführung – die UAW-Führung wurde durch die lokale Auseinandersetzung in die Konfrontation mit GM gezwungen. So ähnlich, wie wir das von unserer IGM kennen, war die Führung am Ende froh, als das ganze vorbei war. Die Auseinandersetzung kann man recht gut mit den Aktionen zum Erhalt der Lohnfortzahlung in der BRD im letzten und vorletzten Jahr vergleichen, als die Führung auch von der Mobilisierungsbereitschaft der Kollegen überrascht war. Das Ergebnis heißt nun vor allem, daß die langjährige, von oben immer wieder propagierte Kooperation zwischen Gewerkschaft und Management bei GM in Scherben liegt. Wichtig für die politische Bewertung ist es freilich, daß die Rolle der in den Gewerkschaften als oppositionelle Tendenz auftretende »New-Directions-Gruppierung« und anderer Basisgruppen in diesem Streik gering war.

Unter den New-Directions-Leuten gibt sogar starke Tendenzen, solche Streiks, von denen es in der Vergangenheit ja schon einige gab, nicht mehr ernst zu nehmen. Ihr Argument: Das ganze bewegt sich sowieso auf der Verliererstraße, so lange die UAW-Führung nicht offen die Kooperation mit GM aufkündigt. Die hohen Zustimmungszahlen zum Tarifabschluß signalisieren jedoch, daß das Verhandlungsergebnis unter den Kollegen eine große Zustimmung findet.

Lange Zeit war die US-Arbeiterschaft immer nur in der Defensive. Der Organisationsgrad fiel von mageren 24 Prozent 1973 auf nur noch 14 Prozent im letzten Jahr. Gab es 1974 wenigstens noch 424 Streiks mit jeweils mehr als tausend Beschäftigten, waren es im letzten Jahr gerade noch 29. Nach dem Streik bei UPS und dem Erfolg des Gastronomiepersonals in Las Vegas ist der General-Motors-Streik nun der dritte große Streik, mit dem die US-amerikanische Arbeiterklasse sich langsam wieder erfolgreich gegen die Unternehmensangriffe zur Wehr setzen. Deshalb kommt es nicht einmal so sehr auf den materiellen Erfolg an. Wichtiger bleibt: Im Bewußtsein der Kollegen bleibt die Erinnerung: Wir haben uns gewehrt und es hat sich gezeigt, man kann sich erfolgreich wehren. Die Basismobilisierung in diesem Streik (vor allem in den beiden Werken in Flint) ist politisch sehr hoch zu bewerten, auch wenn es nach außen keine kritischen Parolen und Forderungen für eine Kursänderung in der Gewerkschaft gab. Die Kollegen bei General Motors haben einen Pflock gesetzt, deutlich gemacht, daß sie nicht mehr bereit sind, die Folgen der Globalisierung tatenlos hinzunehmen. Das ist nicht zuletzt deshalb gerade jetzt so wichtig, weil die Auswirkungen der Asienkrise in den USA deutlicher als in Europa zu spüren sind. Charakteristisch für die

Perspektive ist es, daß General Motors sich entschlossen hat, ein Kaufangebot für den bankrotten KIA-Konzern in Südkorea abzugeben, der sich zum Teil bereits in den Händen des Ford-Konzerns befindet. Im Raum steht auch eine engere Kooperation mit BMW.

Freilich muß man auch sehen, wie in den acht anderen Streiks der letzten zwei Jahre bei General Motors steht am Ende nicht ein Abkommen, welches den weiteren Arbeitsplatzabbau wirklich verhindert. Sondern es geht im wesentlichen nur darum, daß der Abbau sozialverträglich erfolgt und die Gewerkschaft mit am Tisch sitzt. Das müssen klassenbewußte Kollegen kritisieren, aber die hohe Zustimmung zu dem Abschluß zeigt eben auch, die überwiegende Mehrheit der Kollegen trägt einen weitergehenden Kampf zur Zeit noch nicht mit. Der Abschluß kann nur als kurzfristiger Etappensieg gewertet werden. Der entscheidende Kampf wird im Herbst nächsten Jahres ausgefochten werden, wenn das zentrale Abkommen zwischen General Motors und der Gewerkschaft über den weiteren Weg ausgehandelt wird. Welchen Weg der Konzern beschreiten will, hat er noch einmal unmittelbar nach dem jetzigen Streikende deutlich gemacht: Er beschloß, die Konzerntochter Delphi, zu dem eben auch Delphi-East gehört, als eigenständigen Konzern auszugliedern, so daß die dazu gehörenden Werkteile leichter verkauft werden können und Konflikte nicht mehr so unmittelbar und direkt auf den gesamten Konzern durchschlagen. Der Kampf ist also bei weitem noch nicht zu Ende, aber für die Moral auf Seiten der Arbeiter ist es ein Pluspunkt, daß der Konzern sich dieses Mal nur sehr bedingt hat durchsetzen können.

6. 9. 1998 ■

■ LUDWIG WATZAL: FRIEDENSFEINDE

## Ein Zeitzeugnis für die Politik des Imperialismus im Nahen Osten

Der folgende Diskussionsbeitrag ist keine ausführliche Buchbesprechung im eigentlichen Sinne; vielmehr werden im Folgenden Probleme und Fragen aufgegriffen, die in diesem Buch behandelt werden. Gleichzeitig wird damit die kontroverse Diskussion aus der letzten Arbeiterpolitik über den Nahen Osten und die in diesem Zusammenhang stehenden weltpolitischen Fragen, die auch die Außenpolitik der BRD berühren, fortgeführt. D. Red. ■

Man braucht kein besonderes politisches Verständnis, um zu verstehen, warum der Papst Kuba besuchte, warum er sich von der Embargopolitik der UN bzw. der USA gegen den Irak distanziert, sogar Arafat empfing und sich sein besonderes Interesse auch dem Nahen Osten zuneigt. Es ist einerseits die Sorge um die Folgen der Politik der USA, dass sich die Massen der katholischen Gläubigen im Hinterhof der USA von der Kirche abwenden und sich einen Ausweg aus dem zunehmenden irdischen sozialen Elend suchen könnten; andererseits ist es der Versuch Einfluß zu nehmen, um so die bürgerliche Opposition zu stärken. Repräsentanten der Kirche und mit ihr die herrschende Klasse haben ein weitaus besseres Gespür für die ihr drohenden Gefahren der Zukunft als viele pseudolinke Schwärmer, die sich angesichts der Rückschläge des Sozialismus in unseren Tagen und Breitengraden in ihr privates Schneckenhaus zurückziehen und versuchen, ihr individuelles Dasein ideologisch zu rechtfertigen. Haben sie etwa von einem Fortschritt der gesellschaftlichen Entwicklung ohne Opfer und Rückschläge geträumt?

Die historische Entwicklung wird auf sie keine Rücksicht nehmen. So erleben wir, die wir in der Überwindung der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung (besser: Unordnung) unsere Aufgabe und Perspektive sehen, dass kritische Beobachter wie Ludwig Watzal sich bemühen, über den Tellerrand der bürgerlichen Beschränkung hinausschauen und eine Perspektive für die Zukunft suchen. Watzal schreibt, daß die Idee des Zionismus und sein Niedergang im Zusammenhang »mit dem westlichen Imperialismus und Kolonialismus« und dem »expansionistischen Zeitgeist der Epoche« gesehen werden müsse. (ebd. S.13) Der Zionismus entstand im Zeitalter des Imperialismus und findet in dessen Politik Ausdruck und Ausführung. Deshalb wurde die zionistische Bewegung insgesamt – auch der Teil, der sich ideologisch zum Sozialismus bekannte – zu einem Werkzeug des Imperialismus. Indem die zionistischen Organisationen den palästinensischen Grundbesitzern (Effendis) das Land abkauften ohne Rücksicht auf das Umfeld der feudalen Gesellschaft, zerstörten sie nicht nur die alten gesellschaftlichen Grundlagen, sondern schufen eine Masse von landlosen Bauern, die nun Tagelöhner geworden, ihren Lebensunterhalt bei den neuen Kolonialherren suchen mußten – oder aber den neuen Grundbesitzern im Wege standen, soweit genügend Arbeitskräfte durch die Einwanderung zur Verfügung standen. Schon Herzl, der geistige Vordenker des modernen Zionismus und Judenstaates hatte – wie Watzal zitiert – für Palästina vorgeschlagen, »die arme Bevölkerung



Aufbau  
Taschenbuch-Verlag,  
303 Seiten, 19,80 DM

... unbemerkt über die Grenze zu schaffen«, ihr in »unserem« Land die Arbeit zu verweigern. Ben Gurion, erster Ministerpräsident des Staates Israel äußerte sich ähnlich: »Ich bin für zwangsweise Aussiedlung. Ich sehe nichts Unmoralisches darin« (Seite 14). Die »These« vom »leeren« Land Palästina erwies sich in der Folgezeit als eine Art Fata Morgana; vom zionistischen Standpunkt aus gehörte die palästinensische Bevölkerung nicht dorthin. Indem Watzal und neuerdings auch israelische Historiker über den Tellerrand der »öffentlichen« – das heißt bürgerlichen – Meinung hinaus über die Tatsachen der Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung sachlich berichten, tragen sie dazu bei, die Wirkungen der bürgerlichen Ideologie zu zerstören und die arbeitende Bevölkerung ihrer historischen Aufgabe näher zu bringen. 50 Jahre nach dem Krieg von 1948, der zur Staatsgründung führte, gibt es in Israel Historiker, die die Regierungspolitik des Staates Israel und die Entwicklung des Zionismus in einem anderen, das heißt kritischen Licht sehen, als es die offizielle zionistische Darstellung erlaubte. Kritik kam in den vergangenen Jahren lediglich von kleinen kommunistischen Gruppen und der KP. Auch von religiösen Gruppen, die als Gegner des Zionismus zumeist auf dem äußersten rechten Flügel der Gesellschaft einzuordnen sind, die meinen, dass das von Gott auserwählte Volk Israel allen anderen Völkern überlegen sei und die daher die Gründung eines Staates Israel erst begrüßen, wenn der Messias gekommen ist.

### Die »neuen« israelischen Historiker

»Zum ersten Mal (stimmen) israelische Wissenschaftler mit ihren palästinensischen Kollegen in der Beurteilung des Zionismus als grundsätzlich kolonialistischer Bewegung überein...«, schreibt Ilan Pappé (Inamo, Seite 4) im Frühjahr 1998. (Pappé ist Professor der Politologie an der Uni Haifa). »Selbst die zionistische Krone vergangener Zeiten, der Kibbuz, wird anders bewertet, nämlich weniger als Muster sozialistischen und kommunalen Lebens, sondern als utilitaristische Kolonistenerfindung, um den Fremden den Umgang mit einer feindlichen Umwelt und mit der Mittelknappheit zu ermöglichen...« (Seite 5) Die sozialistische Ideologie spielt

nur eine untergeordnete Rolle gegenüber der Kolonialpolitik und dem nationalistischen Verhalten der herrschenden Klasse. Auch die Gewerkschaften betätigen sich während der Mandatszeit als »ein Instrument der Verdrängung der Palästinenser vom Arbeitsmarkt.«

### **Warum der Hinweis auf die Vorgänge im Nahen Osten und jetzt auf das lesenswerte Buch von Ludwig Watzal?**

Liegt doch der Ort der Ereignisse weit weg im Vergleich zu den Vorgängen in Europa und Deutschland im besonderen. Es geht uns nicht darum, den Palästinensern oder Israelis, ob »rechts« oder »links«, Ratschläge zu geben. Entscheidend ist die Frage: Wird die Bevölkerung in Deutschland bis zum bitteren Ende im politischen Fahrwasser der Politik ihrer herrschenden politischen Klasse bleiben oder sich von ihr lösen und gegen sie intervenieren? Wir sehen im letzteren unsere Aufgabe, nicht zuletzt deshalb, weil die weltpolitische Entwicklung und die Rolle der deutschen Außenpolitik dem Klasseninteresse der arbeitenden Bevölkerung entgegensteht. Schon heute muß sie für die Folgen der Politik ihrer herrschenden Klasse bezahlen, aber um wieviel höher werden die zu erbringenden Opfer der Zukunft sein! Auch wenn derzeit die arbeitende Bevölkerung in Deutschland vergleichsweise wenig Notiz von dem nimmt, was in fernen Ländern passiert, bleibt es unsere vorrangige Aufgabe, die Gefahren, die drohen, nicht zu verharmlosen, sondern sie, so nachdrücklich wie möglich, aufzuzeigen. Dazu gehören auch die Vorgänge im Nahen Osten.

Mehr denn je gilt auch heute, dass aus den Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart Lehren, zu ziehen sind.

Die Militärschläge der USA im Sudan und in Afghanistan als »Antworten« auf den »Terrorismus« sind nicht anders zu verstehen als eine Drohung an alle sozialen und politischen Bewegungen, die nicht bereit sind, sich dem imperialistischen Diktat der USA und des IWF zu unterwerfen und die einen Ausweg aus der sozialen Verelendung suchen. Der US-Außenministerin ist zuzustimmen, wenn sie einen langandauernden Krieg gegen den Terrorismus voraussagt. Damit befinden wir uns schon heute im Beginn eines weltweiten Krieges: Imperialismus (unter Führung der USA) gegen die entstehenden Kräfte der sozialen Revolution. Damit soll nicht gesagt werden, dass die sozialistische Revolution vor der Tür stünde. In diesen Kämpfen kristallisieren sich die politischen Formen und Ziele einer zukünftigen sozialen Revolution erst heraus. Wo auch immer die verarmten Massen sich gegen die bestehenden Verhältnisse auflehnen, stoßen sie auf den politischen, wirtschaftlichen und militärischen Widerstand nicht allein der reaktionären Kräfte im eigenen Land, sondern auch auf den mit diesen Kräften verbündeten Imperialismus.

Die Suche nach den Tätern der jüngsten Anschläge in Kenia und Tansania war bislang ohne Erfolg. Die Erforschung der Ursachen wird durch Hypothesen und Spekulationen über die Terroristen ersetzt, als ob diese aus heiterem Himmel über eine friedliche Welt gekommen seien. Mit moralischem Abscheu äußert sich die bürgerliche Presse über die Methoden der Terroristen, die selbst »auf Kinder und Frauen keine Rücksicht nähmen.« Haben die Bombenflugzeuge im Zweiten Weltkrieg auf Frauen und Kinder in den Städten Rücksicht genommen? Haben israelische Bombenflugzeuge auf palästinensische Flüchtlingslager im Libanon Rücksicht

genommen? Nimmt das Embargo gegen den Irak Rücksicht auf das Leiden der Bevölkerung? Haben die US-Militärs und Politiker, die jetzt über die »Terroristen« so empört sind, nicht selbst die Geister gerufen (Afghanistan), wenn sie in ihre weltpolitische Strategie paßten? Scheinheilig ist die Empörung derer über den Terrorismus, die ihn selbst aus »sicherer Höhe« praktiziert haben. Scheinheilig und verlogen ist es, wenn ausgerechnet deutsche Medien den Terrorismus derer beklagen, die mit den ihnen zur Verfügung stehenden Waffen den Terrorismus »von oben« beantworten. Die Geister, die der Imperialismus rief, die vom CIA und ähnlichen Institutionen (Mossad) ausgebildet und ausgerüstet wurden, wenden sich jetzt gegen ihre einstigen Lehrherren. So war der von den USA als verantwortlich in Kenia und Tansania ausfindig gemachte Bin Laden eine Marionette der USA im Kampf gegen das von der Sowjetunion gestützte Regime in Afghanistan. Dass sich die einstigen »Lehrlinge« der USA heute gegen ihre »Lehrherren« wenden, hat unter anderem den Grund, dass die USA ihre Versprechungen auf Teilhabe am westlichen Wohlstand und technischer Entwicklung nicht einlöst. Das Gegenteil ist der Fall: Länder wie Afghanistan und große Teile Afrikas verelenden immer mehr.

Natürlich liegt es im politischen Interesse der USA und ihrer Verbündeten den Widerstand, der gegen die imperialistische Politik aufkeimt, lokal zu begrenzen und zu verhindern, dass sich daraus ein Flächenbrand entwickelt, aber die Politik der USA schafft immer neue und schärfere Widersprüche.

Auch der deutsche Imperialismus wollte 1939 keinen »großen« Krieg. Hitler erklärte der Welt, das deutsche Reich wolle »nur« Danzig, dann wollte der deutsche Imperialismus »nur« Österreich, »nur« das Sudetengebiet usw. »zurück« haben. Das deutsche Reich wollte »nur« einen kleinen Krieg führen, als es in Polen 1939 einfiel, einen »Blitzkrieg«. Für die polnische Bevölkerung wurde es schon ein »großer« Krieg, und es war der Beginn eines noch größeren. Der deutsche Imperialismus konnte damals so wenig wie heute der US-Imperialismus und seine Partner bestimmen, ob der dritte Weltkrieg »klein« oder »groß« sein wird.

Die deutsche Außenpolitik unter Genscher ahnte nicht, daß aus der deutschen Initiative für die nationale »Selbständigkeit« Kroatiens und Sloweniens ein Krieg werden würde, der den ganzen Balkan in ein Kriegsgebiet verwandeln und die Bundeswehr tiefer und tiefer in die Auseinandersetzungen hineinziehen und es schwer werden würde, da wieder 'rauszukommen. Der deutsche Imperialismus bemühte sich im Zweiten Weltkrieg, nachdem Teile der Wehrmacht in den russischen Wäldern, Sümpfen und aufgeweichten Straßen versunken waren, »Frieden« zu schließen. Die Naziführung hätte allzu gern, als die militärischen Siege ausblieben, den Krieg gar nicht erst angefangen.

### **Die veränderten Bedingungen der Weltpolitik**

Auch darin zeigen sich die Veränderungen der Weltpolitik: War der Erste Weltkrieg ein Krieg zwischen den imperialistischen Mächten um die Neuverteilung der Einflußgebiete, so war der Zweite Weltkrieg, in dem auch die weltpolitischen Gegensätze von Bedeutung waren, ein gemischter Krieg: auf der einen Seite der deutsche Imperialismus, unterstützt von den bürgerlichen Klassen Europas gegen das sozialistische Rußland, so waren auf der Gegenseite die sozialistische Sowjetunion, die erst im Verlaufe und Ende des Krieges vor



IM GAZA-STREIFEN

allein die Unterstützung der Anglo-Amerikaner erhielt und dafür auch politische Konzessionen machen mußte. Der dritte Weltkrieg wird mit Sicherheit unter anderen Konstellationen stattfinden – von mehr oder weniger durch gemeinsame Klasseninteressen verbündeten Staaten gegen die sie bedrohenden sozialen Unruhen.

Wenn Kriegsgefahr droht, kennt die Heimlichtuerei und Desinformation der herrschenden Klasse und der Regierungen und Geheimdienste vor der Bevölkerung keine Grenzen. Kriegsvorbereitungen werden immer von Erklärungen – man wolle doch den Frieden – begleitet. Das ist heute nicht anders als vor dem Ersten und Zweiten Weltkrieg. *»Kein Geheimnis ist so groß wie das, in dem Kriege geboren werden.«* (Lenin) Monatelang wurden die Kosovo-Albaner hierzulande wie Abschaum behandelt. Diese Rolle muß in den deutschen Medien zur Zeit Serbien spielen, während sich die Kosovo-Albaner zunehmender Sympathien erfreuen dürfen. Da aber die Gegensätze im imperialistischen Lager nach wie vor vorhanden sind, streiten sich deutsche Politiker noch, ob sie der vorsichtigeren Linie der USA auf dem Balkan folgen oder bei der Nato auf militärisches Eingreifen gegen Serbien im Kosovo drängen sollen. Wenn es ernst wird und die USA losschlagen, treten alle Gegensätze in den Hintergrund. CDU und SPD beeilen sich zur Zeit, den USA Anerkennung und Unterstützung für ihren Raketenangriff auf den Sudan und Afghanistan zu geben. Sogar mit Atomkrieg wird gedroht.

### Die Besatzungspolitik des Staates Israel

Es ist ein Verdienst Watzals, dass er mit durch zahlreiche Tatsachen untermauerten Argumenten denjenigen entgegentritt, die im Staat Israel die einzige Demokratie und den einzigen Rechtsstaat im Nahen Osten sehen.

Die Besatzungspolitik des Staates Israel und seiner Armee macht es den Anhängern reaktionärer, rassistischer (hierzulande auch antisemitischer) Ideologien leicht, Zionismus und Nationalismus zu vergleichen und den Nationalismus auf diese Weise zu entlasten. Watzal berichtet über das Straßensystem, das die Armee in der Westbank zur Verbindung der jüdischen Siedlungen aufbaute: *»Diese Trassen umgehen palästinensische Dörfer und Städte, auf einigen Abschnitten dürfen nur jüdische Israelis fahren. Es gibt somit erstmals ethnisch reine Straßen.«*

Im besetzten Polen hat die deutsche Wehrmacht ähnliche Methoden praktiziert. Polnischen und jüdischen Bürgern war es verboten, auf »deutschen« Straßenseiten zu gehen, wo die Angehörigen des »Herrenvolkes« gingen.

Watzal zitiert den israelischen Militärkommandanten von »Judäa und Samaria« (das heißt der besetzten Gebiete), der nach dem Attentat Goldsteins auf die in der Moschee in Hebron versammelten Palästinensern seine Vorstellungen von Demokratie zum Besten gibt: *»Ein Jude hat eine Waffe, um sich zu verteidigen, ein Araber, der eine Waffe hat, ist ein Terrorist. Ein Jude mit einer Waffe verteidigt sich selbst und hat die Erlaubnis zu schießen. Wir verboten den Soldaten der Armee auf sie zu schießen.«* Die steinwerfenden Kinder und Jugendlichen sind demnach Terroristen. Aber Goldstein wird inzwischen von vielen Israelis als Held verehrt; seine Grabstätte ist zu einem Wallfahrtsort von israelischen Rechtsextremisten geworden. Welch zynisches Verständnis die herrschende Klasse Israels von »Demokratie« besitzt, macht ebenfalls deutlich, dass Shimon Peres *»die Okkupation als die beste Schule der Demokratie für die Palästinenser«* betrachtet. In Häaretz vom 26. Oktober 1995 äußerte er: *»Es gibt heute eine junge Generation, 125 000 junge Araber, die die Gefängnisse Israels durchlaufen haben. Sie haben*

*Hebräisch gelernt und wissen, was Demokratie ist, und in dieser Hinsicht dienen die Gefängnisse als große Universität.» (ebd. S.98) Das ist die Wirklichkeit hinter den »Rechtsstaats«-Phrasen der herrschenden Klasse nicht nur im Staat Israel, sondern auch in unseren Breitengraden.*

Die Repräsentanten der Arbeitsspartei führen sich wie Kolonialherren auf. In einem Interview mit der Zeitung »Davar« äußert Rabin: *»Ich bin gegen die Entstehung eines unabhängigen Staates zwischen uns und Jordanien. Ich bin gegen das »Recht auf Rückkehr« der Flüchtlinge und Vertriebenen. Und deshalb findet sich zu diesen Fragen keine einzige Silbe in der Grundsatzklärung... Die endgültige Lösung für den Konflikt zwischen Palästinensern und Israelis besteht nicht in einem palästinensischen Staat, sondern in einem palästinensischen Gebilde ohne nationalen Status... Als Hauptstadt für dieses Gebilde können sich die Palästinenser Jericho oder Nablus aussuchen, wenn sie wollen...«*

Peres erklärt am 1.9.1993 in der Fernsehsendung: *»Es gab bei ihnen eine Veränderung, nicht bei uns. Wir verhandeln nicht mit der PLO, sondern nur noch mit einem Schatten ihrer selbst.«* (ebd. S.65) Der ehemalige Generalstabschef Barak äußert während der Verhandlungen mit den Palästinensern Neujahr 1993: *»Außer der bevorstehenden Umgruppierung der Truppen im Gaza-Streifen und Jericho wird sich nichts, noch muß sich etwas ändern. Während die Verhandlungen weitergehen, werden wir Land enteignen und Leute verhaften.«*

In einem Interview in der »Welt« (31.8.1998) fordert Peres jetzt *»zwei Staaten statt binationaler Tragödie.«*

Die Anerkennung der PLO durch den Staat Israel, dessen Repräsentanten Rabin und Peres waren, ist in Wirklichkeit die verbrämte Unterwerfung Arafats und der PLO unter die Herrschaft der israelischen Besatzungsmacht! Vergleichbar ist das mit der Apartheidspolitik Südafrikas und der Bildung der verschiedenen Bantustanen, »selbständiger« Staaten von Gnaden der Besatzer. Daß diese »Lösung« nicht nur keine ist, wird die Auswirkungen wie in Südafrika noch verstärken, und schon jetzt ist der wirkliche Verlierer klar: Arafat und seine »Autonomie« von Gnaden der Besatzungsmacht.

Die Ergebnisse des »Friedensprozesses« erweisen sich als von »kosmetischer« Natur. Das abgenutzte Bild der kolonialen Herrschaft über die Palästinenser und die besetzten Gebiete soll wieder ansehnlicher gemacht werden, begleitet von »palästinensischer Selbstunterwerfung«. Was bislang als militärische Besatzung offenbar war, soll ein demokratisches und legales Aussehen erhalten.

Das mag für eine kurze Periode die Unterhändler beider Seiten zufriedenstellen, aber in absehbarer Zeit – wenn Hoffnungen und Versprechungen bei den Massen enttäuscht werden – werden sich mit Sicherheit die gesellschaftlichen Widersprüche und Gegensätze bis zur Explosion steigern.



Watzal zitiert eine Äußerung aus der Zeitung »Yediot Aharonot« vom September 1993: *»Nicht nur werden sie keinen Staat haben, sie werden nicht einmal eine Bananenrepublik sein.«*

Wenn wir diese und andere Tatsachenschilderungen Watzals positiv werten, bedeutet das aber keineswegs, daß wir auch seinen politischen Schlußfolgerungen folgen. Seine wenn auch skeptische Hoffnung, dass internationale Friedenskonferenzen unter Beteiligung aller Konfliktparteien einen stabilen Frieden sichern könnten, teilen wir nicht.

Ohne den bedingungslosen und vollständigen Abzug der israelischen Armee aus den besetzten Gebieten bleibt der Frieden zwischen Israel und Palästinensern wie die Quadratur des Kreises – welche Partei oder Parteienkonstellation auch immer die Regierung bildet. Ein solcher Abzug wird aber nicht das Ergebnis von Konferenzen oder neuer »gerechterer« Verträge, sondern das Ergebnis eines breiten Widerstandes der arabischen Massen sein. Dieser Widerstand wird nicht isoliert sein. Es wird immer sichtbarer, daß die politische und ökonomische Entwicklung nicht nur in Deutschland, sondern in der gesamten kapitalistischen und vom Kapital beherrschten Welt, einem neuen Siedepunkt zustrebt, deren Anzeichen wir schon heute erkennen können.

Nicht nur die der hiesigen Arbeiterklasse und der Gewerkschaftern in den vergangenen Jahren als nachahmenswertes Vorbild hingestellten Beziehungen der herrschenden Klassen zur arbeitenden Bevölkerung in Japan, Korea und anderen »Tiger«-Staaten geraten ins Wanken – mit der Folge wachsender wirtschaftlicher und sozialer Unruhen. Jüngstes, sicherlich nicht letztes Ereignis, ist der Sturz des vom Imperialismus geförderten und hochgepriesenen Suharto-Regimes in Indonesien, das mit besonderer Grausamkeit und Unterstützung des Imperialismus Massen von Kommunisten und deren Sympathisanten und klassenbewußten Arbeitern ermordet hatte. Noch kürzlich hatte die BRD diesem Regime Kriegsschiffe geliefert (ähnlich wie der Türkei) und Offiziere für die Kriegsmarine ausgebildet.

Je eher diese Warnzeichen begriffen werden und die Kräfte gegen den Imperialismus sich sammeln, desto geringer werden die Opfer dieser weltweiten Auseinandersetzungen sein.

1.9.1998 ■

# Kein Naziaufmarsch in Rostock!

## Gegen Demagogen und Faschisten - Für internationale Solidarität!

**A**m 19. September will die NPD in Rostock einen Aufmarsch an dem Ort durchführen, an dem vor acht Jahren Häuser in Brand gesetzt und Menschen ohne deutschen Paß lebensgefährlich bedroht wurden. Seit dem hat sich eine große Koalition auf die Abschaffung des Asylrechts geeinigt. Die NPD will in Mecklenburg-Vorpommern nun am 27. September in das Landesparlament einziehen. Auch für die am gleichen Tag stattfindenden Bundestagswahlen rechnen sich reaktionäre und faschistische Parteien, wie DVU, Reps oder der "Bund freier Bürger" (BfB) Chancen aus.

**D**ie Wahlergebnisse der DVU auch in Hamburg und Sachsen-Anhalt verdeutlichen eine bedrohliche Entwicklung: Mit ausländerfeindlichen Parolen, Rassismus, sozialer Demagogie und Nationalismus ist es inzwischen sogar offen faschistischen Parteien gelungen, sich als politische Kraft zu etablieren und sie treiben damit die Rechtsentwicklung weiter voran. Die CSU will nach den Wahlerfolgen der DVU die Asylgesetze weiter aushebeln, der Bundestag hat das Asylbewerberleistungsgesetz weiter zum Nachteil der hier lebenden MigrantInnen verschärft.

**D**ie menschenverachtenden Parolen der Neonazis fallen nicht vom Himmel; sie nutzen ein gesellschaftliches Klima, in dem rassistische Ausgrenzungen auch zum Mittel alltäglicher Politik geworden sind. Mit dem Schlachtruf von der "inneren Sicherheit" hat Bundesinnenminister Kanther (CDU) den Bundestagswahlkampf eröffnet. Bei dem Gerede von der "Asylantenschwemme", von "kriminellen Ausländern" folgen ihm aber auch führende Politiker aus anderen im Bundestag vertretenen Parteien. So hieß es: "wer unser Gastrecht mißbraucht, für den gibt es nur eins - raus, und zwar schnell!" (Gerhard Schröder, SPD)

**H**etze und Feindschaft richten sich nicht nur gegen Menschen ohne deutschen Paß, sondern auch gegen Arme, Obdachlose und Minderheiten. Die gegenwärtige Bundesregierung betreibt eine Politik der sozialen Spaltung, mit der die Gewinne der Unternehmen seit 1980 um über 250 Prozent gestiegen sind, sich ihre Steuerlast zugleich halbiert hat. Alle Lebensbereiche sollen - so die Logik herrschender Politik - den Anforderungen des "Marktes" unterworfen werden. Mit dem Gerede vom "Standort Deutschland" und den "leeren Kassen" begründen sie andererseits Sozial-, Bildungs- und Lohnabbau. Diese Politik der Umverteilung von unten nach oben verstärkt die Erwerbslosigkeit und führt dazu, daß immer weniger Menschen ihre sozialen Bedürfnisse materiell absichern können. Gleichzeitig werden gesellschaftliche Aufgaben privatisiert und kommerzialisiert, und Politiker aus fast allen Parteien betreiben mit dem Gerede vom "Sozialmißbrauch" eine gefährliche Politik, die von den Neonazis wiederum für ihre menschenverachtende Demagogie genutzt wird.

**D**ie Neonazis finden Unterstützung in der herrschenden Polizeistrategie. So werden regelmäßig Menschen, die neofaschistische Aufmärsche und Aktivitäten nicht zulassen wollen, verhaftet und in ihren Grundrechten beschnitten, während die Faschisten gleichzeitig Polizeischutz genießen.

**I**n Hamburg haben sich zahlreiche Menschen - in Demonstrationen, Kundgebungen und Aktionen - immer wieder für ihre sozialen und politischen Rechte eingesetzt. Gemeinsam forderten sie Veränderungen in der Politik. Viele haben nun die Hoffnung, daß es bei den Bundestagswahlen gelingen möge, die Regierung Kohl abzuwählen. Aber eine solche Abwahl interessiert uns nur dann, wenn damit zugleich tatsächliche politische Veränderungen möglich werden: So müßte eine

andere Sozial- und Bildungspolitik herbeigeführt werden, die allen Menschen eine soziale Grundversicherung garantiert, Erwerbslose nicht länger vom Produktionsprozeß ausschließt und Bildung nicht länger den Gesetzen der "Marktwirtschaft" opfert. Die Privatisierungen und sozialen Kürzungen, zum Beispiel im Gesundheitswesen, müssen rückgängig gemacht werden. Es wäre aber eine Illusion anzunehmen, daß ein Regierungswechsel zu solchen Veränderungen führt. Solche Veränderungen können wir nur gemeinsam durch außerparlamentarische Aktionen erreichen. Kurz: Ohne uns auseinanderdividieren zu lassen, muß der gegenwärtigen Standortpolitik deutlich widersprochen werden: in Bonn und auch in Hamburg!

- *Im Schaur der Häftlinge aus dem Konzentrationslager Buchenwald heißt es: "Die endgültige Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel." In diesem Sinne wollen wir als Antifaschistinnen und Antifaschisten, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter,*

*als Mitglieder aus demokratischen Organisationen, Parteien und Initiativen den Nazi-Aufmarsch in Rostock nicht zulassen! Verhindern wir den Aufmarsch der NPD am 19. September in Rostock!*

- *Wir wollen der reaktionären und rassistischen Politik auch in Hamburg widersprechen. Wo immer das Thema von der sogenannten "Inneren Sicherheit" mit rassistischen und ausländerfeindlichen Parolen verbunden wird, wollen wir einschreiten! Nazi-Plakate haben in Hamburg nichts zu suchen! Aber genauso wenig Plakate der Etablierten, wenn durch diese soziale Spaltung und Ausländerfeindlichkeit begünstigt werden.*
- *Der Koalition von Politikern für "law and order", Sozial- und Bildungsabbau, Militarisierung der Innen- und Außenpolitik bis hin zu menschenverachtenden, rassistischen Parolen, wollen wir in Hamburg aktiv widersprechen: mit Demonstrationen und anderen Aktionen, mit Zeitungen und Flugblättern.*

**Gemeinsam unseren Widerstand organisieren!**